

sitzen, wo wir vier-, fünfmal im Jahr darüber diskutieren, wie 7 Milliarden Schilling auf die steirischen Spitäler verteilt werden. Ich bin eigentlich sehr glücklich darüber, daß es uns gelungen ist, in diesem Fonds bisher alle Entscheidungen – ich sage dazu alle – praktisch einstimmig zu treffen. Daß wir sogar soweit gegangen sind, und ich glaube, daß das in der Gesundheitspolitik auch notwendig ist, daß wir in der letzten Fondssitzung ein Stück, das umstritten war, aber jetzt nicht politisch umstritten, sondern inhaltlich umstritten war, von der Tagesordnung abgesetzt haben, dieses Stück wieder auf die Tagesordnung hinaufnehmen und hoffen, in der Zwischenzeit hier eine gemeinsame Vorgangsweise zu finden, weil ich glaube, daß der Bereich an sich bei allem Zwang und aller Notwendigkeit, sich politisch auseinanderzusetzen, ein so sensibler ist, daß, wenn es um Existenzfragen bei den Leuten geht, daß wir uns da nicht allzuviel spielen sollen. Und darum sage ich, wenn mancher Ton hier im Hohen Haus ein bißchen anders ist, diese Jahre der Kooperation und Zusammenarbeit sind sehr gut, und ich glaube, sie sind im Interesse des Landes und im Interesse der Patienten, vor allem aber auch, sage ich dazu, im Interesse von fast 15.000 Leuten, die in den Spitälern arbeiten und die ganz einfach durch diese neue Form der Arbeit auch mehr Sicherheit gewonnen haben, auch mehr Möglichkeiten bekommen haben, hier konstruktiv etwas weiterzubringen.

Ich werde heute ein paar grundsätzliche Gedanken sagen, wie ich glaube, daß wir in den nächsten Jahren die Gesundheitspolitik diskutieren werden. Und ich sage dazu werden müssen, weil uns nichts anderes dazu übrigbleibt, wenn es nämlich darum geht, Wolfgang Erlitz und Hans Bacher haben das angeführt, wie wir das Gesundheitswesen weiterfinanzieren wollen. Ich will aber vorweg ein paar konkrete Fragen beantworten, die im Rahmen der Diskussion heute aufgestellt wurden.

Frage Bad Aussee, Hans Bacher. Wir haben, wie du weißt, in dieser Frage folgendes Problem, daß die Größe des Hauses Bad Aussee so ist, daß ein alleinexistierendes Krankenhaus dort an der Grenze der Finanzierbarkeit, an der Grenze der Wirtschaftlichkeit ist und daß es sehr schwierig ist, dort etwas zu machen. Aus diesem Grund gibt es die Bemühungen, gemeinsam mit einem privaten Investor, der in einem Bereich, der sehr notwendig und sehr wichtig ist, etwas tun will, eine Kooperation zu finden. Und da bin ich bei einem Punkt, der in Wirklichkeit im Gesundheitswesen bei mir unter dem Begriff Wahnsinn läuft, daß wir nämlich ein System auf Bundesebene beschlossen haben, das beinhaltet, daß alle Einrichtungen, die es bis zu einem gewissen Zeitpunkt nicht gegeben hat, auch in Zukunft nicht geben kann. Oder es kann sie schon geben, aber die Frage, wie wir es finanzieren, ist offen. Wir stehen jetzt bei der Diskussion, daß wir fachliche Gutachten haben, was die psychosomatische Klinik betrifft, daß wir eine positive Stellungnahme der Landeskommission haben, daß wir eine positive Stellungnahme der Bundesstrukturkommission haben. Jeder glaubt, wenn wir die positiven Stellungnahmen haben, wird es auch schon realisiert. Die Realität schaut aber so aus, daß wir ganz einfach das Geld dazu noch nicht haben, daß wir aber in intensiven

Verhandlungen mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger sind, mit dem Präsidenten Sallmutter, hier etwas zusammenzubringen.

Der zweite Punkt, weil es immer konkret angeführt wird, meine Damen und Herren, Fürstenfeld. Martin, du weißt, wie schwierig das ist, und es macht immer ein bißchen Spaß, wenn wer sagt, Ankündigungspolitiker und Schönwetterpolitiker. Ich erinnere mich daran, daß wir vor drei Wochen in Fürstenfeld gestanden sind und eine Geburtenstation geschlossen haben, nicht aus Jux und Tollerei, sondern weil es ganz einfach notwendig ist, nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch aus Qualitätssicherungsgründen.

Aus meiner Sicht, meine Damen und Herren, wird es in den nächsten Jahren um folgende Schwerpunkte gehen. Das Erste ist, neue Felder für die Gesundheitspolitik erschließen, ich sage es in Stichworten Palliativmedizin. Wir haben mit dem Prof. Harnoncourt hier ein sehr gutes Projekt ausgearbeitet. Wir werden hier schauen, daß wir das, wenn die Übergangsphase abgeschlossen ist, möglichst weit gestreut in die Häuser hinaus bringen und möglichst allen Bevölkerungsgruppen in allen Regionen anbieten können.

Der zweite Bereich, Frage Übergangsstation. Wir haben heute das Problem, daß es Patienten gibt, die akutmedizinisch austherapiert sind, von denen wir nicht wissen, ob sie jemals wieder selbständig zu Hause wohnen können, oder ob sie Hilfe brauchen zu Hause, oder ob sie überhaupt in ein Heim kommen müssen. Wir brauchen für diese Leute eine Übergangszeit von drei bis vier Wochen. Und da muß es zwischen dem Sozial- und dem Gesundheitsressort zu einer entsprechenden Zusammenarbeit kommen.

Der dritte Punkt: Ich glaube, daß das eine sehr gute Sache war, die wir uns für die nächste Periode überlegen müssen. Es ist die Frage, wie können wir in den Häusern mittel- und langfristig planen? Ich glaube, daß der Beschluß, den Gesellschafterzuschuß für die Periode festzulegen und zu sagen, mit dem könnt ihr planen, mit dem könnt ihr arbeiten, richtig war. Ich würde wirklich an das Hohe Haus appellieren, sich das auch für die nächste Periode zu überlegen. Möglicherweise ist der Gesellschafterzuschuß geringer, als er von den Krankenhäusern gewollt wird. Er wird mit Sicherheit geringer sein, aber wir bauen so auf, daß wir für vier Jahre wissen, womit wir planen können, womit wir arbeiten können, damit wir die hochqualifizierten Leute in der KAGES nicht ununterbrochen, jedes Jahr, mit dieser Zahl und einer anderen Zahl konfrontieren und in Wirklichkeit dann auch sehr viel Kapazität verlorenght.

Der zentrale Punkt der nächsten Jahre wird die Finanzierung werden, meine Damen und Herren. Daß es auf dieser Basis so schwer weitergeht, ist, glaube ich, jedem klar. Wir haben die Situation, daß die Sozialversicherungsträger ihre Beiträge gedeckelt haben, dasselbe hat der Bund getan, dasselbe hat bitte auch das Land getan. Wenn alle drei das weiter durchführen, wird die Frage nur mehr darin bestehen, wie können wir die Kosten so minimieren und so heruntertreiben, daß wir mit dem auskommen. Oder wir werden uns dazu bekennen müssen, hier einige zusätzliche Akzente zu setzen. Ich sage dazu, das kann mit Sicherheit nicht nur das Land sein, das kann mit

Sicherheit nicht nur aus dem Landesbudget erfolgen, sondern da muß es auch andere Bereiche geben, die hier dazuzahlen.

Der dritte Punkt wird sein die Frage der Flexibilität. Es ist heute bei ein paar Kollegen angesprochen worden, Thema Fachärzte. Ja, meine Damen und Herren, es geht nicht nur darum, daß irgendwo Fachärzte keine Stellen bekommen, keine Planstellen bekommen. Es geht da umgekehrt. Nicht sehr weit von hier, in Feldbach, steht ein fixfertiges Zahnambulatorium der Gebietskrankenkasse, das auf Grund von Einsprüchen von Ärzten nicht eröffnet werden kann. Das steht fixfertig dort, und die Begründung, wieso man es nicht braucht, heißt, daß es genug Zahnärzte im Bezirk Feldbach gibt. Feststellen tun das dort die Zahnärzte.

Und so, meine Damen und Herren, wird es mittel- und längerfristig auch nicht gehen können, daß sich eine gewisse Gruppe ganz einfach den Markt aufteilt und für sich befindet, es gibt eigentlich eh schon genug, und es reicht uns schon. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte auf die Frage Prävention, Impfen, Vorsorgebereiche nicht noch einmal gehen. Ich halte die Kritik, daß da sehr viel Öffentlichkeitsarbeit dabei ist, durchaus aus. Ich würde aber schon bitten zu überlegen, wie man etwa in der Frage Impfen, wie man etwa in der Frage Kinderunfallverhütung et cetera vorangeht.

Der Hans Bacher hat ein sehr plastisches Beispiel gebracht mit dem Kind aus dem Bezirk Murau. Ich könnte viele Beispiele bringen. Wenn Sie zur Frau Dr. Tropper auf die Brandverletzteneinheit gehen und die Kinder sehen, die schwerverletzt dort liegen, ob es sich nicht wirklich auszahlt, daß man investiert und schaut, daß Kinder solche Verbrennungen nicht erleiden. Wenn man sich anschaut, etwa im Bereich der FSME-Erkrankungen, ob es sich nicht auszahlt, Werbung dafür zu machen, daß sich mehr impfen lassen, um dann diese Folgen von Erkrankungen zu verhindern. Wir werden mittel- oder längerfristig nicht um die Diskussion herumkommen können, ob nicht eine regelmäßige Vorsorgeuntersuchung, regelmäßige Prävention auch abhängig ist davon, wie hoch der Betrag ist, den er dann in die Krankenversicherung einbezahlt.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die Diskussion. Ich möchte abschließend einen herzlichen Dank auch sagen an die Rechtsabteilung 12, an den Herrn Hofrat Nigitz. Ich möchte mich bedanken bei der Fachabteilung, dem Herrn Hofrat Feenstra und bei den Herren der KAGES, den Vorstandsdirektoren und den Bereichsdirektoren für die gute Kooperation und Zusammenarbeit. Ich hoffe, daß wir das in den nächsten Jahren so fortsetzen können. Danke! (Beifall bei der SPÖ. - 19.58 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung.

Erstens: Die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der Grünen, betreffend Finanzierung des ökologischen Netzes „Natura 2000“ (Europaschutzgebiete), zustimmen, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist abgelehnt.

Zweitens: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 5 des Landesvoranschlags 2000 zustimmen, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Drittens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Koordination zwischen den Landesabteilungen und Behörden in bezug auf Projekte und Verfahren des Naturschutzes, zustimmen, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Viertens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Präventivmedizin, zustimmen, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Fünftens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Weiterführung von gynäkologischen Eingriffen im LKH Fürstenfeld, zustimmen, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist abgelehnt.

Sechstens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Erhöhung der SKAFF-Mittel für psychosoziale/sozialpsychiatrische extramurale Dienste, zustimmen, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zur Gruppe 6, Straßen und Wasserbau, Verkehr.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (20.00 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich berichte zur Gruppe 6, „Straßen- und Wasserbau und Verkehr“. Einzelne Punkte sind zu behandeln.

Straßenbau: Bundesstraßen, Landesstraßen, Bundes- und Landesstraßen, gemeinsame Kosten; Allgemeiner Wasserbau: Förderung der Abwasserbeseitigung; Schutzwasserbau: Konkurrenzgewässer, Wildbachverbauung; Lawinenschutzbauten, Bauhöfe; Straßenverkehr; Schienenverkehr.

Meine Damen und Herren, die Gruppe 6 hat Ausgaben von 1.515.458.000 Schilling und Einnahmen von 337.122.000 Schilling.

Ich bringe den Mündlichen Bericht Nr. 255:

Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 23. Juni 1999 zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1203/1, betreffend den Landesvoranschlag 2000, den Dienstpostenplan und den Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge, über die Entschließungsanträge beraten und zur Gruppe 6 nachstehende Beschlüsse gefaßt:

Antrag: Der Landtag wolle zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1203/1, folgende Entschließungsanträge beschließen:

Zu Gruppe 6:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Ausbau einer zweiten Tunnelröhre für alle steirischen Straßentunnels im höherrangigen Netz in

die Wege zu leiten und für den Einbau der modernsten Sicherheitssysteme zu sorgen. (Antragsteller: Schrittwieser, Vollmann, Straßberger.)

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit aller Kraft für den raschestmöglichen Bau des Semmeringbasistunnels einzutreten. (Antragsteller Schrittwieser, Vollmann, Straßberger.) Ich er suche um Kenntnisnahme. (20.02 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

–Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 6 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil Wasserbau und im zweiten Teil Straßenbau und Verkehr behandelt werden.

Erhebt sich dagegen ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen nun mit dem ersten Teil der Gruppe 6, Wasserbau.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Löcker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Löcker (20.03 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das Gesundheitsthema hat die Spannung wieder abgebaut, und wir kommen zum banalen Wasser, dem ich mich zuwenden möchte. Ein Thema, das allerdings auch nicht ganz von der Gesundheit zu trennen ist.

Über das Abwasser wurde ja heute schon diskutiert. Es gab unterschiedliche Meinungen. Aber ich glaube, daß der Herr Landesrat Pörtl als zuständiger Referent sehr wohl in der Lage war, die Thematik Abwasser ausreichend darzulegen. Ich beschränke mich deswegen auf den Siedlungswasserbau.

Es gibt in Österreich über 80 Prozent öffentlich versorgte Einwohner durch den Siedlungswasserbau. Dazu bedarf es eines Leitungsnetzes von 25.000 Kilometer. Und diese Gesamtkapazität leisten Hunderte, ich betone Hunderte Versorgungsunternehmen.

Der europäische Vergleich ist hier eigentlich recht interessant. In Holland wird die Bevölkerung durch 18 Versorger abgedeckt, in England durch zehn große und 18 kleine, und in Frankreich werden 25 Prozent der Menschen durch nur drei Versorger abgedeckt, wobei diese Kapitalgesellschaften sind.

Auch ein Vergleich der Preise ist nicht uninteressant. Die noch unter öffentlicher Mehrheit stehenden französischen Wasserversorgungsunternehmen haben einen Durchschnittspreis von 29 Schilling pro Kubikmeter, und die von den Privaten betriebenen Versorgungsunternehmen einen solchen von 37 Schilling pro Kubikmeter.

Die Stadt Morlaix in der Bretagne hat einen Wasserpreis von 63 Schilling pro Kubikmeter. In Österreich liegt er bei den größeren Wasserversorgern so etwa zwischen 12 und 16 Schilling, also weit darunter. Und wenn man die Gemeindeausgaben analysiert, dann kann man sagen, daß die Gemeinden, soweit sie Betreiber von Wasserversorgungsunternehmen sind, einen Kostendeckungsbeitrag erzielen von 94 Prozent,

österreichweit. Das heißt, das Wasser wird in Österreich zum Teil subventioniert und hat auch eine soziale Funktion.

Bei den Kanalgebühren ist das für die Gemeinden noch etwas schlechter. Die Gebühr deckt etwa 84 Prozent ab, aber die Anschlußgebühr nur 76 Prozent, weil viele Gemeinden durch künstlich niedrig gehaltene Anschlußgebühren natürlich werben und dann auf die Benützungsgebühren die höheren Preise umlegen. Bei den Müllgebühren beträgt der Deckungsbeitrag 96 Prozent, und das ist der höchste.

Jetzt muß man sagen, obwohl wir in Österreich relativ niedrige Wasserpreise haben – und wenn man bedenkt, daß eine durchschnittliche Familie etwa 120 Kubikmeter im Jahr verbraucht mit einem Preis von 15 Schilling, so sind das 2000 Schilling, und das ist noch erheblich weniger als die Tageszeitung, dann kann man eigentlich noch nicht von einer überhöhten Kostenstruktur reden. Wenn aber jetzt auch in diesem Haus schon die Kosten unter die Lupe genommen wurden, und es wurde festgestellt, daß auch in der Steiermark sich die Preise bis um das Dreifache unterscheiden, dann muß ich wohl sagen, daß man auch die Bedingungen, zu denen man eine Wasserversorgung betreibt, unterscheiden muß. Wenn eine Gemeinde in der Obersteiermark, oberhalb ihres Ortes, ihre Quelfassung im Wald macht und dann mit einem Kunststoffschlauch das Ortsnetz versorgt, ohne Energieeinsatz in Form einer Pumpe, das Überwasser, das ohnehin gratis vom Berg herunterkommt, noch auslaufen läßt, dann sind unter Umständen 7 Schilling pro Kubikmeter ein besserer Preis, als wenn die Stadt Graz um 17 Schilling die Wasserleitung betreiben muß. Denken Sie nur an die Baustelle in der Sporgasse, wo man festgestellt hat, daß die rund 100jährigen Wasserleitungsrohre alle austauschpflichtig sind und die gesamte Sporgasse neu aufgegraben und umgebaut werden mußte und daß dort natürlich der Aufwand wesentlich größer ist als im ersteren Fall, daß sich das auch im Preis niederschlagen kann. Trotzdem aber sage ich, sind natürlich auch öffentliche Unternehmen in gewisser Weise Monopolbetriebe, und sie haben sich selbst die Kosten ständig zu überprüfen. Vor allem im Bereich der Personalkosten haben sich manchmal Bäuche angebaut, die langsam wiederum zu reduzieren sind. Aber die anderen Dinge, wie die gehobenen Qualitätsansprüche beim Wasser, kosten natürlich auch ein Geld. Und wenn man die Grenzwerte für die Wasserqualität permanent senkt und damit auch die Auflagen für die Wasserreinhaltung in den Einzugsgebieten der Brunnenanlagen, dann kostet das auch etwas. Denn – schon heute einmal erwähnt – die Landwirte, die dann stärkeren Bewirtschaftungsbegrenzungen unterliegen, wollen dies nicht umsonst machen.

Es gibt ja auch gesetzlich vorgeschriebene Auflagen an die Wasserversorgungsunternehmen, die Kosten verursachen und die natürlich auch durchschlagen. Insgesamt muß ich sagen, daß trotz dieser gegenwärtigen Welle, daß die Betriebskosten zu senken sind, wir zufrieden sein sollten. Natürlich kann man immer alles verbessern. Aber ich habe gerade jetzt um 19 Uhr im „Steiermark-Bild“ gehört, daß die Kosten für den Verkehrsverbund erhöht werden müssen. Das wird sicherlich eine betriebswirtschaftliche Begrün-

ding haben. Aber schließlich und endlich sind das Kosten für die Durchschnittsbürgerinnen und -bürger unseres Landes. Nicht nur der Wasser- und Stromverbrauch kostet etwas, sondern der öffentliche Verkehr selbstverständlich auch.

In Zukunft, glaube ich, hat die Wasserwirtschaft einige große Brocken zu erledigen, und das ist in erster Linie der rechtliche Teil. Das Wasser ist im überwiegenden Bereich in Österreich Privateigentum. Quellfassungen, Grundwasser, nicht durchflossene Teiche und vieles mehr sind Privateigentum. Eigentlich sind nur die größeren Fließgewässer öffentliches Eigentum. Mit dem Steigen des Wasserwertes wird das auch immer mehr bewußt und die Abklärung der Rechtsfrage immer schwieriger und dringender. Es wird hier notwendig sein, eine Entscheidung zu fällen. Bisher wird es gehandhabt, daß es eine Grauzone gibt, daß man sagt, ja, auch wenn ein Wasser Privateigentum ist, kann der Eigentümer nur in jenem Ausmaß darüber verfügen, als er es für die eigene Nutzung benötigt sowie es seine betriebliche, bauliche oder landwirtschaftliche Verwendung erfordert. Mit dem Steigen des Wasserpreises weltweit wird es allerdings immer interessanter werden, auch überschüssiges Wasser zu verkaufen. Wenn hier nicht rechtzeitig Regelungen erfolgen, nicht nur nationale, sondern erst recht internationale und weltweite, dann wird die Problematik der gerechten Wasserverteilung auf unserem Globus unter Umständen wirklich zu weltweiten Krisen führen.

Auch die EU hat noch keine generelle Regelung dieser Frage, und viele reiben sich die Hand, wir haben in Europa ja ein Wasserschloß, die Alpen, und von denen können wir in Zukunft leben. Es sehen schon jetzt Rechte auf europäischer Ebene vor, daß ein Land, es ist auch technisch nicht möglich, Wasser nicht horten darf, sondern das Wasser für den Eigenverbrauch nutzen darf und dann das Wasser in einer ebenfalls guten Qualität durch die natürlichen Abläufe, sprich Flüsse, an die Unterlieger, an die anderen Nationen weitergeben muß. Es ist aber natürlich die Frage noch zu klären, was ist eine ordentliche Nutzung? Ist eine kaufmännische Verwertung innerhalb eines Staates durch einen Export in andere Länder auch noch eine normale Nutzung oder geht das dann auch schon über internationale Rechte? Es gibt hier eine Menge Fragen zu klären. Eines steht jedenfalls fest, man kann die öffentliche Versorgungssicherheit sowohl in Hinsicht der Quantität als auch der Qualität nicht sicherstellen, wenn man dieses wichtige Thema einem kurzfristigen parteipolitischen Populismus überläßt. Ich würde sehr davor warnen zu sagen oder zu plakätieren, das und jenes ist genug, das wäre gerecht. Kein Bürger will mehr zahlen, als notwendig, und er hält immer den niedrigeren Preis für gerecht. Aber ich glaube, daß die Versorger auch die Verantwortung haben, mittel- und längerfristig zu denken, um dann auch noch eine Versorgung bereitstellen zu können. Denn sonst hätte zum Beispiel die Stadt Graz nicht vom Hochschwab nach Graz eine Leitung gebaut, im übrigen ohnehin 100 Jahre später, als es die Wiener vom Hochschwab getan haben, um die zukünftige Qualität des Wassers zu sichern.

Ein kleiner Nebensatz. Wenn im Zusammenhang mit dem Semmeringtunnel von niederösterreichischer Seite argumentiert wurde, daß durch diesen Tunnel der Berg ausrinnt – so hat es ja der dortige Landeshauptmann gesagt –, dann kann ich nur sagen, jeder Berg rinnt aus. Denn das Wasser, das sich oben durch Niederschläge ansammelt, fließt ab, entweder mehr oder weniger an der Oberfläche. Würde es nicht abfließen, dann würde der Berg im Wasser versinken. Würde beim größten steirischen Wasservorkommen, dem Hochschwab, das Wasser nicht ausfließen, hätte ganz Wien kein gutes Trinkwasser. Also diese Argumente sind wohl sehr, sehr leicht zu widerlegen und sind eigentlich kurzsichtig und eines höheren Politikers nicht würdig, wenn ich das so sagen darf.

Die Versorgung wird jetzt ja international immer mehr privatisiert, große Kapitalien stehen dahinter. Ich habe schon von den französischen Unternehmen gesprochen. Auch an Gráz wurde ein Angebot geliefert, die Versorgung hier zu übernehmen. Dazu eine persönliche Stellungnahme. In Frankreich ist die Versorgung, wie ich schon früher gesagt habe, weitgehend privatisiert, dort sind auch die Preise erheblich höher, als sie bei uns sind. Das sollte einmal einerseits zu denken geben. In Frankreich ist seitens der Kommunen schon ein so großer innenpolitischer Widerstand gegeben, daß diese Versorgungsunternehmen, diese Multis, beschränkt werden in ihren weiteren Expansionsplänen und deshalb ihre freien Kapitalien auf dem freien Markt Europas und in Übersee verwenden. So haben die Franzosen ja schon die Wasserversorgung von Budapest und etlichen anderen Ostblockländern gekauft.

Und in Frankreich wurde das auch so vorgenommen, allerdings, um dann in kurzer Zeit die Preise so zu erhöhen, daß sich die Investition natürlich amortisiert hat. Letztlich hat es dann der Bürger bezahlt, weil die Kommunen nicht mehr in der Lage waren, den Abgang durch soziale Unterstützungen zu decken, wenn der Preis niedrig gehalten worden wäre.

Es ist hier sicher mit Vorsicht zu argumentieren, denn wenn man anschaut, welche Riesengröße diese französischen Versorgungsunternehmen haben, daß diese 220.000 Beschäftigte haben und ein kleiner Tochterkonzern allein die Bauindustrie ist und diese wiederum so groß ist, daß sie zum Beispiel das Fußballweltmeisterschaftsstadion in Paris im vorigen Jahr fürs Endspiel sponsern konnte, dann kann man sich vorstellen, welche Kapitalien dahinterstecken und wie ohnmächtig dann aber auch die öffentliche Hand bei der Regulierung dieser Preise ist. Das sind alles Dinge, die man wirklich überlegen muß bei einer globalisierten Welt.

Ich muß abschließend sagen, wir sollen unsere öffentlichen Versorgungssysteme immer wieder hinsichtlich ihrer Effizienz, ihrer Kostenwürdigkeiten überprüfen, und das geschieht ja auch, aber in Summe fahren wir sicher nicht schlecht. Ich würde sehr dafür sein, daß man ähnliche Wirtschaftsstrukturen auch in Zukunft aufrechterhält. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.17 Uhr.)

Präsident: Die Frau Abgeordnete Mag. Zitz hat sich ausdrücklich als Kontrarednerin zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (20.17 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Wir haben in der Natur- und Umweltschutzgruppe einen Umverteilungsantrag eingebracht mit der Absicht, da eine Umschichtung, weg von der Siedlungswasserwirtschaft hin zum Naturschutz, zu betreiben, der leider nicht mehrheitsfähig war. Wir werden im außerordentlichen Haushalt ein Einsparungsmodell im Bereich der Abwasserreinigung im dünn besiedelten ländlichen Raum einbringen, das ich jetzt kurz vorstellen werde, das aber erst im außerordentlichen Haushalt von uns offiziell eingebracht wird.

Es geht darum, daß es eine Umstellung der Förderung insofern gibt, als eine Umstellung auf Darlehensbasis erfolgen sollte. Dadurch würden die Förderbeiträge um ungefähr ein Drittel gekürzt werden. Förderungen würden durch nicht rückzahlbare Beiträge bei jenen FördernehmerInnen aufrecht bleiben, die besonders kostengünstig bauen, das heißt private Träger, die auf dezentrale Anlagen setzen, und genossenschaftliche Träger von Kleinkläranlagen. Das würde eine Einsparung im Landesbudget bedeuten, eine Forcierung dezentraler Anlagen mit Eigenverantwortung der „Abwasserproduzenten und -produzentinnen“.

Ich komme jetzt zurück auf dieses Kapitel und möchte darauf aufmerksam machen, daß in einem bestimmten Rhythmus – normalerweise viermal im Jahr – die Kommission für Siedlungswasserwirtschaft mit Projekten aus ganz Österreich, natürlich auch aus der Steiermark, konfrontiert wird, und die Regierungsparteien zu unserer großen Überraschung, die sich da im Landtag über lange Kanalstränge zu Recht aufregen, die sich da im Landtag zu Recht darüber aufregen, daß die Betriebskosten im Abwasserreinigungsbereich im ländlichen Raum so nach oben gehen, daß die trotzdem Projekten in dieser Kommission zustimmen, die alles andere als kostensparend sind, die alles andere als volks- und betriebswirtschaftlich nachvollziehbar sind.

Ich glaube deswegen, daß man zuerst einmal anfangen müßte, eine andere Art von Planungslogik einzuführen, die Variantenoptimierungen zuläßt, daß man die Marktfähigkeit im Bereich der Pflanzenkläranlagen optimieren könnte, daß man gewisse Budgetumschichtungen und ideologische Umschichtungen vornimmt, wenn ich das einmal so ausdrücken darf.

Um jetzt auf die letzte Kommissionssitzung zurückzukommen, da war es tatsächlich möglich, daß eines der drei teuersten steirischen Projekte – Kosten pro Hausanschluß in Kapfenberg-Rettengraben von ungefähr 400.000 Schilling – zurückgestellt wurde. Ich finde es auch schade, daß es da immer einstimmige Regierungsbeschlüsse gibt und dann erst auf Ebene einer Krisenintervention, zum Beispiel durch die Grünen, in der Kommission für Siedlungswasserwirtschaft das Einsparpotential ausgereizt wird, indem man sagt, dieses oder jenes Projekt ist wirklich noch einmal zu überdenken. Das gelingt uns leider nicht besonders oft, aber, wie gesagt, wir präsentieren immer wieder „Hitlisten“, um aufzuzeigen, wie teuer bestimmte steirische Projekte pro Hausanschluß sind.

Ein Wort noch zum Abwassergesetz. Wir haben dazu vor zwei Jahren ein eigenes Gesetz eingebracht, das klar parteiisch zugunsten von genossenschaftlichen, gemeinschaftlichen, ökologischen, betriebs- und volkswirtschaftlich sinnvollen Lösungen ist. Es hat eine kleine Novelle des Abwassergesetzes gegeben, eine große steht noch aus.

Und detto steht aus, daß man die Tarifgestaltung im Bereich Abwasserbehandlung endlich so macht, daß sie halbwegs nachvollziehbar und sozial wie ökologisch vertretbar ist. Die derzeitige Tarifgestaltung ist es sicher nicht.

Ich denke, daß alle Aktivitäten in Richtung ANHAF für Infrastrukturkosten im Wohnraumbereich ja sehr gut klingen und optisch ansprechend auf diversen Inseraten und Plakaten auch bald über uns hereinbrechen werden. Man könnte aber deutlich früher anfangen, präventiv, indem man von vornherein hergeht und dezentralen genossenschaftlichen Lösungen mehr Chancen gibt, als das derzeit der Fall ist. Das wäre eine sinnvolle Art von Ressortsparmodell, und da könnte man ausgezeichnet ressortübergreifend arbeiten, weil ÖVP-Landesrat Pörtl könnte dann einen Teil seiner eingesparten Siedlungswasserwirtschaftsmillionen ja dem Kollegen Hirschmann rüberschicken, auch wenn der das Geld gar nicht so unbedingt will, wie er vorher sehr launig festgestellt hat. (Landesrat Pörtl: „Sie reden wie der Blinde von der Farbe!“) Herr Landesrat, danke für Ihre Aufmerksamkeit! (20.22 Uhr.)

Präsident: Nunmehr darf ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Heibl erteilen.

Abg. Heibl (20.22 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten!

Es ist sehr vieles richtig, was heute bereits gesagt wurde, aber ich möchte trotzdem jetzt wieder zurück zum Kanalbau.

In der Steiermark ist die Abwasserreinigung bei den Anschlußgraden an öffentlichen Abwasserentsorgungsanlagen beträchtlich noch unter dem österreichischen Durchschnitt. Der derzeitige Stand in der Steiermark beträgt Ende 1997 – andere Zahlen liegen nicht vor – rund 66 Prozent. Wahrscheinlich sind wir jetzt mit Mitte 1999 bei 68 oder 69 Prozent der Wohnobjekte, die an öffentliche Kanalanlagen angeschlossen sind. Im Burgenland waren es Ende 1997 bereits 94 Prozent der Wohnobjekte, die an öffentliche Anlagen angeschlossen waren. In Wien waren es logischerweise 98 Prozent. Die werden wahrscheinlich schon die 100 Prozent haben. Das Ziel in der Steiermark liegt bei 81 Prozent Entsorgungsgrad bei den bestehenden Wohnobjekten, und alles darüber hinaus ist technisch und auch wirtschaftlich, umwelttechnisch auch, problematisch oder nicht sinnvoll.

Nach Personen gemessen ist der Entsorgungsgrad in der Steiermark etwa 78 Prozent Ende 1997, wahrscheinlich jetzt auch schon 80 oder 82 Prozent, weil die Ballungsräume, also vor allem unsere Städte und größeren Ortschaften, mit ihren größeren Wohnobjekten längst an öffentliche Anlagen angeschlossen sind und auch damit die Häuser vom Abwasser entsorgt sind.

Die jährlichen Bausummen in der Steiermark für den Kanalbau liegen bei 2,5 bis 3 Milliarden Schilling. Die Förderung beträgt für diese Anlagen im Schnitt 12 Prozent.

Meine Damen und Herren, die immer wieder und durchaus berechtigte Forderung einer Dezentralisierung der noch ausstehenden – ich nehme an, daß die bestehenden ja nicht umgebaut werden sollen, das wäre ja nicht sehr sinnvoll – und zu bauenden Abwasseranlagen wäre vor allem wirtschaftlich vorteilhaft. Ich stelle aber auch die Frage, wäre zum Beispiel in Graz ein dezentrales System mit mehreren Kläranlagen, um die Kanalstranglängen zu vermindern, möglich gewesen? (Abg. Mag. Zitz: „Nicht in allen Gebieten!“) Wären die dafür notwendigen Grundstücke, die man braucht, zu bekommen gewesen? Ganz abgesehen davon, daß es zu Bürgerprotesten mit Sicherheit gekommen wäre, um das nicht mit einem Aufstand zu bezeichnen.

In anderen Ortschaften ist das wahrscheinlich ähnlich. Also, so einfach ist das ganze nicht. Graz müßte eigentlich der Gemeinde Gössendorf meiner Meinung nach zumindestens jedes Jahr zu Weihnachten ein Dankschreiben senden, weil diese Gemeinde bereit war, diese große Kläranlage aufzunehmen. Das ist die Realität, das ist die Wirklichkeit im Kanalbau.

Derzeit sind weder die Raumordnungsgesetze, meine Damen und Herren, noch die Gesetze und Richtlinien geeignet, immer die billigste und die wirtschaftlichste, vernünftigste Variante durchzusetzen, obwohl die Novellierung zum Kanalgesetz von der Verpflichtung zur Erlassung optimierter Abwasserpläne ausgeht und die Verbände dazu auch verpflichtet sind.

Es stimmt, daß es gravierende preisliche Unterschiede bei den Anschlußgebühren und auch bei den Benützungsgebühren in unserem Bundesland gibt. Es stimmt. Die Preise pro Laufmeter Kanalerrichtung liegen, wie zum Beispiel in Teilbereichen von Graz, bei durchaus 12.000 Schilling pro Laufmeter Kanal, es hängt von der Tiefe ab und was ausgewechselt werden muß und welcher Verkehr während der Errichtung vorhanden ist. Es gibt auch Kanalstränge im ländlichen Bereich, die mit 1000 Schilling pro Laufmeter zu machen sind. In diesem Bereich liegen die Kosten der Kanalerrichtung. Um diese gravierenden Unterschiede ins Lot zu bringen, wäre meiner Meinung nach ein Ausgleichspool – und es gibt ja Überlegungen in diese Richtung – notwendig, um einheitliche geregelte Abwassergebühren zu erreichen. Es läßt sich nur leichter sagen als in Wirklichkeit durchführen.

Dieses Gesetz gibt es aber nicht. Ob es durchsetzbar ist oder wäre, müßte auch verfassungsrechtlich geprüft werden. Es ist zumindest eine Vision von mehr Gerechtigkeit, gerechte Verhältnisse für die Benützer dieser Anlagen zu erreichen. (Abg. Ing. Löcker: „Es ist am Land der Laufmeter billiger!“)

Auch das stimmt. Eine einfache Lösung gibt es hier nirgends. Aber Tatsache ist, daß die Preisunterschiede enorm sind.

Meine Damen und Herren, zu einem anderen Gebiet, das auch in diesem Bereich budgetiert ist, von der Gefahr her nicht vergleichbar mit dem, was ich vorhin gesagt habe, von der finanziellen Seite her

schon eher, das ist die Wildbach- und Lawinenverbauung in unserem Bundesland. Auf Grund der Vorkommnisse in Westösterreich gewinnt natürlich – davon bin ich überzeugt, ich nehme auch an für Sie – die Wildbach- und Lawinenverbauung – zusätzlich an Bedeutung. Die Verantwortung, die wir haben, ist enorm hoch. Jene Menschen, die in diesen gefährdeten Tälern und Gebieten wohnen oder auch nur dort urlauben, sind vor Naturkatastrophen zu schützen. Darüber hinaus haben wir auch die Verpflichtung, das ist ganz klar, Hab und Gut in dieser Gegend zu schützen, zu sichern.

Meine Damen und Herren, insgesamt verbauen wir in dieser Sparte in der Steiermark zirka 180 Millionen Schilling jährlich. Und das mit zirka 140 Arbeitnehmern, die etwa zehn Monate im Jahr Beschäftigung finden, die restlichen zwei Monate sind sie ohne Arbeit, werden in die Arbeitslose geschickt. Der festgestellte Schutzbedarf in unserem Bundesland liegt bei 6,9 Milliarden Schilling, und für 1,4 Milliarden Schilling gibt es fix fertig ausverhandelte Wildbach- und Lawinenverbauungsaufträge, die in der Tischlade liegen. Wenn wir jetzt davon ausgehen, daß wir in der Steiermark nur etwa 180 Millionen im Jahr verbauen, weil uns nicht genehmigt wird, mehr als 140 Leute einzustellen, dann brauchen wir genau 38 Jahre, um den derzeit festgestellten Schutzbedarf im Bereich Lawinen- und Wildbachverbauung abzudecken. Ganz abgesehen davon, daß es in der Zwischenzeit natürlich zu neuen Nötigkeiten kommt. Das möchte ich nur auch einmal hier gesagt haben.

Herr Landesrat Pörtl hat sich mehrmals, wurde mir gesagt, persönlich überzeugt, wie wichtig Schutzbauten sind, etwa die Stauräume in Ratten, die Rückhaltebecken am Donnersbachwald oder beim Schönbach, und hat dort gesehen, wie wichtig diese Baumaßnahmen sind, um große Schäden zu verhindern.

Es wäre daher meiner Meinung nach und nach Meinung meiner Fraktion zu erwarten gewesen, daß sich Bund und Land für zusätzliche Finanzierungsmittel und auch für eine Aufstockung des Personals einsetzen, um vorbeugend – und das ist das Maß der Dinge – Schutzmaßnahmen zu errichten. Es ist leider nicht der Fall gewesen. Ich danke, daß Sie mir zugehört haben! (Beifall bei der SPÖ. – 20.30 Uhr.)

Präsident: Als Debattenredner hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Herrmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Herrmann (20.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Damen, die nun schon seit halb neun unsere Worte zu Papier bringen!

Wir sprechen heute, wie wir immer sagen, über das kostbarste Gut, das es gibt, das ist das Wasser. Schätzen wir überhaupt dieses kostbare Gut? Denn wenn ich ein Viertel Mineral kaufe, dann kostet das 10 Schilling, ein Liter kostet 40 Schilling, wenn ich aber 1000 Liter Wasser von 7 Schilling auf 7,50 Schilling erhöhen möchte, so wie es bei uns ist, gibt es einen großen Aufstand. Ich glaube, die Wertschätzung für unser Wasser ist noch immer nicht da, da es in unserem Land noch in genügender Menge vorhanden

ist. Aber es wird immer teurer, und es wird immer schwieriger, dieses Trinkwasser zur Verfügung zu stellen.

Es gibt schon Gemeinden, die bezahlen für einen Sekundenliter eine Million Schilling. Ich weiß, es sind Gemeinden, die sich gegenseitig hinaufgesteigert haben. Nur, ich bin der Meinung, wir alle sorgen dafür, damit der Regen nicht verunreinigt wird, ob es bleifreies Benzin ist oder ob es die verschiedenen Auflagen sind, die wir erfüllen. Er geht über ein riesiges Gebiet nieder, und dann hätte der eine Grundeigentümer, wo diese Quelle aufgeht, den Vorteil, das Wasser zu haben, und hat ihn bis nun. Ich möchte schon sagen, es wird Zeit, daß man Wasser als Allgemeingut anschaut, damit es wirklich auch erschwinglich ist. Wir gehen ja mit dem Wasser natürlich nicht sehr sparsam um. Was machen wir? Ich glaube, da müssen wir versuchen, daß das Grundwasser auch steigt und die Dachwässer, wenn sie herunterkommen vom Dach, nicht sofort in einen Kanal hineingehen, sondern wir müssen auch schauen – ich versuche das zum Beispiel als Baubehörde erster Instanz –, daß man das zuerst in einen größeren Schotterkoffer hineinbringt, wenn es möglich ist, wo jedes Wasser, das versickern kann, in das Grundwasser geht, und erst, wenn es zuviel wird, kann es über einen Oberflächenkanal abgeführt werden. Ich glaube, wir müssen wirklich alles daran setzen.

Wir haben in unserem Gemeindegebiet nicht überall eine Wasserleitung, sondern wir haben auch sehr viele Brunnen. Es sind seichte Brunnen, wir haben die größten Schwierigkeiten, wenn Gülle aufgeführt wird und dann diese Brunnen durch Kolibakterien verseucht werden. Wir müssen schauen, daß wir für alle eine ordnungsgemäße Wasserversorgung zustandebringen.

Jetzt noch ein paar Worte zum Schutzwasserbau. Ich muß sagen, Gott sei Dank kommen wir von den harten Regulierungen weg, wo man Steine eingebaut hat, die nach dem nächsten Hochwasser in der Mitte des Bachbettes gelegen sind. Man versucht nun, mit Rückhaltebecken dem Hochwasser Abwehr zu bieten. Und was ich noch besser finde, ist, daß man an den Unterläufen – selbstverständlich in den Siedlungsgebieten muß man Begleitmaßnahmen setzen, derzeit in einem Z-Verfahren, also in einem Zusammenlegungsverfahren, Auwald kauft, wo das Wasser austreten kann und wo die Wucht verlorengeht.

Ich glaube, das sind Maßnahmen für die Zukunft, das sind aber auch Maßnahmen, damit wir wieder genügend Grundwasser haben, damit es nicht über regulierte Betonrinnen immer weitergeführt wird und irgendwo dann austreten muß und großen Schaden anrichtet.

Ich möchte mich recht herzlich – er ist nicht da – bei Hofrat Saurer und seinen Mitarbeitern bedanken, die hier wirklich Hervorragendes geleistet und den sogenannten alternativen Hochwasserschutzbau eingeführt haben. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 20.36 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich dem Herrn Landesrat Pörtl das Wort.

Landesrat Pörtl (20.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Gerade die letzte Wortmeldung hat, vor allem gemeinsam mit dem Kollegen Löcker als Praktiker, unterstrichen, welche konkreten Maßnahmen vor Ort mit Vernunft und Einfühlungsvermögen für eine nachhaltige Wasserwirtschaft konkret in der Tat passieren. Wir haben gerade in den Lafnitzauen und im Lafnitztal langfristig vorbereitet, mit der Bevölkerung und den Grundbesitzern, mit unseren Vertretern der Wasserwirtschaft, mit Hofrat Saurer und der gesamten Crew, aber vor allem auch mit den Gemeinden, Rückhalt und passiven Hochwasserschutz geschaffen. Wenn man dem Wasser einen Platz gibt, das ist ja in der letzten Zeit immer das große Problem, gerade in den obersteirischen Regionen, wo an und für sich dem Fluß durch die Straßen, die verbauten Gebiete kaum Raum für das Wasser, kaum die Chance gegeben wird. Und dort, wo wir diese Möglichkeiten haben, die Lafnitz ist ja nicht umsonst der Fluß des Jahres vor einigen Jahren gewesen, haben wir dokumentieren können, welche Chancen und Wertigkeiten wir vor allem auch nützen können.

Ich möchte zu einigen Fragen Stellung nehmen.

Die Frau Kollegin Zitz hat angesprochen, daß wir gewissermaßen die Chancen und Möglichkeiten für Kleinkläranlagen, für dezentrale Anlagen nicht zulassen. Frau Kollegin Zitz, sagen Sie mir bitte ein Projekt, wo das Land Steiermark nicht gefördert hat, mit Ausnahme von jenen Trotzprojekten – (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Etmißl!“) Da muß man auch die Geschichte von Etmißl kennen. (Abg. Mag. Zitz: „Der Kollege Wiedner hat vorher ein Beispiel gebracht, sehr gut recherchiert!“) –, wo trotz klarer Position einer gemeinwirtschaftlichen Abwasserentsorgung, wo bereits zum Teil die Anlagen auf Grund von Gemeinderatsbeschlüssen gebaut worden sind, dort gibt es selbstverständlich diesen Konflikt, und wir fördern genossenschaftliche Anlagen, Einzelanlagen. Wir haben ein Fördermodell Bund – Land. Und ich bin nicht der, der sagt, entweder – oder, sondern selbstverständlich auch Einzelanlagen, wo es richtig ist. Der Kollege Heibl hat das angesprochen.

Ich würde Sie gerne einmal beim Standortsuchen abtesten, was Sie für kooperative Leistungsfähigkeit haben, wenn Sie in der Nähe einen Standort für eine Kläranlage festlegen sollen. Ich kenne also einige konkrete Beispiele, und das könnte ja falsch verstanden werden, aber ich kann Ihnen nachweisen, daß wir für gemeinschaftliche Kläranlagen, das heißt Verbandskläranlagen und Gemeindekläranlagen, im Schnitt zehn Meter Kanal pro Anschluß, das sind die verdichteten Bereiche, haben. Wir haben bei den genossenschaftlichen bereits 20 Meter, weil es meist Genossenschaften sind, die draußen im freien Gelände versuchen, durch Eigeninitiative, diese Laufmeterkosten herabzusenken mit Robot, Eigenleistung und Risiko. Ich sage Ihnen, ich schrecke da niemanden. Ich war bei der Eröffnung in Hart bei Pischelsdorf. Der Baumeister Kulmer senior hat in seiner Ansprache zum Reden aufgehört, weil die Frage der Verletzung eines Anschlußwerbers bis jetzt noch nicht gerichtlich geklärt ist. Wer ist schuld?

Ich bin, das ist reiner Zufall gewesen, mit dem Auto nach Graz gefahren, vor dem Gasthof liegt ein zwetschkenblauer Mann, ich habe das Alter nicht erkannt, der Hubschrauber ist daneben, mit Elektroshocks und Beatmungsgeräten hat man ihm noch das Leben gerettet.

Das heißt, Kanal mit zwei, drei, vier Meter Tiefe ist nicht gleich so im Vorbeigehen abzuwickeln. Das ist mit gewaltigen Gefahren verbunden.

Und die zweite Anlage, in der Gemeinde Kumberg, wo ebenfalls beim Bericht dargestellt wurde, sie danken dem Herrgott, wortwörtlich, weil bei der Errichtung dieser Renner-Anlagen die Bodenlage betonierte war, die Steckisen sind herausgestanden, ein solches Mitglied fällt hinein und ist schwerst verletzt, wieder mit dem Hubschrauber weggeflogen.

Das heißt, weil manche glauben, das können wir gleich so machen, im Vorbeigehen ein bißchen reingraben, Röhrlein reinlegen. Das müssen gespiegelte Leitungen sein und es können billige Leitungen teure Leitungen werden, vor allem wenn man es zweimal machen muß. Daher sind für mich beide Möglichkeiten zulässig, je nach örtlicher Gegebenheit. Wir sind vor allem selbstverständlich bereit, auch in Zukunft diese Offensiven weiter zu fördern.

Was die hohen Anschlußkosten betrifft, ich möchte da nur bitten, vor dieser Sitzung wurde bereits der Antrag von Kapfenberg zurückgezogen, um abzuklären, wie schaut die Lage konkret vor Ort aus, wir sind mehrmals, und das können wir nachweisen, konfrontiert worden, daß eine Leitung in ein zukünftiges Bauland gelegt wird, ein Haus steht, diese Leitung wird umgerechnet auf ein Haus, das kostet dann 400.000, 700.000 und mehr, und die zukünftigen Anschlußwerber werden nicht berechnet. Das ist schon ein Problem. Oder Sportanlagen, wo Tausende Leute zum Teil sind, es ist eine andere Abwasserentsorgung nicht möglich, und blitzartig wird gesagt, die Wahnsinnigen graben einen Haufen Geld ein. Es ist aber ansonsten keine ordentliche Abwasserregelung möglich, weil halt einfach auch gesetzliche Voraussetzungen letzten Endes die Dinge auch zwingend machen.

Wir haben daher, was diesen Fonds betrifft - das wäre eine ideale Kombination -, die Förderung derzeit geht von 20 Prozent bis 60 Prozent, um eben solche Ungerechtigkeiten abzufedern. Wir haben das Problem, daß unsere Förderrichtlinien des Landes - und das ist der Interessenskonflikt - leider nicht angepaßt sind, weil ich nicht durchkomme. Die großen Gemeinden, die Zentralgemeinden sagen, wir wollen 10 Prozent haben, und nicht nur 5, weil Erneuerungen sind. Nur, gerechterweise ist unser jetziger Vorschlag an und für sich dementsprechend, daß man denen, die mehr Kanalkosten von der Länge her haben und weniger Anschlußwert, mit dieser Förderung entgegenkommt. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Es gibt aber schon Gemeinden, wo man Volksvermögen verschleudert hat. Zum Beispiel Johnsbach. Da stimmt das alles nicht!“) Ja. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Nur weil die Förderrichtlinien nicht stimmen!“) Nur, Johnsbach ist x-mal durchgecheckt. Der betreffende Wirt hat selber eine Anlage gemacht, weil das war der Stolperstein. Nur, was mache ich mit meinen Forstarbei-

tern, die 650 Quadratmeter haben? Der kann keine Pflanzenkläranlage neben dem Bach auch noch machen.

Also, es ist jetzt ein Modell gefunden - ich weiß nicht, ob der neueste Stand bekannt ist -, wo man wirklich unter den Bedingungen, die technisch möglich sind, die förderungsmäßig auch gerecht sind, dort ein Projekt umsetzen kann.

Ich möchte wirklich um Verständnis bitten, ich kenne ja meine großen Knüller, wo es schwierig ist, wenn dort ein Riesengasthof ist, der hohe Einwohnergleichwerte hat, und der wehrt sich mit Bomben und Granaten gegen einen solchen gemeinschaftlichen Anschluß. Das ist aber dort regional so geregelt, daß der eigentliche Knackpunkt im Grunde geklärt ist.

Ich möchte aber dazusagen - vor allem der Kollege Heibl kennt die Situation -, wir in der Steiermark sind jenes Land, wo am billigsten Kanal gebaut wird. Wir haben eine effiziente Bauwirtschaft, wir haben härtesten Wettbewerb, wie kaum in einem anderen Land, und wir haben eine spitzenunternehmerische Bauwirtschaft, wie es sie sonst kaum gibt. Das muß man ganz offen sagen. Daher sind also diese Kostensätze im Grunde vor allem in der Form zu vertreten.

Ich möchte schon dazusagen, daß wir in der Steiermark 1500 kleine Kläranlagen haben, und 350 davon - das sind zwei Drittel von Österreich - sind Pflanzenkläranlagen, wo wir wissen, daß gerade diese Pflanzenkläranlagen gute Reinigungsleistung haben. Sie wollen mir laufend einreden, daß ich dagegen etwas habe. Ich bin ja doch kein Wahnsinniger. Wir brauchen gerade in diesen Kleinanlagen vielfach die Renner-Anlage plus die Pflanzenkläranlage, weil zum Teil in diesen kleinen Bächen kaum eine Restwassermenge ist. Also, da möchte ich schon um Verständnis bitten, vor Ort und im Detail solche Dinge anzuschauen.

Ich glaube daher, daß unsere sehr offene und vor allem wissenschaftliche Zugangsweise mit Betroffenen in der Abwasserwirtschaft eigentlich in der Steiermark einen echten Fortschritt auslöst. Noch einmal, wir werden 10.000 bis 15.000 solche Kleinanlagen brauchen. Ich will da nicht verlängern. Wir arbeiten an einem fertigen Modell, wie wir diese Anlagen auch betreuen und betreiben können. Das geht ja nicht so locker, wie man das in anderen Bereichen hat, wie zum Beispiel bei der Wasserleitung, dreh ich auf, habe ich ein Wasser, dreh ich zu, ist die Anlage aus, sondern eine Kläranlage ist ein sehr spezifisches Werk.

Zur Frage der Wildbachverbauung, daß wir weitere Mittel beanspruchen, ich bin da sehr offen. Ich bin wahnsinnig konfrontiert einerseits mit dem Problem, wie können wir das Budget überhaupt im Zaum halten, und wie schaffen wir die Bundesmittel.

Soweit wir können, haben wir immer versucht, mit der Wildbachverbauung und ihrer Bedeutung dieses Gewicht so zu setzen, damit uns vor allem dieser ganz wesentliche Teil der Wildbachverbauung und des Schutzwasserbaues pragmatisch und ganz konkret zum Schutz der Bevölkerung gelingt.

Zum Abschluß, ich glaube nach wie vor, daß wir mit unserer Hausbrunneninitiative, daß wir mit unserer offenen Form der Eigenverantwortung vor allem für diese Wasserwirtschaft im Grunde die Chancen schaffen, daß wir Industrieanlagen, daß wir gewerbliche, daß wir touristische Entwicklung vor allem in den verschiedenen Teilen des Landes möglich machen können. Daher glaube ich schon, daß es uns gemeinsam gelungen ist – und ich unterstreiche noch einmal im eigentlichen Kern die einhellige Position im Landtag, daß wir die Wasserwirtschaft als den wesentlichsten Teil einer wirtschaftlichen Grundvoraussetzung sozusagen einer Infrastruktur betrachten müssen. Ich glaube, daß bei aller Kritik und Einzelfällen – da bin ich gerne bereit, jedem Fall nachzugehen, wir versuchen das auch sehr überzeugend, daß aber Individual egoismus zum Quadrat für manche Kommunen und Bürgermeister ein Problem ist, das steht ganz natürlich im Raum, das gibt es auch in anderen Bereichen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.47 Uhr.)

Präsident: Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 6, Straßenbau und Verkehr. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (20.48 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich glaube, bei der Verkehrsdebatte zum Budget 2000 gehört es heute gerade dazu, daß man natürlich auch wieder – ich sage das sehr deutlich – eine Diskussion abführt, was den Semmeringbasistunnel betrifft.

Als Abgeordneter des Mürztales beschäftigt mich dieses Thema schon seit 1993 – andere noch länger, Heinz, du weißt es – auf parlamentarischer Ebene in Wien und auch hier im Hohen Landtag. Die Entscheidung am vergangenen Freitag war natürlich für die ganze Steiermark eine großartige Sache. Der Verfassungsgerichtshof hat hier nach dem Recht entschieden und diese Blockiererei – ich sage das ganz deutlich – über dem Semmering ist damit zu Ende geführt worden. (Abg. Huber: „Wirklich?“) Geh, Huber, du kennst dich dort nicht gut aus. Entschuldigung, daß ich das so deutlich sage.

Ich glaube, daß es jetzt angebracht ist, daß wir mit Schuldzuweisungen und Diffamierungen und Anschlägen unter der Gürtellinie endlich aufhören und daß wir jetzt am Zug sind, daß wir alle einen Schulter-schluß in der Steiermark machen und uns bemühen, jeder auf seine Art und Weise, daß dieses Projekt, das einfach für Österreich und für Europa von großer Bedeutung ist, endlich realisiert wird.

Die Kompetenzen, betreffend Umsetzung dieses Projektes, liegen jetzt ausschließlich auf Bundesebene, ich sage das mit Nachdruck. (Abg. Schleich: „Das glaube ich nicht, das ist ÖVP-Sache!“) Die Beschlüsse sind dort getroffen worden, und letztendlich ist hier der Verkehrsminister Dr. Einem zuständig. Wer die letzten Wochen und Monate genau verfolgt hat, hat gemerkt, daß Herr Verkehrsminister Dr. Einem gesagt hat, wenn die Entscheidung beim Verfassungsgerichtshof positiv ausfällt, dann ist der Tunnel zu

bauen. Und an das wird er auch immer erinnert, und ich bin überzeugt, daß der Verkehrsminister auch zu seinem Wort steht, das ist keine Frage. Natürlich und selbstverständlich sind die Naturschutz- und Umweltauflagen, die einfach gegeben sind, einzuhalten. Ich bin überzeugt, daß die HLAG, die ja mit diesem Projekt beauftragt ist, alles unternimmt und das auch tut. (Abg. Dr. Flecker: „Glauben Sie, daß die neuen Auflagen so harmlos sind?“) Herr Dr. Flecker, Sie wissen ja, wie das geht. Letztendlich ist grünes Licht geschaltet worden, und das darf ich hier im Hohen Landtag sehr deutlich sagen. Die Diskussionen sind ja sehr heftig geführt worden, welcher Weg ist der richtige, welcher Weg ist der falsche. (Abg. Schleich: „Du hast heute schon einmal gesagt grenzüberschreitend!“)

Und ich darf hier ganz deutlich sagen, daß der Weg der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic der richtige war. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Flecker: „Jetzt sagen Sie auch noch, sie hat sich durchgesetzt!“) Und ihr habt da überhaupt nichts zu deuten. Freunde, ich weiß es schon, das habt ihr euch nicht so erträumt und erwünscht, ihr hättet euch wahrscheinlich – (Abg. Dr. Flecker: „Jetzt sagen Sie, die Frau Landeshauptmann hat sich durchgesetzt. So einen Blödsinn habe ich noch nie gehört!“)

Herr Hofrat, hören Sie mir zu, Sie haben vom Verkehr keine Ahnung – ihr habt euch wahrscheinlich eine ganz andere Entscheidung gewünscht. Das sage ich hier ganz deutlich, und es ist ja sehr beschämend – (Abg. Dr. Flecker: „Was sagt der Herr Pröll?“) Lassen Sie den Herrn Pröll. (Abg. Dr. Flecker: „Ach so? Habt ihr den im Griff? Habt ihr den im Griff? Seit wann habt ihr denn den im Griff?“) Herr Hofrat, das Match ist eins zu null zwischen Landeshauptmann Klasnic und Pröll ausgegangen. Das ist ganz klar, das ist es! (Beifall bei der ÖVP.) Und lassen Sie den Pröll in Ruhe! (Abg. Dr. Flecker: „Wenn ihr den Pröll in Ruhe laßt, müssen wir ihn ja nicht auch in Ruhe lassen!“) Herr Hofrat, wollen Sie als Rechtsgelehrter, als hoher Spitzenjurist mir jetzt hier erklären, daß letztendlich der Pröll den Tunnel baut oder daß die Bundesregierung am Zug ist? Das brauchen Sie mir nicht sagen, soweit kenne ich mich da schon aus. (Abg. Dr. Flecker: „Es gibt nur eine politische Lösung!“)

Verehrte Damen und Herren, ich bin sehr erfreut, daß die Frau Landeshauptmann mit ihrem Weg gesiegt hat, sie hat damals schon den richtigen Weg erkannt, und letztendlich möchte ich noch – bevor meine Zeit zu Ende ist – eines sagen, ihr hättet ja das berühmte Volksbegehren einleiten können, aber ihr habt ja genau gewußt, daß ihr nicht zum Erfolg kommt, und letztendlich habt ihr hier eine ganz schwere Niederlage erlitten. (Abg. Dr. Flecker: „Ihr wart nicht bereit, das zu machen!“)

Ich bin froh, daß dieser Verkehrsweg in den nächsten Jahren gebaut wird. Ich darf hier nochmals unserer Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic herzlich danken. (Abg. Dr. Flecker: „Typisch – gemeinsamer Weg, aber Parteipolitik betreiben!“)

Keine einzige Person in der ganzen Steiermark hat sich so engagiert, so eingesetzt für dieses Projekt wie Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic. (Präsident: „Ihre Redezeit geht dem Ende zu!“) Danke schön. (Beifall bei der ÖVP. – 20.54 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Kollege Abgeordnete Dipl.-Ing. Vesko.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (20.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Meine Uhr läuft nicht, das ist ein gutes Zeichen. (Abg. Gennaro: „Das sind die Privilegien!“) Zeitliche und rednerische Narrenfreiheit.

Meine Damen und Herren, der Verkehr teilt sich in zwei, respektive drei Bereiche. Jener auf der Bahn, jener auf der Straße, und der dritte ist der, der in der Luft stattfindet. (Abg. Schinnerl: „Wasser!“) Ja, Wasser. Ich weiß, es gibt auch andere Arten von Verkehr, auf die wir im besonderen nicht eingehen wollen.

Aber ich sage nur, ich werde mich auf die Bahn und auf die Straße beschränken, weil ich glaube, daß diese beiden die wichtigsten sind für unser Land. Weil gerade die Steiermark in den letzten Jahren, was den Verkehr und den Anschluß an die großen trans-europäischen Netze, sowohl was die Bahn als auch das, was den Straßenverkehr betrifft, nicht gerade begünstigt war.

Kollege Straßberger, den Schulteranschluß in der Steiermark hat es immer gegeben. Ich kenne keine Fraktion in diesem Landtag, die nicht mit aller Vehemenz, selbst die Grünen, die sonst für Tunnelprojekte nicht so vehement eintreten (Abg. Straßberger: „Der Dr. Brünner ist aber dagegen!“), selbst die Grünen haben sich hier in diesem Hause – (Abg. Purr: „Noch, noch!“) – nicht noch – für den Bau des Semmeringbasistunnels ausgesprochen, und wir haben in diesem Bereich immer eine einhellige steirische Meinung vertreten. Soweit, so gut, Kollege Straßberger.

Wir haben auch gesagt, alle miteinander, daß wir alles unternehmen werden, daß dieser Tunnel gebaut wird, weil er ein essentieller Bereich für die Steiermark und ein sehr wichtiger Faktor ist.

Das, was mich in letzter Zeit gestört hat, vor allem nach dem wunderschönen Urteil des Höchstgerichtes, das zu einer Aufhebung gewisser Beschlüsse oder Bescheide im Naturschutzbereich in Niederösterreich geführt hat, war ein Plakat, das strotzt von – ich weiß nicht, was ich sagen soll –, auf alle Fälle strotzt davon, wie man es nicht macht. Erstens einmal hat sich niemand durchgesetzt, bis jetzt. Wir hoffen, daß das das entscheidende Stück Weg war, um für die Steiermark das zu schaffen. Und Nummer zwei ist gar nichts entschieden. Wenn ich mir die Kommentare unmittelbar nach dem Spruch des Höchstgerichtes anhöre, wo der eine gesagt hat, klaß, wir haben gewonnen, weil wir damit die Gewißheit und das Vertrauen in unsere Höchstgerichte haben, weil wir nicht überfahren werden, sprich Niederösterreich, der mit felsenfester Überzeugung genau das Gegenteil von dem sagt, allerdings nicht plakatiert, daß er sich durchgesetzt hat. Und die Frau Landeshauptmann, die es nicht lassen konnte, wobei ich glaube, daß es nicht in ihrem Bereich zu dieser Entscheidung gekommen ist, sondern die politischen Strategen der ÖVP – Kollege Lopatka, nicht wahr – hier einen besonders geschickten Schachzug gemacht haben.

Unter Durchsetzen verstehe ich etwas anderes. Aber wir nehmen es zur Kenntnis, weil ich hoffe, daß die dazu notwendigen Entscheidungen pro Steiermark noch ausfallen zu einem Zeitpunkt, wo wir der Frau Landeshauptmann Klasnic noch gratulieren können, wenn sie sich durchgesetzt hat. Unter anderen Voraussetzungen würden wir ihr aber auch in diesem Zusammenhang sehr deutlich die Meinung sagen. Durchgesetzt hat sich niemand. Wir sind einen Schritt weiter, hoffentlich einen Schritt in die richtige Richtung.

Es schaut so aus, als ob wir auf Bundesebene die nötige Unterstützung finden. Allerdings, auch dort bin ich skeptisch, weil auch der Herr Klima in seiner noch so erfolgreichen Zeit – damals war er noch erfolgreich als Verkehrsminister – auch immer einen Spaten im Kofferraum gehabt hat, womit er unseren Güterterminal in Werndorf gebaut hat. In der Zwischenzeit ist er Bundeskanzler. Er hat kein Auto mehr. Er fliegt jetzt mit dem Flugzeug. Er hat auch keinen Spaten mehr. (Abg. Schrittwieser: „Die Wirtschaft war noch nicht soweit!“)

Ich habe vom Minister Einem noch nicht gehört ob er einen Spaten hat, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß er viel schneller wäre als Ihr Herr Bundeskanzler, der sich überhaupt durch Langsamkeit auszeichnet.

Aber ich gehe davon aus, daß die Aussagen des Herrn Verkehrsministers, daß er sich dafür einsetzen wird, daß dieser Tunnel gebaut wird, schlußendlich richtig sind und wir endlich zu dem kommen, was wir wollen, nämlich die Verkehrsanbindung auf der einen Seite an die Pontebana und auf der anderen Seite in den Osten und in den nordöstlich-mitteuropäischen Raum hinauf bis nach Berlin und weiter und auch in die sogenannten zukünftigen wirtschaftlichen Erwartungsländer. Das heißt also, wir können hoffen, daß sich wer durchgesetzt hat. Wir können hoffen, daß wir uns mit unserem Wunsch und mit unserem Begehren durchsetzen.

Das wäre das, was man zur Bahn sagen könnte, außer dem Umstand, daß wir selbstverständlich nicht vergessen dürfen, daß wir auch einen zweisepurigen Ausbau in Richtung Adria Häfen brauchen, daß wir selbstverständlich noch immer auf die vielen angekündigten Tunnels im Bereich Leoben, Traboch, den zweisepurigen Ausbau des Ennstals, die Schleife Selzthal und, und, und warten. Alles Dinge, die schon längst umgesetzt sein müßten, wenn das, was man uns versprochen und angekündigt hat, auch entsprechend in die Wege geleitet worden wäre. (Abg. Dr. Flecker: „Die Schleife Selzthal wollen wir nicht!“) Die Schleife Selzthal wollen wir nicht. Ist in Ordnung, dann wollen wir die Schleife Selzthal nicht. Aber wir wollen sicherlich den zweisepurigen Ausbau (Abg. Dr. Flecker: „Das wollen wir!“) des Ennstales haben. Sie werden mir dann erklären, wie man mit einem Kopfbahnhof Selzthal dort erfolgreich sein soll, wenn wir keine Schleife machen. (Abg. Dr. Flecker: „Zuerst den Ausbau der Zweisepurigen!“) Zuerst den Ausbau der Zweisepurigen, jawohl. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist auch der Plan!“) Okay, es ist geplant. (Abg. Dr. Flecker: „Ich wollte Ihnen nur sagen, was im Bezirk so gesprochen wird!“) Ja, ist gut, wunderbar. Ich freue mich darüber, daß der Bezirk dieser Meinung ist, wobei man bei der ennsnahen Trasse, wenn man von Dorf zu Dorf geht,

jeweils eine andere Meinung auch in den eigenen Fraktionen, wie Sie selbst wissen, vorfindet. Und mir geht es nicht anders.

Aber wir hoffen, daß auch diese Dinge umgesetzt werden, möglichst rasch, weil sie von essentieller Bedeutung für die Obersteiermark sind. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß wir noch Bereiche haben, die wir mit der Bahn sehr schlecht erreichen können. Und auch dort gibt es noch einiges zu tun.

Dann kämen wir zur Straße. Bei der Straße haben wir eine Fülle von Problemen. Da haben wir einmal die ennsnahe Trasse, und wie wir gehört haben, hat uns der Herr Landesrat Ressel, dem man nachsagt – zumindest von seiner eigenen Fraktion –, daß er seine Projekte erfolgreich durchsetzt, möglichst rasch, vor allem dann, wenn sie von seinen eigenen Genossen kommen, bei den anderen dauert es vielleicht etwas länger, aber es geschieht auch, Herr Landesrat – Spaß beiseite –, daß wir auch dazu kommen, daß wir die Projekte, die hier anstehen – Umfahrung Stainach –, die eine wesentliche Erleichterung für eine geprüfte Bevölkerung darstellen, und vielleicht einige andere Maßnahmen entlang dieser Strecke erfüllen, damit wir uns dort wieder in halbwegs vernünftiger Verkehrsinfrastruktur bewegen können.

Es gibt auch eine Fülle von Umfahrungsprojekten, die alle sehr notwendig wären, die alle wichtig wären, die allerdings unter dem großen Umstand zu leiden haben, daß die Kassen leer sind und für diese Projekte kein Geld vorhanden ist. Ich bedaure das. Es betrifft auch meine Heimatgemeinde. Und die Situation in diesen Bereichen wird immer ernster, weil es bereits an die Substanz geht. Ich kann nur an Sie appellieren, Herr Landesrat, daß wir alles tun und alles versuchen, um diese Projekte voranzutreiben. Ich weiß, daß wir nicht allein sind. Es gibt auch andere, die Wünsche haben. Ich kann mir gut vorstellen, daß es für Sie nicht leicht ist. Ich darf Sie aber trotzdem in aller Form ersuchen, dem Interesse einer auch sehr geplagten Kleinstadt Gehör zu schenken.

Sehr interessant ist die jüngste Entwicklung, die sich im Bereich der Tunnels abspielt. Die dramatischen Unfälle in der Schweiz und im Tauerntunnel haben zu einer Situation geführt, die typisch für die österreichische Verwaltung, für Österreich an sich ist. In dem Moment, wo einmal etwas passiert, ist Feuer am Dach. Da ist alles in Bewegung, und da müssen auf einmal alle Tunnel nachgezogen werden, und jeder hat es ja schon längst früher gesagt. Tatsache ist, daß wir uns auch hier bereits im Bereich der Anlaßgesetzgebung befinden.

Meine Damen und Herren, der Unfall, mag er noch so tragisch sein, im Tauerntunnel ist der erste nach einer Wirkungszeit von nahezu 20 Jahren. Und auch dieser Unfall, meine Damen und Herren, ist auf einen – wollen wir sagen – entweder unvorsichtigen oder unaufmerksamen oder vielleicht auch auf einen der verantwortungslosen Autofahrer zurückzuführen. Schlußendlich waren die Folgen dramatisch, und schlußendlich ist das, was im nächstfolgenden überdramatisiert, überreagiert.

Die Schweiz, die vor wenigen Monaten einen ähnlichen Unfall gehabt hat, hat sofort reagiert, indem sie eine Expertenkommission – und es gibt in diesem Bereich Experten, große Vereinigungen, Ingenieur-

büros, die sich mit der Planung von Sicherheitsanlagen beschäftigen – eingesetzt hat. Diese Kommission ist in der Schweiz bereits an der Arbeit, auch mit österreichischer Beteiligung. Ich würde vorschlagen und hoffen, und es gibt bereits diesbezügliche Kontaktaufnahmen mit der Frau Landeshauptmann, und ich hoffe schlußendlich auch mit dem zuständigen Straßenreferenten, daß man die Überprüfung beziehungsweise das Aufzeigen von Möglichkeiten den Experten überläßt, und nicht in einer Ho-ruck-Gesetzgebung etwas macht, wie wir es zum Beispiel im Anschluß an die tragischen Vorfälle und das tragische Unglück in Lassing mit dem neuen Berggesetz haben, daß man ein unausgegorenes und inpraktikables Gesetz schafft.

Man sollte auch hier Sorgfalt walten lassen und mit Vernunft an die Dinge herangehen. Etwas, was man gerade im Katastrophenschutz bei den Feuerwehrleuten durch Training und durch wiederholtes Abwickeln von Fällen sehr sorgfältig tut. Ich glaube, daß wir damit gut beraten sind. Es wird in den kommenden Monaten für die Steiermark sicherlich eine ungeheure Belastung sein, daß wir, bedingt durch die Sperre des Tauerntunnels, im Ennstal ein weit überhöhtes Verkehrsaufkommen haben, das sich in weiterer Folge selbstverständlich auch auf das Palten- und Liesingtal, auch das Murtal zurücksetzt, und es zeigt sich immer mehr, daß natürlich die verzögerte Inangriffnahme der Projekte Bruck auf der einen Seite und Pernegg auf der anderen Seite nun unmittelbar wesentlich deutlicher zutage tritt, als es mit der normalen Belastung der Fall war. Ich glaube, daß wir auch hier Maßnahmen zu setzen haben.

Ich erinnere an die Ankündigung, daß wir heuer im Herbst mit der zweiten Röhre des Plabutschunnels beginnen werden. Herr Landesrat, ich glaube, diese Entscheidung ist ja Gott sei Dank ohne diesen Unfall gefallen und ist eine Notwendigkeit, die ja lange gefordert, lange geplant und nunmehr schlußendlich zum Tragen kommt.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns mit allem Ernst mit der Verkehrslage in der Steiermark auseinandersetzen, dann haben wir zwei große Schwerpunkte im Auge. Das eine ist die neue Südbahn mit dem Koralmtunnel, dem Güterterminal Graz-Süd, wie immer er dann schlußendlich heißen wird und wo immer er sich befinden wird, wobei hier die Vorbereitungen sehr weit gediehen sind. Es ist dies die Fertigstellung der Schnellstraße zwischen Pernegg und Bruck. Und es ist – und das ist für die Steiermark zwar tragisch, aber an sich besonders wichtig – dringend notwendig, daß die A 9 im oberösterreichischen Bereich möglichst rasch den entsprechenden Lückenschluß bekommt, damit wir eine Entlastung des Ennstales haben und der Transit- und Schwerverkehr auf der Autobahn im Bereich Salzburg, Sattledt, Liezen in Richtung Spielfeld entsprechend zum Tragen kommt und eine Entlastung der sicherlich vom Verkehr schwer getroffenen obersteirischen ennstaler Tourismusregionen erfolgt. Ich glaube, daß wir mit diesen Projekten ausreichend zu tun haben, bin überzeugt davon, daß die finanziellen Mittel, die für den Landesbereich bereitzustellen sind, bei weitem derzeit nicht ausreichen. Ich hoffe aber und appelliere an Sie, Herr Landesrat, daß wir alles daransetzen, möglichst rasch

die Verkehrsinfrastruktur zu schaffen, die es uns schlußendlich auch ermöglicht, für Betriebsansiedlungen attraktiv zu werden, für Gäste, die unser schönes Land besuchen wollen, attraktiv zu werden und auch die nötige Sicherheit im Verkehr unseren Bürgern in vollem Maße zugute kommt. Das sind die wenigen und kleinen Wünsche, Herr Landesrat, die wir an Sie haben, und ich hoffe, daß ein Teil dieser Wünsche auch noch zu unseren Lebzeiten in Erfüllung geht. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 21.10 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Wabl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (21.10 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Danke für den Antrag, das ist brüderliche Nachbarschaftshilfe vom Kollegen Kröpfl. Ich war schon darauf eingestellt, daß ich morgen in der Früh mit frischer Kraft meine Wortmeldung deponieren kann. (Abg. Schleich: „Man sieht das!“) Du, nachdem wir das alles den ganzen Tag mit großer Aufmerksamkeit anhören, ist das nicht so einfach, das wirst du bestätigen, nicht?

Aber ich werde mich bemühen, den Abgesang heute entsprechend zu gestalten und gleich zum Kollegen Vesko übergehen. Ich kann dir in manchen Bereichen folgen. Was mir wichtig gewesen wäre und was ich da hier besonders betonen möchte, ist, daß du die zwei Hauptverkehrsarten ungefähr auf die gleiche Ebene gestellt hast, das heißt Bahn und Straße. Natürlich wissen auch wir Grüne, daß seit dem Zweiten Weltkrieg, in der Nachkriegszeit in der Zweiten Republik in Österreich dem Ausbau der Straßenverkehrsnetze besondere Priorität zugewandt wurde, auch in der Steiermark. Ich bin überzeugt davon, daß, wenn wir den Schweizer Weg gegangen wären, das heißt die so umweltfreundliche Bahn entsprechend zu attraktivieren und auszubauen, daß dieser Weg unter dem Aspekt des Umweltschutzes und der Umweltbelastung – den Umweltschutz haben wir ja vorher diskutiert – sicherlich der zielführendere Weg gewesen wäre. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Herr Kollege Wabl, auch in der Schweiz ist das Verhältnis zwischen Bahn und Straße nahezu identisch mit dem österreichischen, nahezu identisch!“) Aber in der Schweiz – und ich kenne die Schweiz sehr gut – ist natürlich das Eisenbahnnetz mit einem gewissen Taktverkehr ungleich dichter, und man hat dort, nicht wie im Gegensatz zu Österreich, wo praktisch kein einziger Kilometer Eisenbahnnetz gebaut wurde, sondern hat man dort wirklich auch Eisenbahnstrecken neu geschaffen.

Wir haben ja nur eines gemacht, wir haben Nebenbahnen aufgelassen, wir haben zum Beispiel bei der Südbahn das zweite Gleis abmontiert, wir haben zwar elektrifiziert, aber seien wir uns doch ehrlich, und ich glaube, das müssen auch die Sozialdemokraten zugeben, daß ihr zwar immer stolz gewesen seid, daß die Eisenbahner treue Genossen waren, aber bei der Eisenbahn selbst, die doch relativ lange, jahrzehntelang, ein unbeweglicher Staatsbetrieb gewesen ist, relativ wenig getan worden ist. Wir haben ganz einfach alle zusammen zugeschaut, daß in Richtung Straßennetz viel mehr getan wurde als in Richtung

Eisenbahnnetz. Es war kein Zufall, und es ist ja kein Geheimnis, ich habe diese Parteitage ja miterlebt, und das war für mich immer signifikant, ich habe dort nie vom großen Vorsitzenden, der Österreich von 1970 bis 1983 gelenkt hat, gehört; daß man soundso viele neue Eisenbahnen oder Zugsgarnituren eingesetzt hat, daß man soundso viele neue Eisenbahnkilometer geschaffen und errichtet hat, sondern es hat nur geheißen, soundso viele neue Autobahnkilometer, Autostraßenkilometer und soundso viele neue Pkws wurden zugelassen. Was das für die Verkehrsbelastung bedeutet, das möchte ich da hier gar nicht weiter ausbauen.

Viele Züge, die im Schulbereich, Kollege Erlitz, funktioniert haben, sind so unterlaufen worden, daß man daneben einen Schulbus installiert hat, der die gleiche Strecke gefahren ist, weil man halt den Schülern; was ja an sich von der Idee nicht so schlecht war, irgendwo entgegenkommen wollte, aber letzten Endes hat das dazu geführt, daß die Schüler auch in der Folge, jene, die dann älter geworden sind, das Eisenbahnfahren verlernt haben, unabhängig davon, wie die Attraktivität der Verbindungen ausgeschaut hat.

Aber nun zu den zwei brennenden Themen, ohne daß ich das Thema Semmeringbasistunnel über Gebühr behandeln will, das ist in den letzten Wochen ja schon ausreichend passiert. Wir Grünen in der Steiermark haben uns zu diesem Semmeringbasistunnel bekannt aus den genannten Gründen, die ich vorhin erwähnt habe, erstens weil wir dem Ausbau des Eisenbahnnetzes besondere Bedeutung zumessen, und zweitens, weil wir glauben, daß diese Milliarden, die dort verwendet werden für den Anschluß der Steiermark, für die Attraktivierung der Steiermark besser angelegt sind, als wieder, wie das schon oft passiert ist, im niederösterreichischen und im Wiener Raum zu versickern.

Das ist letzten Endes der Konflikt und der Streitpunkt zwischen Pröll und Klasnic, zwischen Niederösterreich und Steiermark.

Trotzdem warne ich davor, daß man angesichts des Problems Semmeringbasistunnel andere Probleme im Eisenbahnbereich, im Verkehrsbereich vernachlässigt. Ich habe Sorge, man wird zwar sagen, das Thermenland ist attraktiv, aber die Eisenbahn funktioniert praktisch nur mehr als Geisterzug, weil wir einfach das Personal dort nicht mehr abstellen. Es wird auch keine Eisenbahn funktionieren, wenn die Nebenadern nicht mehr entsprechend funktionieren. (Allgemeine Heiterkeit.) Ich habe gar nicht gewußt, daß ich mit meiner Wortmeldung so lustig bin. Es freut mich, daß meine Wortmeldung zur Heiterkeit verführt, aber es ist natürlich angesichts der späten Stunde schon angebracht.

Wie das auch ausgehen wird, ich persönlich stehe zu dem Semmeringbasistunnel. Ich bin aber sicher, daß der Landeshauptmann Pröll, der der ÖVP angehört, sich noch einiges einfallen lassen wird, um mit seinen Möglichkeiten im Rahmen des Naturschutzgesetzes, wo das alte ja gilt, einige Hindernisse noch in den Weg zu legen. Hoffen wir, daß wir den Semmeringbasistunnel noch erleben werden.

Ein Zweites: Ich will jetzt auch keine Debatte über die ennsnahe Trasse vom Zaun brechen, aber, Herr Landesrat Ressel, ich bin überzeugt davon, daß die

Umfahrung Stainach einmal ein dringend notwendiger Schritt war, um die Verkehrsprobleme und die Belastung für die Stainacher Bevölkerung zu entschärfen. Andererseits warne ich davor, und ich bin überzeugt davon, daß, wenn von deiner Seite oder von Seite der Regierung oder von wo immer wiederum der Versuch unternommen werden sollte, die ennsnahe Trasse wieder zu beleben oder zu aktivieren, es erstens der falsche Weg ist und zweitens, daß das zum Scheitern verurteilt ist.

Ich möchte daher an dich die Frage richten, du hast die Meinung vertreten, oder stimmt das nicht, daß es möglich ist, diese ennsnahe Trasse in das Trans-europäische Verkehrsnetz einzubinden und trotzdem nur zweibahnig auszubauen. Es gibt Leute, die sagen, das ist denkmöglich. Aber ich hätte doch gerne gewußt, wie du das siehst.

Insgesamt glaube ich, daß die Frage ennsnahe Trasse, daß dieses Thema schon so belastet ist, daß ich dich bitte, daß man mit der Stainacher Umfahrung und einem Ausbau, einer Adaptierung des bestehenden Verkehrsnetzes oder der bestehenden Straße das Auslangen finden kann. Das ist meine persönliche Meinung. Ich hätte gerne von dir gewußt, welche Position du vertrittst, ob du wirklich meinst, daß man die ennsnahe Trasse wieder beleben sollte. Ich bin fest davon überzeugt, daß das der Weg in die falsche Richtung ist, und bin auch überzeugt davon, daß damit kein Problem gelöst wird, wiewohl ich sage, die Stainacher Umfahrung, das hätten wir schon vor 20 Jahren anpacken können, und dann hätte man sich viel Leid, auch viele Verkehrsoffer und viel Belastung für die Bevölkerung ersparen können.

Aber es ist nie zu spät, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Und es ist ja immerhin erfreulich, daß du in deinem neuen Ressort, das du im Jahr 1996 übernommen hast, zumindest diesen Weg zur Befriedung der Bevölkerung dort eingeschlagen hast.

Zum Schluß noch, was für uns ein ganz wichtiger Punkt ist, daß wir der Meinung sind, daß die Mittel für den Straßenbau viel zu spärlich für den Ausbau von Radwegen fließen. Ich halte das für einen großen Nachteil. Es sind also insgesamt für den Ausbau und Neubau von Landesstraßen 246 Millionen vorgesehen.

Und wir kennen ja alle die lokalen Größen, die dem Neuausbau oder der Verbreiterung von Landesstraßen huldigen. Ich bin manchmal tatsächlich entsetzt darüber, welche Ideen man noch hat im Interesse des Autos, damit man möglichst schnell von einem Punkt zum anderen kommt. Was da hier an Mitteln verbraucht wird, das halte ich manchmal sogar für grob fahrlässig. Wir sind ja Straßen- und Autofetischisten – auch bei Katastrophen ist es das Wichtigste, daß die Straßen wieder freigemacht werden. Wie es den Menschen geht, geht oft unter.

Für den Neubau – und jetzt hören Sie zu, ich bin eh schon bald fertig – (Abg. Kaufmann: „Draußen in der Kantine hört man das nicht!“)

Porta, du hörst zu, das ist mir wichtig. Die Damen sollen sich weiter unterhalten.

Für den Neubau und die Erhaltung von Radwegen sind hingegen – man höre und staune – sagenhafte 6,2 Millionen Schilling eingeplant. Das ist wirklich nur ein Tropfen auf den heißen Stein für dringend not-

wendige Investitionen. Und um dieses Mißverhältnis zu reduzieren, soll unserer Meinung nach – und das wäre nur ein bescheidener Wunsch – das Radwegbudget auf 20 Millionen Schilling zu Lasten des Straßenbaubudgets angehoben werden.

Ich weiß jetzt natürlich, und bin ja nicht naiv, ich weiß es seit 20 Jahren, wie das vor sich geht. Wir werden jetzt diesen Abänderungsantrag einbringen. Es werden einige mittun, aber alle anderen Fraktionen sind ja im Sinne der Budgethoheit des Landes daran gebunden, daß man keine Ziffer ändern kann. Ich befürchte nur, daß wir heute diesen Antrag einbringen und man vielleicht sagt, nächstes Jahr können wir es machen, und nächstes Jahr werden diese Verhandlungen über die Budgetierung wieder auf Regierungsebene getroffen.

Ich lese den Abänderungsantrag aber nun trotzdem vor:

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Im Landesvoranschlag 2000 wird erstens der Ansatz 6112, Ausbau und Neubau von Straßen und Brücken, wie folgt um 14 Millionen Schilling reduziert: 1/611203/0602 Straßenneu- und -ausbau, Vergebung an Dritte 109,400.000 Schilling, 1/611203/0603 Brückenneu- und -ausbau, Vergebung an Dritte 46,500.000 Schilling, zweitens der Ansatz 1/611505/7355 Radwege – Neubau und Erhaltung um 14 Millionen Schilling auf 20,198.000 Schilling erhöht. Ich bitte um Annahme!

Jetzt komme ich zu dem, was mir noch am Herzen liegt. In der „Kleinen Zeitung“ von morgen – ohne daß ich hier etwas kritisieren will, dazu bin ich schon zu lange im Landtag und weiß um unsere Ohnmacht – gibt es eine Glosse der Frau Gigler, wo darauf Bezug genommen wird, daß der Kollege Karl-Heinz Vollmann gesagt hat, er wünscht dem Landtag alles Gute und hofft, daß der Hirschmann ihn nicht abschafft. So sinngemäß hat er das humorvoll eingestreut, weil der Kollege Hirschmann hat ja einige Dinge vor, die er abschaffen will. Von der Regierung habe ich noch nichts gehört, daß er sein Ressort abschaffen will, aber seines ist ja so erfolgreich, daß es unentbehrlich ist. Daraufhin schreibt die Kollegin Gigler, tun Sie es wohl, denn angesichts unserer inhaltsleeren und inhaltslosen Wortmeldungen wäre das höchst an der Zeit.

Ich will hier nicht meine eigene Wortmeldung werten, aber ich stelle eines fest, und ich glaube, ich kann im Namen vieler sprechen, jeder, der hier herausgeht, bemüht sich nach bestem Wissen und Gewissen, Wortmeldungen zu artikulieren und Sorgen und Wünsche der Menschen dieses Landes vorzubringen. (Beifall bei der SPÖ.)

Nicht immer ist die Atmosphäre so, daß das entsprechend drüberkommt. Aber ich habe auch schon Landtage erlebt, und das war früher üblich, daß Journalisten, die eingeladen wurden, zumindest einigermaßen den Ablauf der Budgetdebatte wiedergegeben haben. Es steht mir nicht zu, etwas zu verlangen. Mir ist klar, daß manche Dinge interessanter sind. Aber ich bin betroffen darüber – und das sage ich im Namen aller, die da sitzen –, daß man ein Werturteil über unsere Arbeit abgibt, ohne daß man den Großteil der Wortmeldungen – man nehme es, wie ich es sage –,

die trotzdem mit Engagement und mit Leidenschaft und mit Begeisterung und mit mehr oder weniger großer Routine hier vorgetragen werden, gehört hat, zu sagen, am besten ist, man schafft das ab.

Ich bin im Gegensatz zum Kollegen Hirschmann nicht der Meinung, daß wir eine Geldvernichtungsmaschine sind. Ich bin auch nicht der Meinung, daß wir abgeschafft gehören. Ich bin, trotz aller Leerläufe, die wir erleben, der Meinung, daß man bei manchen Wortmeldungen, die heute hier gefallen sind, wo man momentan das Gefühl hat, sie werden zwar nicht so ernst genommen, weil jene, die sie ernst nehmen sollten, gar nicht da sind, oft nicht abschätzen kann, ob sie nicht in ein, zwei Jahren auf fruchtbaren Boden fallen. Das wollte ich da nur sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, daß wir es uns selbst schuldig sind, uns gegen solche Degradierungen und Herabsetzungen zu wehren; ohne daß ich unsere Wichtigkeit und unsere Bedeutung – vor allem auch nicht meine und die meiner Kollegin und anderer – überschätzen will.

Aber trotzdem muß das gesagt sein, und ich scheue mich auch nicht, das dann der Person zu sagen, die das geschrieben hat. Man sollte darüber nachdenken und über etwas schreiben, wenn man es erlebt hat. Aber wenn man es nicht erlebt hat, dann sollte man nicht schreiben.

Ich stelle daher den Antrag, er liegt ja vor, daß der Landesvoranschlag 2000 in den genannten Ansätzen so geändert wird, daß praktisch 20 Millionen Schilling zu Lasten des Straßenbaubudgets für das Radwegbudget verwendet werden. Es liegt auf. Die Ziffern und die einzelnen Daten will ich Ihnen ersparen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 21.26 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Ich ersuche die Damen und Herren des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, sich in den Rittersaal zu begeben, den übrigen Herrschaften wünsche ich eine gute Nacht. Wir sehen uns wieder morgen um 8.30 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung von 21.26 Uhr bis 1. Juli 1999, 8.32 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir nehmen die gestern unterbrochene Sitzung wieder auf. Zum zweiten Teil der Gruppe 6 hat sich der Herr Abgeordnete Schleich zu Wort gemeldet, dem ich es erteile.

Abg. Schleich (8.33 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herrn, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich wünsche einen wunderschönen guten Morgen!

Nachdem wir ja alle irgendwie hergekommen sind, hat es uns schon relativ bewegt heute morgen, und gestern die Debatte war ja auch schon sehr bewegt. Ich darf natürlich den zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Ressel, auf das allerherzlichste begrüßen, der ja kein leichtes Referat hat. Denn liest man die Zeitungen – (Abg. Schützenhöfer: „Er ist nicht da!“) Nein, er ist nur gerade bei der Tür hinausgegangen, aber er kommt gleich wieder, keine Sorge. (Abg. Schützenhöfer: „Begrüßt ihr euch nicht in der Früh?“) Da haben wir uns auch schon begrüßt, aber ich darf es natürlich im Hohen Haus noch einmal machen, und

Höflichkeit ist ja der erste Weg, und so soll man sich in der Früh schon begegnen, nicht? (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Ich darf bei der Gelegenheit auch die Frau Landeshauptmann begrüßen, sie ist auch gerade gekommen!“) Das habe ich nicht gesehen, ich habe hinten keine Augen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, zurück zum Verkehrsreferat. Wie ich vorher schon erwähnt habe, hat der Herr Landesrat, der gerade gekommen ist – so wie die Frau Landeshauptmann und die übrigen Regierungsmitglieder, die ich natürlich, wie Sie wünschen, gerne begrüßen darf –, sicher kein leichtes Referat. (Abg. Dr. Lopatka: „Das schwierigste!“)

Liest man die Zeitungen, dann hört man von den obersteirischen ÖVP-Abgeordneten, es geht alles in die Südoststeiermark, es passiert oben nichts. Bei uns behauptet man, vor allem in ÖVP-Kreisen, der Ressel gibt nichts in die Südoststeiermark, es fließt alles in die Obersteiermark. Also man sieht, die Wünsche sind sehr groß in der ÖVP, es ist auch viel versäumt worden, und es ist klar, der Landesrat Ressel hat jetzt vieles weitergebracht, und jetzt will man überall diese Erfolge haben, und das geht halt nicht alles zugleich. (Abg. Dr. Lopatka: „Lobeshymnen!“)

Aber wenn ich als Untersteierer hier ein paar Worte sagen darf, und die Zeit läuft sehr schnell. (Abg. Pußwald: „Als Untersteierer?“) Als Südoststeierer, ich hoffe, es fühlt sich keiner beleidigt, aber es ist schon so.

Am frühen Morgen ist es recht schwierig zuzuhören, fällt mir auf. (Präsident: „Bitte um Aufmerksamkeit für den Redner, den Abgeordneten Schleich!“) Ich danke.

Ich darf mich einmal vorerst bedanken, daß es bei der B 68, Anschluß A 2, Gleisdorf, endlich soweit ist, daß wir sagen können – wir alle kennen ja das Problem, ich bin ja des öfteren am Rednerpult gestanden, wann endlich etwas weitergeht. Es ist so, daß das Umweltverträglichkeitsgutachten läuft. Wir wissen, daß der Anschluß gebaut wird. Ich glaube sogar, daß dieser Anschluß erweitert werden muß, und zwar dahin gehend, daß man auch Überholspuren einbaut, da hier ja sehr viele Landwirtschaftsfahrzeuge unterwegs sind und ein Überholen zum Anschluß A 2 kaum möglich ist. Und alle, die die Vergangenheit kennen, wissen auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir jahrelang darauf gewartet haben, und erst als das Verkehrsressort zum Landesrat Ressel gekommen ist, dann haben auch die Bauern nachgegeben, weil dann hat sie keiner mehr motiviert, die Grundstücke nicht zu verkaufen. Dafür möchte ich mich auch herzlichst bedanken.

Aber ich möchte auch ein Thema einbringen, weil meine Zeit ja bald abläuft, auch als Südoststeierer. (Abg. Vollmann: „Du meinst, deine Redezeit läuft ab!“ – Allgemeine Heiterkeit.) Hier am Rednerpult, ich weiß schon, ihr hättet es gerne anders, aber das passiert nicht, ihr braucht keine Angst haben.

Ich möchte auch auf den Semmeringbasistunnel eingehen, und ich habe noch genau eine Minute, und die möchte ich dem Basistunnel schenken.

Die schönen Plakate, wo steht „LH Klansic hat sich durchgesetzt“, da ist eigentlich ein Fehler drauf. Es müßte eigentlich das „ÖVP“ weg, weil in der ÖVP kann sich die Frau Landeshauptmann nicht durchgesetzt haben, das ist unmöglich, weil sonst dürfte die

steirische ÖVP nicht mehr zur Bundes-ÖVP gehören und müßte vor allem mit den Niederösterreichern nichts zu tun haben. Also in der ÖVP kann es nicht funktionieren.

Durchgesetzt kann sie sich auch nicht haben, weil sonst müßte der Einfluß in die Gerichte gegangen sein, das glaube ich auch nicht, das nehme ich nicht an. Also, so muß man wirklich sagen, es verwundert mich. Es kann, meine lieben Kollegen, nur eines sein, er wird gebaut, und das behaupten die Sozialdemokraten, das behauptet der Verkehrsreferent Joachim Ressel und das wird sich in Wirklichkeit auch durchsetzen, weil die Sozialdemokraten dahinterstehen. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 8.38 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, Sie haben auf Ihren Plätzen eine Obstspende vorgefunden, eine sehr sympathische Wortmeldung des Herrn Landesrates Pörtl. Danke, Erich. (Allgemeiner Beifall.)

Und jetzt hat sich der Herr Abgeordnete Purr zu Wort gemeldet, dem ich es erteile.

Abg. Purr (8.38 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herren Landesräte, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Straße und Bahn stellen sicherlich keine Gegensätze dar, sondern sind Partner im wahrsten Sinne des Wortes, die sich ergänzen in einem übergeordneten Verkehrskonzept. Die Entscheidung pro Semmering ist gefallen. Unsere Frau Landeshauptmann ist den richtigen Weg gegangen, entgegen anderen Empfehlungen. Es scheint aber so zu sein, wenn man die Debatten hier hört und die Debattenbeiträge hört, daß es einigen Damen und Herren nicht ganz recht erscheint, daß es wirklich so gekommen ist. Scheinbar hätte es besser ins Konzept gepaßt, wenn hier einiges schiefgegangen wäre. Dem ist nicht so, und ich freue mich, daß eigentlich in der Steiermark nie ein Zweifel darüber bestanden hat, ob wir den Semmeringbasistunnel wollen oder nicht, oder ob wir eine Anbindung brauchen an den oberitalienischen Wirtschaftsraum. Da hat es immer eine Einigkeit gegeben, und ich glaube, daß das im einen wie im anderen Fall auch wirklich zum Erfolg führt und geführt hat.

Die Notwendigkeit des Koralmtunnels wurde immer wieder unterstrichen, vorangetrieben, und die Anbindung an die Pontebbana und damit zu Venedig, Mailand und Turin wird erfolgen. Gott sei Dank hat es auch aus meinem Heimatbezirk Deutschlandsberg ein parteiübergreifendes Übereinkommen gegeben, und man kann sagen, wir stehen heute dahinter. Allerdings, die Hochleistungs-AG. tritt nun in die Öffentlichkeit damit, nimmt ihre Tätigkeit auf. Das erste Büro wird morgen, am 2. Juli, im Bezirk Deutschlandsberg von der HLAG. eröffnet werden.

Und jetzt kommen wir in die heiße Phase, und man wird sich umschauen müssen, daß man wirklich auch jetzt in dieser Geschlossenheit dazu steht, wie es in der Vergangenheit der Schein war. Jedenfalls, wenn wir das wollen, daß wir eine Anbindung an den zweitgrößten Wirtschaftsraum Europas finden, dann ist es erforderlich, hier zusammenzustehen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen moderne Bahnen, die sind gefordert, nicht nur für dieses Land, sondern für diesen gesamten Staat Österreich am Beispiel der Beneluxländer. Denken wir daran, daß allein in Brüssel pro Minute im Zentralbahnhof Brüssel ein Zug entweder eintrifft beziehungsweise ihn verläßt, das im Interesse der Menschen, das im Interesse der Wirtschaft, das im Interesse der Beschäftigung.

Eines aber soll hier nicht unerwähnt bleiben, die Notwendigkeit einer Anbindung Österreichs zur Nordsee einerseits wie zur Adria andererseits! Maßnahmen wurden gesetzt. Triebfeder dahinter ist erfreulicherweise die Industrie mit ganzer Kraft und mit vielen Ideen, um auch das vorhandene Eisenbahnnetz besser zu nützen, um die Logistik entsprechend zu modernisieren.

Was verlangt ist für dieses Land – und das eint uns glaube ich wirklich –, sind eine zeitgemäße Verkehrsinfrastruktur, eine auf Dauer tragbare Mobilität. Und das ist auch eine Forderung im Interesse der Europäischen Union, nicht zuletzt aber wirklich der Menschen und der Wirtschaft für eine Beschäftigung, die wir alle wollen, die wir alle brauchen. In einem Europa der Regionen wollen und sollen wir auch in der Steiermark eine ernstzunehmende wirtschaftliche und politische Kraft sein. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 8.43 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Huber das Wort.

Abg. Huber (8.43 Uhr): Herr Präsident, Regierungsglieder, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Infrastruktur insgesamt, aber ganz besonders der Straßenbau, ist in unserer Region natürlich besonders wichtig, Wirtschaftsstandort und so weiter.

Unser Bezirk Weiz ist eigentlich sehr lange Zeit so quasi als Stiefkind behandelt worden. In den letzten Jahren hat sich doch sehr viel bewegt. Nur um einige Dinge zu erwähnen, die komplette Ilztalstraße, Ortsdurchfahrten in Gasen, Ratten, Markt Hartmannsdorf, Industrieanschluß Sinabelkirchen und so weiter.

Zwei ganz wichtige Projekte: Die Übergrabungen der Engstellen in der Weizklamm sind bereits im Bau, in der Fertigstellung, Engstellen, die für die Einpendler nach Weiz jahrzehntelang ein besonderes Hindernis waren und in nächster Zeit gelöst sind. Weiters ein Nadelöhr, die Durchfahrt durch unsere Bezirksstadt Weiz, sehr viel Schwerverkehr, Schottertransporte und so weiter. Ein fertiges Projekt liegt bereits im Wirtschaftsministerium und wird demnächst genehmigt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die ÖVP hat sich nach der letzten Landtagswahl auch vom Straßenbauressort verabschiedet. Das ist natürlich mit Arbeit verbunden, mit sehr viel Arbeit. Ressel hat trotz des großen Aufgabengebietes im Finanzressort das Straßenbauressort bestens im Griff. Auch die ÖVP trifft ab und zu gute Entscheidungen, und daß sie das Straßenbauressort an die Sozialdemokraten weitergegeben hat, war eine gute Entscheidung und wird für die Zukunft für unser Land Positives bringen.

Ein herzliches Danke an unseren Straßenbau-referenten, der die Steuergelder gerecht verteilt. (Bei-fall bei der SPÖ. – 8.45 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dirnberger (8.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Herren Landesräte, geschätzte Damen und Herren!

Ja, die Verkehrsinfrastruktur, das wurde schon er-wähnt, ist besonders wichtig, und ich möchte sie ein bißchen aus regionaler Sicht beleuchten.

Unser Bezirk Voitsberg ist, kann man sagen, von zwei Hauptverkehrsadern erschlossen. Das ist zum einen die Eisenbahnlinie und zum zweiten die B 70.

Bei dieser B 70 haben wir ein Teilstück, das noch nicht so ausgebaut ist, wie wir es uns vorstellen. Zum Teil auch ein Verschulden der Region selbst, weil in den späten siebziger und in den frühen achtziger Jahren die Region selbst sich nicht einig war und da ganz andere Versionen im Spiel waren. Aber das ist Geschichte, heute ist sich die Region einig, heute wollen wir auch von Gaisfeld bis zum Autobahn-zubringer der A 2 eine Umfahrung. Es gibt dement-sprechende Pläne.

Im ersten Teilabschnitt – Gaisfeld, Krottendorf – ist eine Trasse verordnet. Es finden die Grundstücks-ablösen statt. Im zweiten Teil von Krottendorf bis nach Mooskirchen gibt es eine grundsätzliche Zustimmung, wobei jetzt die Gutachten vorgelegt werden. Hier vertrete ich die Meinung, daß diese Entscheidung der neuen Trassenführung richtig ist, im Gegensatz zu anderen Fraktionen in diesem Hause, die meinen, daß nur die Eisenbahn ausgebaut gehört, und dann brauchen wir diese Umfahrung nicht. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß die B 70 ganz entscheidend für unseren Bezirk ist. Es fahren da 15.000 Autos im Tag, und das ist natürlich für die Bevölkerung, aber auch für den Wirtschaftsstandort von immenser Be-deutung.

Die zweite Hauptverkehrsader ist die Eisenbahn selbst. Auch die wollen wir erhalten. Die GKB – wie sie hinläufig bekannt ist – hat sich ja geteilt, mit Beschluß im April vorigen Jahres, rückwirkend mit 1. Jänner 1998, in die GKB-Bergbaugesellschaft und in die GKE-Eisenbahngesellschaft, wobei natürlich bei der Eisen-bahn auch die Busse enthalten sind. Die Konzession ist hier abgelaufen, wurde aber bis Ende Dezember 1999 verlängert. Eigentümer ist nun das Verkehrsministe-rium.

Wenn man jetzt die geschäftliche Entwicklung an-schaut, dann ist leider bei der Bahn im Jahr 1998 ein Rückgang zu verzeichnen und bei der Buslinie ein Zuwachs. Obwohl die Tonnagen bei der Bahn ge-stiegen sind, es aber seit 1996 keinen Kohletransport mehr gibt, so konnten doch die Tonnagen erhöht werden.

Die GKB selbst ist noch immer ein beachtliches Unternehmen, trotz Splittung, mit 483 Mitarbeitern. Bei der Bahn sind 423 beschäftigt und bei den Bussen 60. Aus der Beschäftigungszahl heraus läßt sich schon ablesen, und wenn man den Umsatz vergleicht, daß

natürlich die Bahn ein horrendes Defizit machen muß, aber derzeit noch immer vom Bund abgedeckt wird. Für unsere Region ist sie wichtig – die Bahn.

Es wird natürlich irgendwann die Entscheidung kommen, was geschieht schlußendlich mit dieser Eisenbahn? Es wurde ja schon mehrmals angekündigt, daß sie zum Verkauf ausgeschrieben wird. Zuerst hat es geheißen, Herbst 1998, dann Frühjahr 1999, jetzt soll es angeblich im Herbst 1999 sein. Uns soll es recht sein, wenn sie gar nie kommt, aber es wird sich nicht vermeiden lassen, daß hier diese Entscheidung an-steht.

Die Landesbahnen, auch in Eisenbahn- und Bus-betrieb gegliedert, haben grundsätzlich auch positive Ergebnisse. Sie erreichen fast einen 60prozentigen Deckungsgrad, natürlich auch durch Rationalisierun-gen. Wenn man die einzelnen Linien anschaut, dann gibt es dort Buslinien, aber auch Eisenbahnlinien, die ein starkes Minus haben, und andere wieder ein sehr starkes Plus.

Ich möchte aber auch noch den Verkehrsdienste-vertrag erwähnen, den wir – das Land – ja mit der ÖBB abgeschlossen haben. Es sind auch Mittel im Budget vorgesehen. Hier darf ich den Landesrat ersuchen, daß er vor allem darauf achtet, daß nicht nur die Angebots-verbesserung, sondern auch die Qualität der Fahr-zeuge gehoben wird.

Ich habe gestern da hinten mit einem Beamten, der von Wien hereingefahren ist, gesprochen, der festge-stellt hat, eigentlich ist das Material, mit dem die ÖBB unterwegs ist, wirklich Jahrzehnte rückständig.

Wir haben auch von unserer Fraktion einen Antrag eingebracht, um festzustellen, ob es Möglichkeiten zur Strukturverbesserung und zur Produktivitätssteige-rung gibt, und zu überprüfen, ob es nicht sinnvoll wäre, eine Verkehrs-Steiermark AG., die VESTAG, einzurichten, wo dann die Koordinierung des Nah-verkehrs zwischen ÖBB, GKB, GVB und auch natür-lich den Landesbahnen erfolgt. Ich glaube, das ist höchst an der Zeit.

Wenn ich daran denke, wenn heute einer mit der Eisenbahn nach Graz fährt und in Raaba arbeitet, dann ist das für ihn fast unmöglich, wenn nicht die Firma selbst hier Shuttlebusse zusätzlich einrichtet.

Wenn wir auch wissen, daß zwischen Planung und tatsächlicher Umsetzung meistens Jahre, ja Jahr-zehnte vergehen, so ist es sicher wichtig, daß an die-sem Nahverkehrskonzept möglichst rasch gearbeitet wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 8.51 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kröpfl das Wort.

Abg. Kröpfl (8.51 Uhr): Verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, meine sehr ver-ehrten Damen und Herren von der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die wirtschaftliche Entwicklung einer Region hängt natürlich unmittelbar mit den Infrastrukturmaßnah-men, die in dieser Region gesetzt werden, zusammen. Das ist, glaube ich, jedem klar. Und auch in unserem Bezirk Deutschlandsberg ist die Entwicklung in der letzten Zeit sehr erfreulich. Es hat sich sehr viel getan.

Es wurden an unserer Hauptverkehrsader, der B 76, einige Verbesserungsmaßnahmen durchgeführt, und auch an den anderen Straßen, wie der L 601 oder L 303, wird ständig gebaut. Auch die Ortsumfahrungen, die so dringend notwendig sind, wie zum Beispiel die Ortsumfahrung Wies und die Ortsumfahrung Groß Sankt Florian, hoffen wir, daß wir in den nächsten Jahren in den Griff bekommen und daß dort auch etwas weitergeht. Also in den Straßenbau ist generell sehr viel an Mitteln geflossen. Es war nicht nur in Österreich so, sondern auch in anderen Ländern Europas.

Die Eisenbahn und der Ausbau der Eisenbahn wurde aber leider etwas vernachlässigt. Jetzt, mit dem Planungsauftrag für die Koralmbahn und mit der Umsetzung, gelangt der Bezirk Deutschlandsberg – und so hoffen wir alle – von einer Randlage zu einer Knotenfunktion. Die Errichtung der Koralmbahn hat für die gesamte Region, nicht nur für den Bezirk Deutschlandsberg allein, sondern für die gesamte Region eine ganz, ganz wesentliche Bedeutung. Mit der Errichtung der Koralmbahn sind wir in die internationale Südachse eingebunden. Damit wird die Koralmbahn zu einer europäischen Eisenbahnschlüsselstelle werden. Herr Kollege Purr hat es schon gesagt, damit werden wir die Anbindung an den oberitalienischen Industrieraum schaffen, aber auch bei einer späteren EU-Erweiterung wird gerade dieser Koralmtunnel eine ganz wesentliche Rolle spielen.

Ohne Semmeringbasistunnel wäre aber die Koralmbahn nur eine halbe Sache. Deshalb bin ich froh darüber, daß der Rechtsstaat mit der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes über die Parteiinteressen der ÖVP Niederösterreich gewonnen hat. Diese Entscheidung hätte allerdings, wenn wir einen anderen Weg beschritten hätten, schon ein Jahr früher fallen können, und wir wären in der ganzen Planung und Entwicklung schon wesentlich weiter.

Wir in unserem Bezirk streben gemeinsam eine Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene an. Denn immerhin gibt es täglich 6000 bis 8000 Fahrzeuge auf der L 601, und wenn es gelingt, wenigstens einen Teil dieser Fahrzeuge auf die Schiene zu bringen und den Pendlern den Umstieg auf die Eisenbahn zu ermöglichen, dann haben wir schon sehr, sehr viel erreicht.

Mit der Errichtung der neuen Südbahn werden wir die Standortqualitäten unserer Region wesentlich verbessern. Bei der Errichtung der Koralmbahn haben wir darauf zu achten – und das ist etwas ganz Wesentliches für unsere Region –, daß der Zugang zu dieser Bahn sowohl für den Güter- als auch für den Personenverkehr ermöglicht wird.

Neben den bereits angeführten Verbesserungen, die durch die Koralmbahn erzielt werden können, erwartet sich die Region aber auch eine raschere Entwicklung im Bereich des Tourismus, des Fremdenverkehrs und vor allem eine wesentliche Verbesserung der Lebensqualität für unsere Pendler. Immerhin haben wir im Bezirk Deutschlandsberg 71 Prozent Pendler, das sind fast 9000 Personen, die täglich aus dem Bezirk auspendeln müssen.

Allerdings regen sich – und das war vielleicht zu erwarten –, nachdem die ersten möglichen Trassenführungen bekanntgegeben wurden, die Bedenken

der betroffenen Anrainer. Dies ist natürlich verständlich, denn keiner ist froh, wenn in seiner unmittelbaren Nähe täglich 200 bis 220 Züge fahren. Aber es muß ein gemeinsames Anliegen sein, daß wir mit der HLAG zusammen eine gute Lösung für die Bevölkerung unseres Bezirkes erreichen und daß wir alle miteinander bemüht sind, eine Lösung für die Region, für die Menschen, für unseren Bezirk in die Tat, in die Wirklichkeit umzusetzen. Leider hat in diesen Bereichen, wo jetzt die Koralmtrasse führen soll, die Raumplanung versagt, und wir sind jetzt in einer prekären Lage, daß wir teilweise Siedlungsgebiete anschnitten müssen und daß wir teilweise auch Landschaftsrisse durchqueren müssen. Aber wie schon angeführt, mit der HLAG zusammen und mit der Bevölkerung, mit den Gemeinden unseres Bezirkes werden wir eine gute Lösung für diese Region erreichen. (Beifall bei der SPÖ. – 8.56 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Vollmann gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Vollmann (8.56 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Semmeringtunnel beschäftigt uns in diesem Haus ja bereits seit vielen Jahren, und wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß wir für den Bau des Semmeringtunnels eintreten. Nur, die Euphorie, die manche in den letzten Tagen an die Öffentlichkeit tragen, kann ich im Grunde genommen nicht teilen. Ich weiß nicht, ob Sie genauso wie ich gestern den „Standard“ studiert haben. Im „Standard“ gibt es nämlich einen Brief und eine Veröffentlichung des Landeshauptmannes von Niederösterreich, der wortwörtlich schreibt: „Der Verfassungsgerichtshof hat entschieden, das Urteil ist gefallen. Heißt das grünes Licht für den Semmeringtunnel, wie manche vor schnell gejubelt haben? Ist es ein schwarzer Freitag für die Natur und die Steuerzahler, wie viele im ersten Moment befürchteten? Ganz im Gegenteil ...“ und dann geht es weiter: „Bei aller Freude, daß wir damit eine Pioniertat für die Interessen des Naturschutzes und für die Rechte der Bundesländer geschaffen haben, die Sorge um die Natur am Semmering bleibt ebenso wie die Frage nach der besten Lösung für die Verkehrsprobleme im Osten Österreichs aufrecht.“ Meine Damen und Herren, das heißt also mit anderen Worten, die Verbindung in den Süden interessiert den Herrn Pröll überhaupt nicht, sondern nur die beste Verkehrslösung für den Osten. Nun, meine Damen und Herren, ich habe bereits versucht, eingangs bei meiner Rede zu dieser Budgetdebatte einige Bereiche des Verkehrs darzulegen. Wenn Sie sich anschauen, daß die Strecken, die die Hochleistungs-AG. übertragen bekommen hat, nämlich rund 62 Milliarden Schilling, wovon das Land Niederösterreich allein 50 Prozent übertragen bekommen hat, und 50 Prozent allein von diesem Betrag, nämlich 31 Milliarden, entfallen auf das Land Niederösterreich, und bei den Projekten 1999 zu 2003 werden zirka 34,5 Milliarden Schilling an Investitionssumme ausgegeben, und davon entfallen wieder auf das Land Niederösterreich 16 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß gerade die Frage des Semmeringtunnels für die Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmungen in der Steiermark von ganz besonderer Wichtigkeit ist. Denn es zeigt sich immer wieder, daß hier die größte Problematik vorhanden ist, und wir wissen, daß heute – und das sagen uns alle Experten – rund ein Fünftel der Entscheidungsfähigkeit eines Unternehmens, wo es im Endeffekt hingehet und welche Standortwahl es wählt, davon abhängt, ob gute internationale und nationale Verkehrsverbindungen bestehen. Wenn es uns nicht gelingt, das zu schaffen, so werden wir auf Zeit gesehen natürlich in der Frage der Erreichbarkeit einige Probleme haben.

Meine Damen und Herren, die Steiermark schneidet auch im internationalen Vergleich der Standortqualität punkto Verkehr verhältnismäßig schlecht ab. Sie belegt nur den 166. Platz von 274 untersuchten westeuropäischen Regionen, und beim erreichten Marktpotential innerhalb von drei Stunden bei der Wahl des günstigsten Verkehrsmittels belegt die Steiermark gar nur den 188. Platz. Das heißt also, meine Damen und Herren, die Anforderung an den Verkehr und an die Steiermark und an den Verkehrsreferenten ist im Grunde genommen eine riesengroße. Ich möchte aber auch dir, lieber Freund Ressel, dafür danken, daß verschiedene Bereiche im Mürztal in den letzten Jahren sehr gut vorangegangen sind. Ich habe in dem Haus im Februar einen Antrag gestellt auf Inordnungbringung der Straße S 6 zwischen Kindberg und Krieglach. Ich bin heute froh darüber, wir haben den Antrag noch nicht behandelt, aber die Straße ist bereits in Ordnung gebracht. Ein herzliches Dankeschön, lieber Herr Landesrat.

Die zweite Sache bitte, wir dürfen trotz alledem nicht stehenbleiben, denn es geht um die zweite Tunnelröhre in Mürzzuschlag, es geht um den Lückenschluß zwischen Kindberg und Sankt Marein, und es geht, und weil ich auch dort alle Tag fahre und weil ich mich ärgere, um den Ausbau der S 35 im Bereich Brück, Pernegg mit dem Anschluß, denn das ist wirklich ein Nadelöhr für uns alle geworden und natürlich auch von größter Problematik. Für mich wird es nicht mehr von so großer Bedeutung sein, aber für viele andere. (Abg. Rieser: „In unserer Region verschärfen sich die Probleme im Verkehrsbereich täglich!“)

Ich weiß, du kommst von Murau, du fährst natürlich über den anderen Ast, aber für uns Mürztaler, Sepp, wäre der andere Ast, den du meinst, natürlich ein Weg um den Bereich herum eine Verlängerung, und ich denke, du wünschst uns diesen verlängerten Weg ja nicht, sondern den schnellsten Zugang nach Graz. In diesem Sinne Kolleginnen und Kollegen ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – 9.01 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr ist der Herr Kollege Korp. gemeldet. Nach ihm der Herr Abgeordnete Rieser.

Abg. Korp (9.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Steirischen Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das ist keine Frage, eine Region muß leben, muß sich präsentieren, eine Region braucht Zukunftshoffnung, und dazu gehören auch entsprechende moderne

Verkehrsverbindungen. Das ist unter anderem der Grund, warum wir uns im Westen der Obersteiermark so sehr um die zivile Nutzung des letzten ausschließlich militärisch genutzten Flughafens in Zeltweg bemühen. Das ist für uns eine Schlüsselfrage, nach wie vor. Und ich bin sehr optimistisch, daß jetzt Bewegung in das Geschehen kommt.

Genauso wichtig sind für uns natürlich auch die entsprechenden modernen Verkehrswege auf der Straßenebene, unter anderem natürlich besonders im Bundesstraßenbau. Die B 96 und die B 83 sind bei uns längst ins Gerede gekommen. Man sieht jetzt, vor allem auf Grund der schrecklichen Ereignisse im Tauertunnel, was sich hier abspielt. Dadurch ist natürlich auch das Murtal besonders in verschiedener Hinsicht belastet. Ich denke dabei vor allem an die Bevölkerung von Neumarkt, die die Belastung in besonderem Maße zu tragen hat. Dort gibt es nicht einmal noch eine Umfahrung. Wenn man sich eine Stunde an den Straßenrand der Ortsdurchfahrt von Neumarkt stellt, dann kann man in etwa erahnen, welche Belastung die Menschen dort zu tragen haben.

Ich bin daher sehr, sehr froh, und ich sage das in dieser Ernsthaftigkeit und Deutlichkeit, daß es nach jahrzehntelangen – jetzt muß ich wirklich leider dazu sagen – vergeblichen Bemühungen jetzt endlich soweit ist, daß unser Streckenabschnitt im Westen der Obersteiermark in allen Bedarfsplanungen oberste Priorität genießt und daß nach und nach der Ausbau erfolgt, sowohl entlang der B 96 als auch entlang der B 83.

Natürlich ist es weder technisch noch finanziell möglich, alles auf einmal zu machen. Das ist nicht durchführbar. Man kann eben nicht jahrzehntelange Benachteiligungen im Straßenbau von heute auf morgen sanieren. Herr Landesrat, ich bin dir wirklich sehr, sehr dankbar als einer der Mandatäre der Region, daß du dem Bund hier einiges abgerungen hast und daß wir jetzt das haben, worauf wir schon seit vier, fünf Jahrzehnten warten, nämlich einen Ausbauplan der B 96 und B 83, der ganz genau zeigt, in welchen Abschnitten derzeit schon gebaut wird und Zug um Zug in der nächsten Zeit gebaut werden wird. Insgesamt werden es in den nächsten Jahren etwa 1,4 Milliarden Schilling sein, die entlang der B 96 und der B 83 dank Joachim Ressel jetzt verwirklicht werden.

Wir brauchen das, wir müssen das haben, denn diese Benachteiligungen waren ungerecht. Das ist jetzt saniert. Und ich erinnere daran, daß es natürlich auch Straßenbauverfahren gibt. Sie wissen alle, so wie ich, daß nach abgeschlossener Planung ein Umweltverträglichkeitsprüfverfahren notwendig ist, daß wir die Rechtsverfahren nach dem Wasserrecht haben, daß wir die Rechtsverfahren nach dem Naturschutz haben. Und Sie wissen, so wie ich, daß wir dann noch den Über-drüber-Knackpunkt, nämlich die Grundablöseverhandlungen, zu bewältigen haben. Das sind die Fakten, die muß man sehen.

Ich staune nur darüber, daß diejenigen, die sich bei uns in den letzten Jahrzehnten sehr zurückgehalten haben, plötzlich einen Wirbel inszenieren wollen. Wir werden das den Menschen sehr deutlich sagen. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 9.06 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt ist der Herr Abgeordnete Rieser am Wort. Nach ihm kommt Herr Abgeordneter Gennaro.

Abg. Rieser (9.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, wertere Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus!

Ich fühle mich nicht betroffen, Herr Kollege Korp, bei der Inszenierung eines Wirbels, ich glaube vielmehr, daß alle Kräfte sich einsetzen müssen im Interesse der Menschheit, daß die Verkehrssituation sicherer wird, daß Ausbauten stattfinden können. Ich habe ab und zu den Eindruck, daß so manche Planunterlagen, Aufträge den Weg über den Semmering nicht finden, denn wie könnte es sonst sein, wenn ich heute in der Früh erfahre, daß im Wirtschaftsministerium, sehr geehrter Herr Landesrat Ressel, Ausbaupläne der B 83 – Perchau, Dürnstein – nach wie vor nicht in Wien aufliegen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Probleme im Verkehrsbereich verschärfen sich – und hier sind wir uns einig – täglich, und in Teilbereichen droht bereits ein zeitweiliger Infarkt. In denke in diesem Zusammenhang – nach dem Unfall im Tauern Tunnel –, daß die Menschen bei uns in der Region, ob das in Sankt Georgen ob Judenburg, ob das in Neumarkt ist, oft zehn Minuten bis zu einer Viertelstunde warten müssen, wenn sie die Straße zu Fuß überqueren wollen. Kilometerlange Lkw-Schlangen winden sich durch das Murtal, noch dazu – und ich frage mich schon –, wenn man hier am 2. Juni liest, daß Baustellenbereiche auf diesen Strecken bis in den Herbst eingeschränkt werden. Ich merke davon nichts. Herr Kollege Korp, zwischen Judenburg und Zeltweg haben wir ein Nadelöhr, und dort wird gegenwärtig gebaut. Ich glaube schon, daß das hier zu berücksichtigen ist.

Zum Zweiten: Wir verlangen den vierspurigen Ausbau durchgehend ab Judenburg hinauf bis zur Landesgrenze.

Wenn vorhin über die Sicherheit diskutiert wurde, möchte ich hier nur aus einer gestrigen Zeitung zitieren, mit der Überschrift: „Forderungskatalog ergeht an den Straßenverkehr. Es hat in Voitsberg eine Übung gegeben, wo die Einsatzkräfte zur Erkenntnis gekommen sind, daß im Tunnel beziehungsweise in den Unterflurtrassen keine Funkschiene vorhanden ist, daß die Einsatzkräfte miteinander nicht kommunizieren können und daß teilweise auch die Entlüftungen nicht funktionieren.“ Ich glaube, daß der Straßenhalter – das Land Steiermark – hier tätig sein muß.

Verkehrssicherheit ist etwas Wichtiges, Verkehrssicherheit, hier können wir die Augen nicht verschließen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch eine kleine Stellungnahme dazu, weil gestern und heute immer wieder auf uns hingeschlagen wurde, weil immer wieder gesagt wird, ja, was werdet ihr machen? Eines kann ich nur wiederholen, was gestern der Kollege Straßberger gesagt hat, wir sind der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic sehr zu Dank verpflichtet, daß der Weg, den sie eingeschlagen hat, der richtige gewesen ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn gestern immer wieder der Zwischenruf gekommen ist, ja, was ist denn mit eurem Pröll, meine sehr verehrten Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, der Naturschutzlandesrat in Niederösterreich, Bauer, gehört eurer Fraktion an. (Abg. Vollmann: „Er hat Beschlüsse der Regierung zu vollziehen, wie die Frau Landeshauptmann, wenn die Regierung etwas beschließt!“) Der Minister gehört auch eurer Fraktion an. (Abg. Vollmann: „Häng dir das um, vielleicht ist das gut für dich!“ – Abg. Schrittwieser: „Der Minister ist eh für den Semmeringtunnel!“ – Glockenzeichen des Präsidenten.)

Wir sind auch für den Semmeringtunnel. Aber ich glaube schon, wenn der Naturschutzlandesrat und wenn alle politischen Kräfte und besonders auch der Naturschutzlandesrat Bauer sich durchsetzen könnte (Abg. Schrittwieser: „Das, was du da sagst, glaubst du ja selber nicht!“), sonst ist er ja unfähig. So kann es doch nicht sein. So kann es doch nicht sein, Herr Kollege Schrittwieser. (Abg. Dr. Flecker: „Lieber Kollege Rieser, der Unterschied zu Niederösterreich ist der, daß die dort so einen starken Landeshauptmann haben, daß die anderen nichts zu reden haben. Das ist nicht so wie bei uns!“ – Präsident Dr. Strenitz: „Meine verehrten Damen und Herren, lieber Kollege Rieser, ich muß jetzt zum dritten Mal auf den Ablauf der fünf Minuten aufmerksam machen!“)

Ich nehme das zur Kenntnis. Abschließend einen Satz. Lieber Herr Kollege Kollmann – (Abg. Vollmann: „Vollmann!“) Vollmann, wir bleiben dabei, unsere Frau Landeshauptmann hat den richtigen Weg beschritten. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 9.13 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt ist der Herr Abgeordnete Gennaro am Wort. Nach ihm die Frau Kollegin Keshmiri.

Abg. Gennaro (9.13 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich muß ein bißchen die Lobhudelei auf die Frau Landeshauptmann unterbrechen. (Abg. Porta: „Das gilt für den Landesrat Ressel!“)

Wir wissen, daß in der Verkehrsfrage sehr vieles noch im argen liegt, nicht nur auf der Straße, sondern auch auf der Schiene, und daß wir einen Nachholbedarf haben. Und Herr Landesrat Ressel, meine Damen und Herren der ÖVP, kann das gar nicht erfüllen, was ihr in den letzten 50 Jahren, wo ihr verantwortlich gewesen seid, nicht getan habt und verabsäumt habt, zu tun. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Karisch: „Vor allem die Schiene hat einen riesigen Nachholbedarf!“)

Der Kollege Straßberger ist ja angesetzt, daß er permanent für die ÖVP den Wunschzettel deponiert, was alles im Verkehrsbereich zu machen gewesen wäre. Für mich ist das nur die Bestätigung der Versäumnisse. Und Herr Landesrat Ressel wird in ein paar Jahren weit mehr zusammenbringen, was ihr in 50 Jahren nicht geschafft habt. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Porta: „Penetrant, eure Selbstbeweihräucherung!“)

Daß der Nachholbedarf enorm gestiegen ist, das ist völlig klar, bestätigt auch die Zunahme des Verkehrs. An manchen Strecken gibt es eine Verkehrsüber-

lastung, die fast täglich zum Alltag gehört, zum Leiden der Menschen in den Städten und in den Ortschaften, und alle Prognosen gehen davon aus, daß der Verkehr nicht abnimmt, sondern eher ständig zunimmt, ob wir das wollen oder nicht.

Über den Tunnel ist schon gesprochen worden. Als Grazer sage ich, ich bin sehr dankbar, daß gerade der Landesrat Ressel mit seiner Abteilung hervorragende Vorarbeiten geleistet hat, daß es möglich war, so schnell – auslösend sicher auch die Tunnelkatastrophe – den Ausbau der zweiten Tunnelröhre im Plabutschunnel für Graz zu erreichen. Da möchte ich wirklich herzlichen Dank sagen. (Beifall bei der SPÖ.) Nur in dem Zusammenhang eine Bitte, nachdem das LKH West jetzt gebaut wird und draußen das Barmherzigen und Unfallspital ist, vielleicht könnte man doch auch eine Abfahrt zu dem Spital erreichen, weil sonst muß einer, der aus dem Süden kommt bitte schön, durch ganz Graz karren, und es wäre vielleicht eine Möglichkeit, beim Tunnel eine Ausfahrt zu erreichen, daß man diese Spitäler dementsprechend besser erreicht.

Und wenn ich gesagt habe, es muß eine Infrastrukturoffensive von der Straße auf die Schiene geben. Es ist sicher auch richtig und unbestritten und leider bedauerlich, daß wir bei den Standortfaktoren in den westeuropäischen Regionen von 274 Regionen an 166. Stelle liegen, was die Erreichbarkeit betrifft. Diese ganzen Vorhaben sind ja alle aufgelistet. Da gibt es eine Menge. Schiene und Straße bedürfen natürlich auch einer Finanzierung, meine Damen und Herren, und deswegen bin ich sehr froh, daß schön langsam auch die ÖVP umschwenkt auf die sogenannte Lkw-Maut, das Roadpricing, das wir immer verlangt haben, zu dem wir auch stehen, daß man regional das natürlich auch ausgewogen macht. Wir wissen, daß es ein paar Probleme gibt bezüglich der Mautstellen, und daß es gerade im Bereich Weiz ein Problem geben würde, würde da die Mautstelle im Lafnitztal oder sonstwo sein, weil die müßten permanent, wenn sie vom Puch-Werk nach Weiz fahren – zum Beispiel der liebe Herr Strohsack mit seinem Betrieb von Lannach und so weiter –, die Maut bezahlen. Da kann man bitte, Frau Landeshauptmann, noch einwirken, daß der Herr Wirtschaftsminister Farnleitner mithilft, daß wir das hier machen. Nur solange, meine Damen und Herren, es keine Ausgewogenheit gibt, und das wäre eine Maßnahme für die Lkws, die die Straßen ruinieren, daß wir versuchen, die Lkws auf die Schiene zu kriegen. Ich weiß, daß die Maßnahmen, die durch diesen Tunnelbrand gesetzt worden sind, manchen Unternehmern sehr weh tun, ist auch verständlich. Aber wenn man halt natürlich nur die Erdäpfel – da bin ich jetzt kein Grüner, aber ich bin bei den Grünen – spazierenführt von Deutschland nach Italien zum Waschen und daß man von Salzburg von Wäschereien die Wäsche nach Tschechien schickt zum Waschen, weil es billiger ist, dann habe ich kein Verständnis. Dann muß hier ein wirtschaftlicher Ausgleich kommen. Und bleiben wir drauf, daß dieses Lkw-Roadpricing dementsprechend kommt und daß wir eine ausgewogene Mautsituation kriegen. (Beifall bei der SPÖ. – 9.17 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt ist die Frau Abgeordnete Keshmiri am Wort. Nach ihr ist der Herr Kollege Ussar gemeldet.

Abg. Keshmiri (9.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Diese Debatte hier zeigt mir wieder einmal mehr, wie unglaublich die Politik in diesem Lande ist. Und wenn ich unglaublich sage, dann meine ich damit – und ich fange jetzt mit einem Punkt ganz konkret an – den Flughafen Zeltweg. Irgend jemand hat dieses Problem angesprochen.

Seit wir hier im Landtag sind, debattieren wir über den Flughafen Zeltweg. Bis heute ist noch nichts passiert. Jetzt komme ich zum Plabutschunnel, jetzt komme ich zum Straßenverkehr. Die ÖVP und SPÖ schrecken überhaupt nicht davor zurück, das Leid der Bevölkerung auszunutzen, und zwar parteipolitisch auszunutzen. Es wird hier gesprochen, der Landesrat Ressel hat gute Vorarbeit für den Plabutschunnel geleistet.

Warum ist dann bis jetzt noch nichts passiert? Warum muß vorher etwas passieren, bevor man hier anfängt zu arbeiten? Das ist das Versagen der Politik, der Politik hier in diesem Lande in der Verkehrspolitik. Und deswegen ist es so, daß die Bevölkerung die Politik immer mehr in den Schmutz zieht und damit die Politik auch unglaublich wird. (Abg. Vollmann: „Darum wählen sie euch nicht mehr!“)

Was hier in der Steiermark und auch im Bund fehlt, das ist ein verkehrspolitisches Gesamtkonzept, und da würde ich Sie bitten, daß Sie sich die Schweiz einmal zum Vorbild nehmen. Weil es nützt ja nichts, wenn man hier ein bißchen etwas baut und dort ein bißchen etwas baut. Ich sage jetzt ganz konkret Leoben, hier wird ein Tunnel gebaut, für die anderen zwei Tunnels ist kein Geld mehr da, wobei der eine Tunnel nur dann etwas nützt, wenn auch die zwei anderen Tunnels da sind. Also, wo ist hier das Konzept, daß hier eine effiziente Verkehrspolitik gemacht wird? Zum Beispiel, wo ist der zweigleisige Ausbau der Spielfeldbahn hinunter in den Süden? Wo ist das Ennstal geblieben? Das ist das Versagen der Politik. Man ist hauptsächlich damit beschäftigt, das Leid der Bevölkerung auszunutzen, um daraus parteipolitisches Kleingeld zu schlagen. (Abg. Gennaro: „Was haben Sie jetzt gemacht?“ – Abg. Dr. Flecker: „Frau Kollegin, lassen Sie mich einen Satz sagen, weil Sie die Politik schuldig werden lassen. Das ist auch eine Form der Ausgliederungen, wo die Politik nicht mehr so eingreifen kann!“) Ich glaube nicht, daß der Plabutschunnel etwas mit dem zu tun hat. (9.20 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt ist der Herr Abgeordnete Ussar am Wort. Nach ihm ist Kollege Peinhaupt gemeldet. (Allgemeine Unruhe.) Herr Kollege Ussar, vielleicht warten Sie ein bißchen, bis sich die Gemüter beruhigt haben.

Abg. Ussar (9.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Landesräte, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! (Abg. Tasch: „Sigi, einen schönen guten Morgen!“)

Wir haben vor kurzem ein Gespräch - danke dir schön, Kurt, schönen guten Morgen auch - gehabt mit Vertretern der Wirtschaft, und es war sehr interessant. Auf eine Frage, was fehlt Ihrer Meinung nach in der Region, um sie auch in Zukunft zu einem wettbewerbsfähigen Standort zu machen, wurde auch über das Image der Region gesprochen. Ich muß Ihnen sagen, es wurde dort von den Vertretern der Wirtschaft die Antwort gegeben, unsere Kunden, weder im In- und Ausland, haben ein Negativimage gegenüber der Mur-Mürz-Furche, sondern wir sind alle auf Grund der logistischen und transporttechnischen Möglichkeiten in unserer Region mit einem riesigen Klumpen am Bein behaftet. Die Mur-Mürz-Furche ist gegenüber dem europäischen Standard nur sehr schwer überwindbar, egal in welcher Himmelsrichtung. Entweder gibt es einen Tunnel, hohe Kosten für die Benutzer, einen Berg zu überwinden oder Beschränkungen oder intensive Kontrollen. Eine ganz klare Meinungsäußerung von Wirtschaftstreibenden, und wir alle wissen, wir Sozialdemokraten haben immer im Vordergrund „Arbeit schaffen“. Arbeit schaffen heißt aber auch, Industriebetriebe zu uns zu bekommen. Und es ist ganz einfach unsere Aufgabe, diese Probleme zu lösen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe hier im Hohen Haus schon öfter das Verkehrsprogramm, das wir in Leoben erstellt haben, gebracht. Ich möchte Ihnen sagen, daß es ganz einfach ein Programm ist, das mit dem ÖGB abgestimmt ist. Ich möchte hier die wichtigsten Forderungen noch einmal deponieren:

Die rasche Realisierung des Semmeringtunnels ist für uns alle Selbstverständlichkeit geworden, und wir werden das weiterhin mit Nachdruck betreiben.

Die termingerechte Fertigstellung des zweigleisigen Ausbaus der Schoberstrecke ist für unsere Industrie und auch für unsere Bevölkerung von ganz besonderer Bedeutung.

Bezüglich des Tunnels, Frau Kollegin Keshmiri, möchte ich nur sagen, daß mit dem Galgenbergtunnel ein großer Vorteil innerstädtisch erreicht wurde. Wenn Sie nach Hinterberg fahren, brauchen Sie jetzt beim Bahnschranken nicht mehr zu warten. Das ist also auch eine großartige Geschichte.

Dann, sehr geehrte Damen und Herren, was für uns sehr wichtig ist, der schnellbahnähnliche Ausbau von Graz in die Obersteiermark. Wir wissen, daß hier große Zeiten immer in Anspruch genommen werden müssen.

Wichtig war auch die weitere Attraktivierung der Strecke Leoben-Vordernberg. Hier ist schon viel geschehen. Und gerade der Klubobmannstellvertreter Gennaro hat es das letzte Mal bei einem Gewerkschaftskongreß wieder gesagt, wie wichtig es ist, diese Nebenbahnen auszubauen, damit die Pendler ganz einfach kürzere Strecken bei der Hin- und Zufahrt zur Arbeit haben.

Entscheidend für uns ist auch die Anhebung der Fahrgeschwindigkeit zwischen Bruck und Neumarkt.

Sehr geehrte Damen und Herren, mir gefällt es nicht, wir reden immer nur über die Südbahn, da reden wir über Wien, da reden wir über Bruck, da reden wir über Graz, da reden wir über den Koralm-tunnel und reden dann weiter bis zur Pontebbana. Bitte schön, das wird einige Jahre dauern. Inzwischen

wird es notwendig sein, auch die Bahnstrecke von Bruck, Leoben, Knittelfeld über Neumarkt nach Klagenfurt bis zur Pontebbana auszubauen, denn die obersteirische Industrie wird das natürlich brauchen. Ich bitte hier auch um eine solidarische Unterstützung in dieser Richtung. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren, wichtig ist auch, daß das Eisenbahnnetz und die Bahnhöfe bei uns ausgebaut werden. Ich bin nicht neidisch auf die Westbahn, ich bin vor kurzem von Wien nach Linz gefahren. Ich habe aber schon ein bißchen geschaut, wie dort die Garnituren ausschauen und wie es dort mit der Infrastruktur ausschaut. Ich glaube, daß wir hier auch eine Gleichstellung erreichen müssen.

Sehr wichtig ist für uns auch der termingerechte Ausbau des Straßenbauprogrammes, vor allem der S 6 und der S 36. Und hier bitte auch Leoben-Nord, ein Anliegen der Stadtgemeinde Leoben.

Aber sehr wichtig für uns ist auch der Ausbau der Bundesstraße B 115. Hier ist es auch entscheidend, die Umfahrung Vordernberg, die schon lange von der Bevölkerung gefordert wird, in die Tat umzusetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Erhaltung der Bahnen in Eisenerz ist auch ein ganz wichtiger Faktor. Ich danke dem Landesrat Ressel für die großartige Initiative „Erz und Eisen“, aber hier wird es auch notwendig sein, daß wir gerade die Bahnlinien dort auch erhalten, denn nur wenn die Infrastruktur in dieser Richtung - Straße/Bahn - paßt, wird es auch ziel-führend sein.

Ich komme schon zum Schluß, Herr Präsident, wichtig für mich ist aber auch die Kontaktnahme mit Vertretern der angrenzenden Bundesländer. Ich bin auch der Meinung des Kollegen Vesko, wie er gestern gesagt hat, entscheidend für uns ist auch der Ausbau der Pyhrnautobahn auf der oberösterreichischen Seite. Hier kann diese Blockierung auf Dauer nicht mehr zu Kenntnis genommen werden. Es gibt Vertreter der Industrie, die sagen, sie fahren die Strecke einmal herein, ein zweites Mal nicht mehr.

Bitte zum Schluß, wenn wir unsere Produkte in aller Welt, vor allem aber in Europa, absetzen wollen, wird es notwendig sein, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung die Verkehrssituation so zu gestalten, daß unsere Produkte, zum Beispiel die Schiene in Donawitz oder die Leiterplatten aus Hinterberg, die weltweit einzigartig sind, just in time ausgeliefert werden können.

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Schluß ein Dank an Landesrat Ressel für den Abschluß des Verkehrsdienstvertrages, der die Nebenbahnen in der Steiermark - nach langem Kampf - zumindest für zehn Jahre gesichert hat. Ein herzlicher Dank! Ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. - 9.26 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt kommt Herr Kollege Peinhaupt zu Wort. In Vorbereitung der Herr Abgeordnete Schrittwieser.

Abg. Ing. Peinhaupt (9.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich denke, daß der stetig zunehmende Verkehr sehr wohl auch zusammenhängt mit dem zunehmenden Mobilitätserfordernis für unsere Bevölkerung, vor

allem in jener Region dieser Steiermark, die von der Abwanderung, wie ja Studien eindeutig beweisen, am stärksten betroffen ist. Meine Damen und Herren, gerade dieses Mobilitätsanfordernis ist es, das die öffentliche Hand anhält, dieses Anfordernis unter den bestmöglichen Sicherheitsbestimmungen zu gewährleisten.

Wenn ich denke, daß im Zusammenhang mit der Tunnelsperre die B 96 und B 83 eine am meisten belastete Verkehrsstrecke hier in der Steiermark darstellt, vor allem durch den Schwerverkehr, so denke ich doch, daß Handeln erstes Gebot ist. Und wenn ich weiterhin denke, daß man zur Bevölkerung hinausgeht und sagt, vor 2005 habt ihr überhaupt keine Chance, daß sich da etwas rührt, weil Gesetze einzuhalten sind, so darf ich dir, lieber Ernst Korp, bei aller Wertschätzung schon sagen, freilich sind Gesetze einzuhalten, aber du gibst eine Schlacht verloren oder willst sie verloren geben, ohne jemals gekämpft zu haben, denn keine einzige parlamentarische Initiative deinerseits hat dazu beigetragen, dieser Ortschaft Sankt Georgen zu helfen, die – und jetzt passen Sie bitte auf – am meisten belastet ist von diesem Verkehr, weil nämlich sich der Verkehr in Scheifling 60 zu 40 teilt, B 96 weiter, und 60 Prozent über die B 83 nach Klagenfurt. Wenn ich am Abend heimkomme – ich wohne direkt neben der Straße –, glaube ich nicht, in meinem Vorhaus, sondern mitten im Plabutschtunnel zu stehen. So schaut es dort nämlich aus, so stinkt es von diesen Abgasen, und die Lebensqualität ist gleich null. Aber es geht hier gar nicht um mich. Neben der Straße ist auch die Gemeinde, ist der Arzt und ist vor allem die Schule. Und es kann mir keiner sagen, daß das für die Schulkinder noch gesund ist.

Ich möchte aber auch dem Kollegen Rieser sagen, wenn er hergeht und die Medien wissen läßt, daß der Peinhaupt so gütig war, einen ÖVP-Antrag zu unterstützen, daß nicht einmal der Kollege Rieser auf dem Antrag oben war und die ÖVP dahin gehend, so wie wir es immer gemacht haben, eine gemeinsame Sache, daß auf meinen Vorschlag dieser Antrag erweitert wurde, um den Antragserweiterungspunkt Ortsunterführung Sankt Georgen. Peter, ich möchte damit nur erreichen, daß diese Usance, die bei dir eingerissen ist und unter uns sonst nicht Platz greift, dazu Anlaß gibt, daß du dich in den eigenen Reihen ein bißerl genierst.

Meine Damen und Herren, aber heute ist ja ein bezeichnendes Datum – 1. Juli. Sie gehen hinaus und sagen, Gebührensenkungen, minus 15 Prozent beim Strom, minus 30 Prozent beim Kanal. Und keiner der Redner hat heute einmal darauf hingewiesen, 1. Juli 1999, Verkehrsverbund plus 6 Prozent, ist gleich 17 Millionen Mehrbelastung für Pendler, Mobilitätsanfordernis, 17 Millionen Schilling Mehranfordernis. Im gleichen Atemzug, meine lieben Freunde, geht ihr her und verweigert die Zustimmung zur Erhöhung der Pendlerpauschale, im gleichen Atemzug. Ihr diskutiert da, ich weiß nicht in welcher ernstesten Absicht über Gebührenerhöhungen, und genau zu diesem Budgetlandtag wird mit den Stimmen der ÖVP und der SPÖ der Verkehrsverbund um 6 Prozent erhöht. 17 Millionen Mehrbelastung für jene Bürger, die sich tummeln und bemühen müssen, daß sie rechtzeitig zu ihrer Arbeit kommen, denn sonst greift auch hier der Verdrängungswettbewerb – am Arbeitsplatz.

Meine Damen und Herren, wenn ich aber auch noch denke, daß zu diesen Gebührenerhöhungen lautstark diskutiert wird über ein Roadpricing – und wir wissen alle, wenn es für die Lkw kommt, dann kommt es irgendwann für den Pkw –, daß es nach wie vor die Doppelbemaßung gibt für jene, die von der Obersteiermark zu ihrer Dienststelle nach Graz oder zu ihrem Arbeitsplatz nach Graz fahren müssen, warum wird denn das nicht diskutiert? Das sind Prioritäten. Das sind Prioritäten, die aber auch die Möglichkeit geben, hier und heute Abhilfe zu schaffen, zumindest zum Teil, wenn ich an den Verkehrsverbund denke.

Die Klimamilliarde im ersten Halbjahr – die 51 Millionen – sind ja anscheinend nahtlos hineingeflossen und die zweiten, 104 Millionen sind es, glaube ich, zum Großteil natürlich auch. Nur, jetzt reicht angeblich das Geld nimmer, und damit gehen wir ganz einfach her und sagen, wenn du arbeiten willst, dann mußt du noch fleißig dafür bezahlen, daß du überhaupt zu deiner Arbeit kommen kannst.

Das sollte nicht Verantwortung dieses Hauses sein. Und den Sigi Schrittwieser frage ich, ist das gerecht? (Beifall bei der FPÖ. – 9.32 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu einer kurzen tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Korp gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Korp (9.32 Uhr): Danke schön, Herr Präsident. Lieber Herbert, auch bei aller persönlichen Wertschätzung – das sage ich ausdrücklich dazu, wir haben nie ein Problem gehabt, und wir werden auch nie eines haben in Wirklichkeit. Nur, ich mußte einfach zu dieser tatsächlichen Berichtigung antreten, weil man das so nicht sagen kann, wie du das getan hast. Wir hätten hier von vornherein eine Schlacht aufgegeben, weil wir, um der Wahrheit Genüge zu leisten, den Menschen die Wahrheit sagen. Du hast in Sankt Georgen verbreitet, die Sozialdemokraten verhindern – (Abg. Mag. Bleckmann: „Was ist da die tatsächliche Berichtigung bitte?“) – ich komme schon noch darauf, Frau Klubobfrau, wenn Sie mich ausreden lassen. (Präsident Dr. Strenitz: „Ich bitte den Redner zunächst reden zu lassen, es ist oft schwer zu unterscheiden, was eine tatsächliche Berichtigung und eine Wortmeldung ist, aber zunächst wollen wir ihn bitte anhören!“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Er soll sich zu Wort melden, und dann soll er sich tatsächlich berichtigen!“)

Ich beziehe mich auf den Vorwurf, ich hätte eine Schlacht von vornherein aufgegeben, weil wir der Wahrheit entsprechend gesagt haben, wie es wirklich ist. Den Menschen in Sankt Georgen oder in der Region vorzugaukeln, daß die Sozialdemokraten einen raschen Ausbau der B 96 verhindern, ist schlicht und einfach gelogen. Das ist, einmal grundsätzlich die Botschaft. Man muß in einer so schwierigen Situation, bei einer derart verkehrsbelasteten Bevölkerung unbedingt den Menschen sagen, wie es ist. Die Leute verstehen die Wahrheit auch, man muß sie ihnen nur sagen. Man kann ihnen nicht vorgaukeln, daß irgend jemand etwas verhindert. Man muß den Menschen einfach sagen, daß es vorher ein Umweltverträglichkeitsprüfverfahren gibt, daß es ein Naturschutzrechtsverfahren gibt, daß es ein Wasserrecht gibt und daß es

Grundablöseverhandlungen gibt. Das kann man den Menschen nicht vorenthalten, darum geht es. (Abg. Mag. Bleckmann: „Herr Präsident, wird für das Wort gelogen kein Ordnungsruf erteilt?“ – Abg. Schützenhöfer: „Herr Präsident. Zur Geschäftsordnung!“ – Präsident Dr. Strenitz: „Zunächst bin ich gezwungen, dem Herrn Abgeordneten Korp für das Wort gelogen einen Ordnungsruf zu erteilen!“) Dann entschuldige ich mich dafür, das ist mir herausgerutscht, das war nicht meine Absicht, Herr Präsident. Ich entschuldige mich. (Präsident Dr. Strenitz: „Ansonsten stelle ich fest, daß es Sache des Präsidenten ist, die Reihenfolge der Redner festzulegen. Er hat dabei nach der Geschäftsordnung vorzugehen. Das heißt, Pro-Redner, Kontra-Redner, Pro-Redner, Kontra-Redner!“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Zu einer tatsächlichen Berichtigung haben Sie ihn aufgerufen, Herr Präsident!“ – Präsident Dr. Strenitz: „Das ist meine Angelegenheit, die Reihenfolge der Wortmeldungen festzulegen. Darüber hinaus hat der Präsident auf einen gewissen Parteienmix zu achten und auf eine zusammenhängende Art der Diskussion. Das ist in allen Fällen gegeben!“ – Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Bleckmann: „Aber das war ja eine tatsächliche Berichtigung, Herr Präsident!“ – Präsident Dr. Strenitz: „Und jetzt bitte ich den Kollegen Korp weiterzufahren oder zum Ende zu kommen!“)

Ich komme zum Ende und beziehe mich noch einmal auf die Feststellung, daß die Behauptung des Kollegen Peinhaupt, wir hätten mit 2005 eine Schlacht verloren gegeben, nicht richtig ist, sondern daß das eine Bemerkung ist, die absolut den Realitäten und damit der Wahrheit entspricht, weil jeder die Verfahrenszüge in einem Rechtsstaat und damit auch in einem straßenbaurechtlichen Verfahren mit den üblichen Abfolgen kennt und daß wir uns verpflichtet fühlen, den Menschen das auch zu sagen, nämlich die Wahrheit. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 9.37 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nun ist der Herr Abgeordnete Klubobmann Schützenhöfer zur Geschäftsordnung am Wort. (Abg. Schützenhöfer: „Ich verzichte, aber das Vorgehen war nicht korrekt!“)

Nun ist der Herr Kollege Peinhaupt zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet.

Abg. Ing. Peinhaupt (9.37 Uhr): Herr Präsident!

Ich danke. Das erste, was ich zur tatsächlichen Berichtigung sagen muß, ich lasse mich in diesem Haus nicht ungestraft einen Lügner nennen, wie es der Kollege Korp gemacht hat, und ad zwei darf ich dir ausrichten – (Abg. Korp: „Kollege Peinhaupt!“) und jetzt laßt du mich reden –, daß am 7. Juli 1998 um 11.38 Uhr dein eigener Landesrat hier gestanden ist, dem ich übrigens mehr vertraue in dieser Sache, hier gestanden ist und auf die Frage hin, wann Baubeginn der Ortsunterführung Sankt Georgen sein wird, geantwortet hat, etwa in zwei Jahren. Und 1998 und zwei ist 2000, oder 2005? (Beifall bei der FPÖ. – 9.37 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu einer weiteren tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Kollege Rieser gemeldet.

Abg. Rieser (9.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Tatsächliche Berichtigung zur Aussage vom Kollegen Peinhaupt: Entschließungsantrag der Abgeordneten Löcker, Peinhaupt, Rieser, Bacher, Straßberger, betreffend Planung beziehungsweise Ausbau des Straßentunnels. Danke! (Abg. Vollmann: „Das ist auch keine tatsächliche Berichtigung!“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Das ist schon eine. Das ist eine! Das könnt ihr scheinbar nicht unterscheiden, was ist tatsächliche Berichtigung und was ist Wortmeldung!“ – 9.37 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Wir fahren nunmehr in der Reihenfolge der bisherigen Wortmeldungen fort. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrittwieser (9.38 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Verkehrspolitik ist etwas, was uns alle bewegt und bewegen muß. Ich möchte gleich zu Beginn meiner Ausführungen bei dieser Verkehrsdebatte auf eines der wichtigsten Projekte in diesem Land kommen, den Semmeringtunnel, meine Damen und Herren.

Auch hier bedarf es – wenn wir schon bei den Berichtigungen sind – einiges zu berichtigen. Ich stelle vorweg fest, daß es der Öffentlichkeit in der Steiermark und in Österreich völlig egal ist, wer hier etwas durchgesetzt hat, wer hier etwas gemacht hat, sondern die erwarten von uns, daß wir endlich in dieser so wichtigen Frage weiterkommen und daß der Semmeringtunnel tatsächlich gebaut wird. Und wir sind der Meinung, daß er gebaut wird. Aber ich habe heute Zweifel gehabt, ob die Frau Landeshauptmann an dieser Verkehrsdebatte teilnehmen wird, weil mir etwas nicht klar war. Sie ist zwar als Landeshauptmann mit einem Berufsverbot belegt, sie ist auch keine Juristin – (Abg. Purr: „Du auch nicht!“) ich auch nicht, ich stehe dazu, ich bin stolz auf meinen Berufsstand –, aber ich habe auch nie behauptet, daß ich im Verfassungsgerichtshof sitze und dort die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes beeinflussen beziehungsweise durchsetzen kann.

Meine Damen und Herren, es ist verwunderlich, wie jemand von seinem Regierungssessel aus in der Steiermark mitteilen kann, daß er beim Verfassungsgerichtshof den Semmeringtunnel durchgesetzt hat. Da blicke ich nicht ganz durch. (Abg. Tasch: „Einen größeren Blödsinn kannst du nicht reden!“ – Abg. Majcen: „Sie hat sich in ihrer Meinung durchgesetzt!“)

Das ist eine Anmaßung, Frau Landeshauptmann, die auch Ihnen nicht zusteht, weil Sie im Verfassungsgerichtshof nichts zu reden haben. (Beifall bei der SPÖ.) Und es ist gut so, meine Damen und Herren, daß sich die Politik in die Gerichtsbarkeit in Österreich nicht einmischet. Das gilt auch für die Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren! Vor allem, wenn sie plakativ läßt „Durchgesetzt“ (Abg. Dr. Karisch: „Was paßt Ihnen nicht?“)

Ich weiß schon, daß ihr da ein bißchen nervös seid, weil mit der Durchsetzungskraft der Frau Landeshauptmann habt ihr auch so eure Probleme. Das ist

durchaus verständlich, weil niemand auf sie hört. (Abg. Purr: „Paßt dir irgendetwas nicht? Was paßt dir nicht?“)

In der Landesregierung macht der Hirschmann was er will, der Paierl macht, was er will, und sie versucht zwischen drinnen immer wieder mitzufahren. (Abg. Dr. Karisch: „Aber Sie beschäftigen sich ununterbrochen mit ihr. Das heißt, daß sie wichtig ist!“)

Das ist legitim, aber die Steirerinnen und Steirer werden das sehen und werden das auch erkennen. Eine wirkliche Durchsetzungskraft, meine Damen und Herren, wäre notwendig gewesen in der gesamten Volkspartei, denn wenn eh schon durch Gerichtsverfahren das ganze Verfahren um ein Jahr verzögert wird, weil der Herr Schüssel am 28. Februar 1998 den Einspruch der Bundesregierung nicht mitgetragen hat, dann erst der Weg zu Gericht notwendig ist, war also diese Verzögerung schon groß genug. Aber daß sich die Frau Landeshauptmann bei ihren Kollegen als Landesparteiobmann und Landeshauptmann auch nicht durchsetzt, obwohl sie ein Jahr Zeit gehabt hat, durchzusetzen, daß er eine Gerichtsentscheidung zur Kenntnis nimmt, meine Damen und Herren, das ist Hochmut, das ist Machtausch, und ansonsten nichts, und sie muß wieder einmal das zur Kenntnis nehmen, was andere tun. (Beifall bei der SPÖ.)

Übrigens höre ich, bei der Gebietskulisse bei der EU wird es ähnlich sein, meine Damen und Herren. Das ist eine Sache, die uns in dieser so wichtigen Frage nicht weiterbringt. Ich gestehe zu, Frau Landeshauptmann, daß Sie für diesen Tunnel eintreten und daß wir hier gemeinsam versuchen, etwas zu erreichen. Nur, wir würden es leichter haben, wenn man auf Sie in Ihrer Partei mehr hören würde, denn der Herr Parteiobmann Schüssel hat sich in der Frage Semmeringtunnel bis heute noch nicht einmal zu Wort gemeldet und erklärt, jawohl, der Herr Landeshauptmann Pröll soll das zur Kenntnis nehmen, das ist ein Anliegen, das weit über das Bundesland Steiermark hinausgeht, und er hat mitzutragen und mitzutun, daß ein rascher Bau hier beginnt. (Landesrat Pörtl: „Wie ist das mit dem Viktor Klima?“)

Mach dir keine Sorgen, der hat sich am Tag des Erkenntnisses vor die Fernsehkamera gestellt und gesagt – so wie der Verkehrsminister auch –, dieses Erkenntnis ist ein Sieg der Vernunft, und wir werden sehr rasch mit diesem Bau beginnen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sigi, wenn irgendwo eine Kamera ist, stellt er sich immer gerne hin!“ – Glockenzeichen des Präsidenten. – Präsident Dr. Strenitz: „Kollege Schrittwieser, ich muß wiederum aufmerksam machen, daß die fünf Minuten abgelaufen sind!“) Ich bin Hauptredner! (Präsident Dr. Strenitz: „Das ist mir nicht gesagt worden!“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Die Hauptredner waren ja gestern schon!“) Nein, meine Damen und Herren. (Abg. Purr: „Es sind ja die ersten zehn Minuten schon schlimm genug!“) Ich verstehe das, Kollege Purr, daß sie schlimm genug sind. Kollege Purr, würdest du die Energie aufwenden, um in Wien und in Niederösterreich für Ordnung zu sorgen und die Frau Landeshauptmann unterstützen, daß die auch auf sie hören, dann wäre das schon ein Erfolg. (Abg. Purr: „Mach du in Wien bei deinen Kollegen Ordnung und schau, daß mehr Geld in der Steiermark kommt und sie nicht das ganze Geld verpulvern!“)

Aber der Herr Bundeskanzler und der Herr Verkehrsminister stehen zu diesem Tunnel, und sie werden diesen Tunnel auch bauen.

Und wo wir uns bedanken müssen – und da liegt die Hauptleistung Ihrer Fraktion –, Sie haben unsere Unterschriftenaktion, über 100.000 Unterschriften, auch alle unterschrieben, und das war ein wesentlicher Beitrag. Aber da brauche ich mich nicht bei der Frau Landeshauptmann bedanken. Ich bedanke mich bei den Hunderttausenden, die diese Unterschriftenaktion unterstützt haben und die jetzt den nötigen politischen Druck in Wien machen werden, daß es auch zu einer raschen Umsetzung kommt, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber hin und wieder habe ich so das Gefühl – und ich glaube, ich bin nicht alleine, es sind auch einige in der ÖVP, die das erkennen –, daß die ÖVP, indem sie schon fünf Jahrzehnte die erste Kraft im Land ist, etwas müde geworden ist, um nicht zu sagen älter geworden, ihr fällt sehr oft nichts mehr ein, und dann setzt sie sich bei wichtigen Themen für dieses Land aufs Trittbrett und versucht mitzufahren. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir werden unser Tempo, meine Damen und Herren, fortsetzen. (Landesrat Pörtl: „Aber du bist ein feiner Herr. Ich glaube, du wirst auch jeden Tag älter, es könnte möglich sein!“) Ich habe ja von der ÖVP geredet, und nicht von Personen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir werden in Zukunft unser Tempo weitergehen, und Sie sind eingeladen, dieses Tempo auch mitzugehen.

Aber, meine Damen und Herren, nicht nur der Semmeringtunnel beschäftigt uns bei der Verkehrsdebatte. Es ist noch etwas, es ist sehr schwer einzusehen, wenn man denkt, was jetzt in dreieinhalb Jahren im Verkehrsressort alles passiert ist, wenn man dann die Erkenntnis bekommt, was in fünf Jahrzehnten nicht passiert ist. Daß das weh tut, das verstehe ich. (Abg. Purr: „Aber die Koralm ist dir Wurst. Wir sind zum Semmering immer gestanden, du zur Koralm scheinbar nicht, weil die hast du vergessen – wir sind schon wieder bei etwas anderem –, weil das ist etwas sehr Wichtiges!“)

Kollege Purr, du hast mir nicht aufmerksam zugehört. Ich meinte, daß es für euch jetzt natürlich fürchterlich ist, wenn man erkennen muß, daß in dreieinhalb Jahren soviel in dem Ressort möglich ist, was man in fünf Jahrzehnten verabsäumt hat. Das tut weh, das verstehe ich. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Steirerinnen und Steirer werden froh sein, daß dieses Ressort jetzt in einer Zuständigkeit ist, wo Leben ist, wo Begeisterung ist und wo auch Projekte umgesetzt werden. (Abg. Schützenhöfer: „Sigi, du sprichst hier im Budgetlandtag, und nicht vor Verdiensträgern der SPÖ!“ – Abg. Ing. Peinhaupt: „Auch hier darf man die Wahrheit sagen!“ – Abg. Dr. Flecker: „Sie werden nicht zensurieren, wenn ich denke, wie Sie abwildeln!“)

Kollege Schützenhöfer, ich habe mir bei Ihrer Generalrede auch gedacht, Sie reden vor ÖVP-Funktionären oder -Mitgliedern oder dem ÖAAB, wenn du wieder einmal richtig reinfährst. Das war auch der Budgetlandtag. Aber du hast ja sogar dort ein Problem,

jemanden noch zu begeistern, weil auch sie müde sind. (Abg. Schützenhöfer: „Aber ich brauche nicht den Budgetlandtag, um meine Leute aufzumunitionieren!“)

Meine Damen und Herren, wir reden vom Semmeringtunnel, und wir reden von diesen Richtigstellungen, die es vorher auch gegeben hat. Das ist aber eher schon selten, daß du Zuhörer hast außerhalb dieses Hauses. (Abg. Schützenhöfer: „Aber es gibt sie immer wieder!“)

Aber rauben Sie mir nicht meine Zeit, die Verkehrspolitik ist ein wichtiges Thema. Wir brauchen natürlich den Terminal, und ich hoffe, daß der Spaten trotzdem noch vorhanden ist, ich glaube, der Herr Klima führt diesen Spaten für den Terminal noch immer mit. Aber es waren halt die Vorarbeiten in dieser Zeit, wo er Verkehrsminister war, nicht abgeschlossen. Aber da ist die Verantwortung ja noch immer bei euch gelegen. (Abg. Purr: „Bist du beim letzten Teil deiner Märchenstunde?“)

Im Jahr 2000 rechnen wir mit einer Umsetzung des Güterterminals, meine Damen und Herren. Und daher wird ein wichtiges Projekt für die Verlagerung des Verkehrs von der Straße – hört zu, das ist wichtig – auf die Schiene realisiert. Wir wissen jetzt, weil wir eine gewisse Verkehrsproblematik durch diesen Unfall im Tauern Tunnel haben, wie wichtig das ist, daß wir den Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern, und das wird ein wesentlicher Beitrag der Steiermark sein, hier ein Stück weiterzukommen.

Wenn ich zum Straßenbau komme, meine Damen und Herren, so bin ich auch froh, daß die Vorarbeiten – ich darf hier unserer Baudirektion und auch dem zuständigen Referenten danken – beim Plabutschunnel so weit vorangetrieben sind. Sie haben jetzt nach diesem tragischen Unfall Minister Farnleitner überzeugen können. Ressel ist von Wien gekommen, am nächsten Tag habe ich gehört, es ist anderwertig erledigt worden. Die zuständigen Referenten der Landesregierung und der Bundesregierung haben diesen Baubeginn ermöglicht.

Und was wichtig ist, meine Damen und Herren, ist, daß die neuesten Sicherheitsvorschriften bei allen Tunnels eingehalten werden. Wir haben hier einen gemeinsamen Antrag eingebracht, nämlich, daß die modernsten Sicherheitsvorschriften erstens realisiert werden und daß auch alle anderen Tunnel, so rasch wie möglich verwirklicht werden. Dieser Plabutschunnel wird rund 1,3 Milliarden Schilling kosten. Ich gehe davon aus, daß wir hier zu einem guten und raschen Ende kommen. Am 19. dieses Monats wird hier begonnen werden.

Wir haben insgesamt, meine Damen und Herren, Bundesstraßenvorhaben im Schnellstraßen- und Autobahnnetz von rund 12 Milliarden Schilling vorgesehen. Das wird unsere Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Bei den Landesstraßen sind es rund 350 Millionen, aber zusätzlich 1998 und 1999 125 Millionen für besondere Straßensanierungen und -ausbauten. Und wenn ich nur einige nennen darf, daß nicht einer sagen kann, ich habe vorher übertrieben.

Wir haben also den Plabutsch mit 1,3 Milliarden. Wir haben Zeltweg-Weißkirchen mit 140 Millionen, Baubeginn nächstes Jahr. Wir haben die Umfahrung

Wildbad – September 1999 – 50 Millionen. Wir haben die Umfahrung Obdach – 200 Millionen –, die schon im Bau ist. Wir haben Bruck-Kapfenberg mit 100 Millionen im nächsten Jahr.

Das sind alles, meine Damen und Herren, Bauvorhaben, die es der Bevölkerung erleichtern werden. Wir werden uns ganz besonders um die ennsnahe Trasse annehmen. Wir wissen um diese schwierige Situation. Aber hätte hier seinerzeit nicht ein Paradigmenwechsel, auch der ÖVP, stattgefunden, wären wir heute vielleicht weiter.

Der Kollege Hirschmann, glaube ich, verhandelt jetzt als Naturschutzreferent in Brüssel. (Abg. Purr: „Wann immer das kommt, wir schauen uns das an!“)

Ich hoffe, daß wir hier bald zu einem Abschluß kommen, daß die Verfahren abgeschlossen werden. (Abg. Purr: „Hoffentlich geht es nicht mit deinem Tempo, weil dann haben wir in 20 Jahren auch noch nichts!“)

Immerhin wird die Umfahrung Stainach – und das ist wichtig für die betroffene Region und für Stainach, daß sie der Verkehrshölle entfliehen können – im Herbst begonnen, das sind alles Dinge, die uns ja nach außen hin sichtbar machen, daß hier etliches in Bewegung ist. Meine Damen und Herren, wir brauchen hier die Dinge nicht besonders zu betonen und jeder einzelne sich das Fähnchen auf den Hut zu stecken. Wir stehen im politischen Wettbewerb, das ist richtig. Wir müssen auch Dinge, die nicht stimmen, politisch richtigstellen, das ist auch richtig. Aber letztendlich sollten wir uns von dem leiten lassen, was die Bevölkerung sich von uns erwartet (Abg. Purr: „Das kann ich mir nicht vorstellen, aber es ist vielleicht möglich!“); nämlich daß wir uns als politische Verantwortungsträger unserer Verantwortung voll bewußt sind und daß wir diese Bauvorhaben, die wir uns vorgenommen haben, auch möglichst rasch umsetzen. Wir laden Sie ein, in der Verkehrspolitik mitzutun, vielleicht gelingt uns dann noch mehr für dieses Land und bekommen wir als Musterland für ganz Österreich in Zukunft unsere uns zustehende Rolle zugesprochen. In diesem Sinne danke ich trotzdem für Ihre große Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 9.53 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Bacher.

Abg. Bacher (9.53 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Kollege Schrittwieser hat zum Schluß gemeint, wir sollten uns davon leiten lassen – und Kollege Flecker –, was die Bevölkerung will. (Abg. Dr. Flecker: „Auch, auch! Ich relativiere das auf ‚auch!‘“) Auch und überhaupt ausschließlich davon.

Ich möchte kurz auf die Situation der B 96 und 83 eingehen, weil auch der Kollege Korp und der Kollege Peinhaupt davon gesprochen haben. Es ist letzten Endes schon erschütternd, was in dieser Region nicht passiert ist, seit Jahren nicht passiert ist. (Abg. Schleich: „Seit 50 Jahren!“) Seit 50 Jahren – ich würde dich bitten, horch einmal ein bißchen zu, weil das ist nicht so lächerlich zu machen, wenn man sich die Statistik anschaut, nämlich von 1993 bis 1997, in diesen vier Jahren, hat es auf dieser Straße 470 Unfälle gegeben, 181 Schwerverletzte und leider 40 Tote. Jetzt

muß die Bevölkerung auf die Straße gehen, Zehntausende Unterschriften sammeln, und ich nehme da den Bund von seiner Verantwortung auch nicht aus, daß man endlich diese Situation, diese unerträgliche Situation zwischen Judenburg und der Kärntner Grenze zugunsten der Pendler, der Bewohner in dieser Region endlich einmal löst. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist schon bezeichnend, wenn man sich da herstellt, was in diesem Land alles gelingt und was alles durchgesetzt wird. Wer den Semmeringtunnel durchgesetzt hat, das war die Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic. Ich würde mir wünschen, wenn sich der Herr Landesrat Ressel in Wien endlich für dieses Straßenstück stark macht, Kollege Schrittwieser. Auch über diese Dinge sollten wir da herinnen reden. (Abg. Schleich: „War vorher alles in Ordnung?“) Also nicht immer so tun, daß eh alles in Ordnung ist. (Abg. Mag. Erlitz: „50 Jahre Versäumnis kann man in drei Jahren nicht aufholen!“) 50 Jahre Versäumnisse kann man nicht aufholen? Weißt du, was ich dir jetzt sagen werde? Es gibt eine „Steiermark aktuell“-Zeitung – Sigi, horch mir jetzt zu –, das ist das Blattl, das ihr herausbringt, und da steht: „SP Steiermark startet voll durch!“ Und da steht drinnen „Landesrat Joachim Ressel, schwarz auf rot, ich will“ sagt er „ich will“, Herr Landesrat, Sie wollen. (Abg. Schinnerl: „Das ist positiv!“) Sie wollen, daß die zweite Röhre Plabutsch gebaut wird, ist okay (Abg. Schrittwieser: „Wird gebaut!“), Sie wollen die Planung für einen zweispurigen Ausbau der Packautobahn, Sie wollen Bundesstraßen ausbauen, Sie wollen Detailplanungen in diversen Regionen machen, Sie wollen den Zusammenschluß im Ennstal und so weiter. Es ist kein einziges Wort von der B 96 und B 83 dabei. Kein einziges Wort, Sigi Schrittwieser. Und da könnt ihr euch nicht hier herstellen und sagen, wir sind die, die dieses Problem lösen. Da steht nichts dabei, ich will. Er will es nicht, weil sonst hätte er es nämlich da dazugeschrieben. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist auch nicht zulässig, daß der Herr Landesrat sagt, bitte, spätestens in zwei Jahren ist das Problem Sankt Georgen ob Judenburg gelöst, und der Herr Kollege Korp schreibt in der Zeitung, vor 2005 können wir überhaupt nicht rechnen. Ich meine, auf die Dauer wird sich die Bevölkerung das auch nicht mehr gefallen lassen. Das ist ein Doppelpaßspiel, auf der einen Seite sagen, die ÖVP verhindert immer, seit 50 Jahren verhindert sie, und bei der Umfahrung Neumarkt ist es deine SPÖ-Fraktion, die ganz massiv gegen die Umfahrung von Neumarkt ist. Denen ist völlig Wurscht, ob dort Lkw durch den Ort donnern, ob dort Unfälle passieren. Es muß leider in Österreich vorher immer etwas passieren, damit wir endlich einmal reagieren. Ich bitte dich, endlich in deiner SPÖ-Fraktion einmal soweit auf gleich zu kommen, daß man ihnen sagt, bitte verhindert es nicht. Seit 20 Jahren wird dort diese Umfahrung von der SPÖ-Fraktion verhindert, und ich bitte dich im Interesse der Bevölkerung, Sigi Schrittwieser, setze dich bitte durch, kehrt vor eurer Tür, und macht nicht immer die anderen für Dinge schuldig, die ihr selber verbrochen habt. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 9.58 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt ist der Herr Kollege Majcen am Wort. Nach ihm der Herr Kollege Schinnerl in Vorbereitung.

Abg. Majcen (9.58 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich kann nahtlos dort anschließen, wo der Hans Bacher aufgehört hat. Wir haben schon oft und viel in diesem Hause über die Umfahrung Großwilfersdorf gesprochen: Viele, die diese Straße benützen oder benützen möchten, wissen, was sich auf dieser Straße abspielt, seitdem Ungarn und die dahinterliegenden Länder ihre Grenzen geöffnet haben. Es hat der Verkehr unglaublich stark zugenommen von der A 2 Richtung ungarische Grenze, in beiden Richtungen. Es hat jetzt inzwischen einen leichten Rückgang gegeben auf Grund der Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien, und es fängt der Verkehr jetzt wieder genauso stark an anzusteigen. Es hat geheißen, wenn die Umfahrung Altenmarkt fertig ist, erfolgt als nächstes Großwilfersdorf, und plötzlich ist ein vom Land vorgelegtes Projekt wiederum in Frage gestellt und muß umgeplant werden. Das kann man natürlich, wenn es notwendig ist, zur Kenntnis nehmen, wenn das nicht gleichzeitig bedeutet, daß alles, was bisher an Terminen genannt wurde, zum xten Mal in Frage gestellt ist.

Ich bitte alle, die für diese Straße verantwortlich sind, sich dafür einzusetzen, daß es so rasch wie möglich zum Bau dieser Umfahrung Großwilfersdorf kommt. Sie findet die Zustimmung der Bevölkerung. Es gibt keine gravierenden Einwände, es sind alle Vorfragen geklärt. Also, es kann sich dort niemand darauf ausreden, daß es die Umstände nicht erlauben. Nur, wenn man sich lange spielt mit den Umständen, dann werden sie eintreten. Weil dann werden sich wieder neue Gruppierungen formieren und versuchen, auch diesen Straßenneubau, der ungefähr 6 oder 7 Kilometer ausmacht und in Zukunft eine sehr wichtige Verbindung ist, verhindern. Es sind dort bis zu 18.000 Fahrzeuge täglich, die durch den Ort Großwilfersdorf fahren, von der Autobahn herunter, die Leute können nicht über die Straße gehen, es muß ein Gendarm dort stehen – Sie kennen die Situation. Ich bitte noch einmal sehr eindringlich, diese Umfahrung Großwilfersdorf auf die Liste, die der Herr Schrittwieser nicht genannt hat, zu setzen, die zu den dringenden Bauvorhaben der nächsten Jahre gehören. (Beifall bei der ÖVP. – 10.01 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt bitte ich den Herrn Abgeordneten Schinnerl zum Wort, nach ihm der Herr Abgeordnete Straßberger.

Abg. Schinnerl (10.01 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte einige Worte über die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schrittwieser sagen. Wenn er immer wieder über den Verkehr meint „von der Straße auf die Schiene.“ Es ist zwar ein wunderschönes Wunschdenken von ihm, aber ich glaube nicht so recht daran, wenn ich mir die Entwicklung im Frachtbereich anschau. Vor einem Jahrzehnt war hier die Statistik 50 Prozent Lkw und 50 Prozent mit der Bahn. Im letzten Jahr hat sich das dahin entwickelt, daß die Bahn im Frachtbereich sehr viel abgebaut hat und daß

der Lkw-Verkehr stark zugenommen hat und das Verhältnis jetzt bei 70 Prozent Lkw zu 30 Prozent Bahn ist.

Da frage ich mich schön langsam, was sind die Gründe? Ist die Bahn überhaupt in der Lage, diese Forderung oder diesen Wunsch oder dieses Verlangen aufzunehmen? Ich bin der Meinung, daß die Werbung mit vielen, vielen Millionen für die Bahn zu wenig ist, daß die Bahn aktiver werden muß und daß man endlich einige Handlungen setzen muß, damit tatsächlich der Verkehr von der Straße auf die Bahn rückgeführt werden kann.

Ich bin eigentlich auch über die Aussage des Abgeordneten Huber sehr froh, der gesagt hat, daß im Bereich des Bezirkes Weiz einiges erledigt wurde. Er hat gemeint, daß die B 68 sehr erfolgreich ausgebaut wurde und dies sehr erfreulich ist. Ich freue mich auch über den Straßenausbau in der Stadt Weiz. Es ist keine Umfahrung von Weiz, sondern eine Verkehrsverbesserung der Stadt, eine Verbesserung der Durchfahrt von Norden nach Süden mit einigen Unterflurtrassen und so weiter, voraussichtlich mit einem Baubeginn im Jahr 2002 nach der Landesausstellung, 2001 in Weiz, beginnen wird.

Ich möchte mich mit der Diskussion über den Semmeringbasistunnels nicht auseinandersetzen. Das haben ja die Redner vor mir von der ÖVP und SPÖ zur Genüge getan. Ich glaube, mit dem vielen Reden macht man die Sache immer schlechter.

Ich möchte aber auch über einen Tunnel reden, und zwar über den Weizklammtunnel. Wir wollen da nicht soviel reden, sondern wir Freiheitliche wollen haben, daß der Baubeginn in kürzester Zeit erfolgt. Wir wissen alle, daß der derzeitige Straßenausbau in der Weizklamm zügig voranschreitet. Ob das ein Zufall ist, daß Herr Landesrat Ing. Ressel gerade hier in diesem Amt als Straßenbaureferent ist, oder ob es tatsächlich ein Erfolg von ihm ist, das weiß ich noch nicht. Wenn der Baubeginn dieses Weizklammtunnels tatsächlich in nächster Zeit – im Herbst 1999 oder im Frühjahr 2000 – vonstatten geht, dann glaube und meine ich, daß Herr Landesrat Ressel im Verkehrsreferat doch sehr vieles weiterbringt.

Ich habe da natürlich einige Fragen an den Herrn Landesrat Ressel. Es ist ja derzeit ein geologisches Gutachten im Gange, wo die Landesregierung bereits 720.000 Schilling zur Verfügung gestellt hat. Meine Fragen lauten dann, wenn das Gutachten dementsprechend ausfällt, ob der Baubeginn tatsächlich im Frühjahr 2000 möglich ist und ob die 340 bis 400 Millionen Schilling im Katastrophenfonds für den Weizklammtunnel noch immer bereitstehen. Weiters, wie schaut es mit dem Bau der Umfahrungsstraße von Passail aus? In welcher Rangordnung ist die Umfahrung festgelegt oder eingestuft, und ab welchem Zeitpunkt könnte mit dem Bau der Umfahrung Passail tatsächlich begonnen werden?

Ich habe aber ganz kurz noch einen Punkt, und zwar geht es um die Lkw-Mautstelle in Laßnitzthal, die nach meiner Kenntnisnahme beim Kindergarten stattfindet. Ich kann mir nicht gut vorstellen, daß eine Mautstelle neben einem Kindergarten gebaut wird. Übrigens können wir uns im Bezirk Weiz im Bereich von Laßnitzthal eine Lkw-Mautstelle überhaupt nicht vorstellen. Daß der Bezirk Weiz, wo gerade in der Auto-

industrie jetzt ein Aufschwung stattfindet, wo dadurch ein reger Verkehr zwischen Gleisdorf und Graz stattfindet, und daß gerade jetzt diese Region mit der Einführung dieser Mautstelle in Laßnitzthal bestraft wird, ist ungerecht und ist aus freiheitlicher Sicht völlig abzulehnen.

Auch hier noch einmal die Forderung, diese Mautstelle in Laßnitzthal nicht zu errichten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 10.06 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt ist Herr Kollege Straßberger am Wort. Er ist Hauptredner seiner Fraktion und hat daher 15 Minuten Redezeit.

Abg. Straßberger (10.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, verehrte Regierungsmitglieder, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich darf meine Wortmeldung heute so beginnen: „Großer Erfolg der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic für die Steiermark. Ich danke dir herzlichst, liebe Frau Landeshauptmann.“ (Beifall bei der ÖVP.)

Du hast dich durch verschiedene Dinge nicht beirren lassen und bist den richtigen Weg gegangen, und die Steiermark ist dir sehr, sehr dankbar. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Sie wird ja schon rot!“) Du brauchst da nicht aufhupfen, Heinz, das ist einfach so. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Du machst dich lächerlich!“)

Darf ich kurz etwas sagen. Weißt, was mich ein bißchen in diesem Hohen Haus stört, daß es eine Fraktion gibt, die sich über nichts freuen kann. Selbst habt ihr keine Erfolge, darum habt ihr das Freuen letztendlich verlernt. Und dann freuts euch wenigstens, wenn jemand anderer einen Erfolg hat. Das möchte ich euch einmal ins Stammbuch schreiben. (Beifall bei der ÖVP.)

Lieber Siegfried Schrittwieser, persönlich haben wir ein gutes Verhältnis, aber ich sage dir jetzt eines, du als Landespartei sekretär hast den Boden des Anstandes verloren hier im Haus, das sage ich dir. Was du heute hier wieder gesagt hast – ich komme nur zu einem Spruch. Du bist mit dem Düsenjäger durch die Kinderstube geflogen. Nimm das bitte zur Kenntnis. Was du einer Frau Landeshauptmann gegenüber sagst, ist ja eine bodenlose Frechheit. (Abg. Schrittwieser: „Wenn ich mit dem Düsenflugzeug durch die Kinderstube geflogen bin, dann ist der Schützi mit dem Draken durchgeflogen!“)

Und ich habe etwas anderes auch noch. (Glockenzeichen des Präsidenten.)

Ich habe mir (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Wer hat denn die Durchsetzung plakatiert?“) die Protokolle herausgenommen, was damals bei diesem Sonderlandtag zum Semmeringtunnel von dir und vom Klubobmann Flecker alles gesprochen wurde. (Glockenzeichen des Präsidenten. Präsident Dr. Strenitz: „Ich würde die Herren wirklich bitten, in der Wortwahl etwas vorsichtiger zu sein!“) Jawohl, Herr Präsident. (Abg. Schrittwieser: „Kollege!“)

Du brauchst nicht auf etwas anderes ablenken, ich war jetzt bei dir.

Verehrte Damen und Herren, es schaut ja fast so aus, daß sich die Damen und Herren Abgeordneten der SPÖ nicht freuen können oder nicht sachlich argumentieren können, denn heute ist in der Obersteiermark eine Wochenzeitung ins Haus gekommen, und hier steht: „Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: Ein Riesenschritt in die richtige Richtung war es.“ Bitte, Nachhilfeunterricht, ich weiß nicht, ob ihr im Klub diesbezüglich nicht spricht, ich weiß es nicht. (Abg. Schrittwieser: „Das stimmt ja auch!“)

Verehrte Damen und Herren, ich bin wirklich sehr froh, daß diese Entscheidung jetzt so gefallen ist.

Und was mich weiters noch sehr freudig stimmt, daß dieses Projekt mit dieser Entscheidung in Angriff genommen wird – (Abg. Gennaro: „Du wiederholst dich!“) selbstverständlich, ich wiederhole mich von gestern, es werden alle Umwelt- und Naturschutzaufgaben befolgt, überhaupt keine Frage –, und Wien ist wieder in den Mittelpunkt eines transeuropäischen Verkehrsknotenpunktes gerückt, verehrte Damen und Herren, und nicht Budapest, wie das schon immer wieder gesprochen und auch gehandelt wurde. Was das für den Wirtschaftsstandort Österreich bedeutet, verehrte Damen und Herren. Und schauen Sie sich das einmal auf einer Landkarte an, was das bedeutet hätte, wenn hier Budapest dieser Transeuropäische Verkehrspunkt geworden wäre. Natürlich ist das für die Steiermark und für Kärnten und den italienischen Raum eine große Sache.

Gerade im Mürztal – ich sage das jetzt ein bißchen egoistisch, nehmen Sie mir das bitte nicht krumm –, haben diese Baulose und diese Bauvorhaben natürlich nicht nur wirtschaftliche Schwerpunkte, sondern auch arbeitspolitische Schwerpunkte, wenn diese Impulse hier gesetzt werden, und da können wir alle froh sein. Schade, daß der Otto Heibl nicht da ist, der hat zu diesen Dingen einen anderen Zugang.

Verehrte Damen und Herren, am Zug ist der Bund, keine Frage. Die Bundesregierung hat jetzt zu handeln. Ich habe das gestern schon gesagt. Dr. Einem als zuständiger Minister hat auch ja gesagt. Bundeskanzler Klima hat auch ja gesagt, schon im 93er Jahr, bis heute hat er aber nichts gemacht. (Abg. Dr. Flecker: „Habt ihr bis heute noch immer keinen besseren Hauptredner gefunden?“) Kurtl, erzähle mir nichts, ich habe das alles mitgemacht. Bis heute ist er nicht tätig geworden. Ich hoffe, daß es jetzt geht.

Und wenn gestern eine Meldung gekommen ist, daß man sich in Wien jetzt schon wieder Gedanken macht, daß man einen einröhrigen Tunnel eventuell hier ins Auge faßt, verehrte Damen und Herren, das ist wirklich aufs schärfste zurückzuweisen, denn das wäre ja ein Schildbürgerstreich. Das müssen wir verhindern, daß das passiert. (Beifall bei der ÖVP.)

Es hat mich heute sehr verwundert, verehrte Damen und Herren, daß von den Sprechern der sozialistischen Fraktion niemand nur ein Wort über den Verkehrsverbund verloren hat und was wir heute in der Früh und auch gestern schon gehört und gelesen haben. Der Verkehrsverbund wird bald unfinanzierbar – und heute hat es der Kollege Peinhaupt gesagt, 6 Prozent, in etwa 27 Millionen Schilling (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „17 Millionen!“), 17 Millionen, Entschuldigung.

1998 haben wir im Budget 130 Millionen vorgesehen gehabt, 1999 134, und 2000 haben wir 149 Millionen Schilling. Das zeigt, verehrte Damen und Herren, daß wir hier ständig zubessern müssen. Voriges Jahr ist es um 9 Millionen gegangen. Tarifierhöhung ja, nein. Dann ist das vom Budget gekommen. Und hier glaube ich, ist schon unser Verkehrs- und Finanzlandesrat wirklich gefordert, Strukturmaßnahmen diesbezüglich voranzutreiben. Hier ist er gefordert, und wir werden genau schauen, was sich hier bewegt.

Wir haben einen Antrag eingebracht betreffend VESTAG, Verkehr Steiermark Aktiengesellschaft. Ich glaube, hier müßte man alles zusammenfassen, um auch die Synergieeffekte von den einzelnen Unternehmungen, wenn ich das so sagen darf, oder Einrichtungen zu nützen. Das zum Verkehrsverbund, und, Herr Landesrat Ressel, es werden sich natürlich alle Pendler bei Ihnen bedanken, keine Frage, denn letztendlich beim Plakatieren im Jahre 1996, da seid ihr super da gewesen, und da habt ihr auf die Frau Landeshauptmann als Verkehrsreferentin hingedroschen, und dann habt ihr selbst gesehen, wie schwierig es ist, das umzusetzen. Heute und in der Zukunft könnt ihr zeigen, daß ihr etwas weiterbringt.

Verehrte Damen und Herren, lassen Sie mich zu den Landesstraßen kommen. Wenn hier immer gesagt wird, jetzt, seit der Herr Landesrat Ressel Verkehrsreferent ist, jetzt geht etwas weiter, darf ich folgendes sagen, das sind alles Projekte, die in der Zeit von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic vorbereitet und eingeleitet wurden. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Die waren schon damals alt!“) Ja, keine Frage. Und, Herr Präsident, ich darf dir das sagen, und da wirst du mir recht geben. Aber damals, von 1991 bis 1995 ist ja von der SPÖ alles blockiert worden, und seit man selbst das Ressort hat, ist auch das Geld für das da. Gott sei Dank, aber das ist auch die Ursache, warum in fünf oder sechs Jahren weniger weitergegangen ist.

Wenn Sie das Straßennetz in der Steiermark anschauen, und ich komme noch zur Maut, verehrte Damen und Herren, dann haben wir das größte Straßennetz, Autobahn und Schnellstraßen, von ganz Österreich, Sie müssen sich das nur anschauen. Nachdem es ja eine Budgetdebatte ist, darf ich auch wieder zurückkommen, wir haben im Budget im ordentlichen Haushalt für unsere Landesstraßen, für Erhaltungsaufwand 497 Millionen Schilling, im außerordentlichen Haushalt haben wir für Baumaßnahmen 100 Millionen Schilling, wo von diesen 100 Millionen Schilling 30 Millionen schon für das Baulos Gratkorn und Gratwein reserviert sind. Das ist eine gute Sache. Im Sonderinvestitionsprogramm sind 50 Millionen Schilling vorgesehen. Meine Damen und Herren, wir wissen, mit dem Erhaltungsbudget kommen wir gerade über die Bühne, und mit dem Rest, der hier dotiert ist, geht halt nicht sehr viel weiter. Die ÖVP hat sich voriges Jahr ein Herz genommen und hat Ideen eingebracht. Wir stellen uns nicht in die Ecke und schauen zu, wie schwierig es ein anderer Ressortleiter hat, sondern wir haben gesagt, wir möchten hier mitfahren. Das von der ÖVP eingebrachte Sonderstraßenbauinvestitionsprogramm von 500 Millionen Schilling auf 1998/99 und 2000 verteilt. Voriges Jahr

wurden 125 Millionen Schilling gewährt, heuer wieder 125 Millionen, und die nächsten 250 Millionen sind für das nächste Jahr sicherlich vorgesehen.

Herr Landesrat Ressel, ich habe Ihnen auch bei der letzten Landtagsdebatte dafür gedankt und möchte nur eines klarstellen, ich lasse mir das sicher nicht sagen, zumindest hinter vorgehaltener Hand, ich wäre der Verhinderer von Großprojekten in der Steiermark. Unser Antrag hat gelaute, von den 500 Millionen 40 Prozent für Sanierung, und der Rest soll für Großbauten verwendet werden. Also bitte schön, das ist die Realität, und das ist hier im Haus mit den Stimmen der ÖVP und der FPÖ beschlossen worden. Verehrte Damen und Herren, ich glaube, daß hier ein ganz wesentlicher Beitrag für unsere Landesstraßen auch von unserer Seite geleistet wurde.

Lassen Sie mich zu dem Thema Maut kommen. Ich habe so das Gefühl, daß zum Thema Maut, das uns seit zwei oder drei Monaten begleitet, kaum jemand Stellung nimmt. Ich muß Ihnen schon eines sagen, außer der Frau Landeshauptmann und der ÖVP habe man von niemandem etwas gehört. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Zu was, zur Maut?“) Zur Maut und ich muß Ihnen sagen, dank der Initiative der Frau Landeshauptmann konnten wir die Hauptmautstelle Wundschuh nach Süden verlegen. Das wäre für den Wirtschaftsstandort Graz eine Katastrophe gewesen. Jetzt haben wir in Mürzzuschlag noch ein ganz großes Problem. In ganz Österreich gibt es nirgends so komprimiert fünf Mautstellen angeordnet wie in Mürzzuschlag, verehrte Damen und Herren. Und was das gerade für diese Region bedeutet, wo wir alle immer sagen, für die Obersteiermark muß man etwas tun, wissen wir genau. Wenn ich dann höre, ja, es gibt dann ein paar Arbeitsplätze durch die Maut, das ist eigentlich gar nicht einmal so schlecht. Bitte schön, ich darf Ihnen nur eines sagen, kein einziger Frächter wird diese Maut selbst in seine Kosten hineinnehmen, sondern wer wird diese Maut denn letztendlich zahlen? Das wird der Konsument sein, verehrte Damen und Herren. Hier sind wir aufgefordert, ordentliche Lösungen zusammenzubringen. Für die Anordnung der Maut ist ausschließlich die ASFINAG zuständig, verehrte Damen und Herren. Siegfried, du weißt das genau, und die ist auch hier gefordert. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Da werden wir ja wohl mit einem Sekretär der Frau Landeshauptmann keine Schwierigkeiten haben. Da werden wir ja kein Problem haben!“) Du kennst dich nicht aus, Herr Präsident, der ist bei der ÖSAG, und nicht bei der ASFINAG. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Ist ja Wurscht, oder?“) Nein, mit dem Herrn Dr. Engleder, einem SPÖler, der ist von dort, mit dem kannst du dann reden. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Der ist ein Roter, und das ist gefährlich, sehr gefährlich!“) Der hat das über, mit dem hast du dich noch nicht auseinandergesetzt.

Verehrte Damen und Herren, lassen Sie mich noch zu dem Wochenendfahrverbot für Lkw und zum Überholverbot der Lkw einige Gedanken anmerken. Es haben sich hier der Herr Landesrat Paierl und der Herr Landesrat Ressel mit einer Resolution an den zuständigen Minister Dr. Einem über die Steiermärkische Landesregierung eingebracht. Wir wissen genau, daß dieses Fahrverbot von Mitte Juni bis Mitte September gilt. Jetzt ist das Schreiben gekommen, wonach die

Antwort ist, daß man das einstellt oder anders gestaltet. Herr Dr. Einem hat gemeint, bis Ende Oktober wird er diese Resolution oder diese Anfrage erledigen. Mitte September ist dieses Fahrverbot ja wieder zu Ende.

Verehrte Damen und Herren, das kann es nicht sein, denn was das wiederum für unseren Wirtschaftsstandort bedeutet, für Österreich und die Steiermark, insbesondere auch für Graz, auf das brauche ich nicht näher eingehen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Sage bitte auch dazu, wie sich das Verkehrsaufkommen in diesen vier verbleibenden Tage komprimieren wird!“) Um das geht es ja.

Das Zweite bitte schön, Überholverbot der Lkw, und da bin ich ein Gespaltener. Ich sage das, nachdem ich selbst 50.000 Kilometer im Jahre fahre, verehrte Damen und Herren, werden Sie mir vielleicht recht geben, es ist nicht einzusehen, wenn sich Lkw-Fahrer auf der Straße ein Duell liefern und kilometerlang nebeneinander fahren. Hier müßte man eine Lösung finden, nicht mit einem Verbot, aber eine vernünftige Lösung. Ich sage das auch ganz offen, weil ich das des öfteren miterleben muß, wie gefährlich das letztendlich ist.

Verehrte Damen und Herren, wir haben schon vor einiger Zeit einen Antrag eingebracht, betreffend ein Verkehrskonzept in der Steiermark. Wir haben damals die Antwort bekommen, daß in einigen Bezirken das in Angriff genommen worden ist. Herr Landesrat, ich bitte Sie sehr höflich, in Ihrem Bereich hier wirklich Druck zu machen, wo es möglich ist. Denn es gibt nach wie vor noch Strecken, wo ein Zug fährt, wo ein ÖBB-Bus fährt und wo ein Bus von der Post fährt. Bitte, das kann es ja nicht sein. Ich weiß, wie schwierig es hier mit den Konzessionen ist, ich kenne diese Situation, aber letztendlich würde ich Sie hier schon bitten, daß wir ein Verkehrskonzept für die ganze Steiermark kriegen und daß es auch zu finanzieren ist.

In diesem Sinne, verehrte Damen und Herren, schließe ich mich auch den Worten an, die Verkehrspolitik in der Steiermark ist sicherlich nicht einfach. Ich sage das deshalb, weil wir einfach ein großes Netz haben. Wenn Sie die Hauptverbindungen vom Wechsel bis auf die Pack, von Mürzzuschlag bis Murau und von Liezen bis Straß hinunter auf der Landkarte verfolgen, ist unsere Steiermark großartig aufgeschlossen. Ich möchte nur eines sagen, wenn jemand hier heraußen behauptet, es ist in der Vergangenheit oder in den letzten 50 Jahren nichts passiert, bitte schön, der hat von der Verkehrspolitik in der Steiermark keinerlei Ahnung, und das ist auf das schärfste zurückzuweisen. Wir fahren uns nur wegen ein paar Lückenschlüssen in die Haare. Das ist ein Armutszeugnis, ich sage das ganz offen.

Bei dieser Gelegenheit erlauben Sie mir, auch einige Dankesworte zu sagen. Ich darf mich beim Herrn Hofrat Gobiet, beim Hofrat Dirnböck und beim Herrn Dipl.-Ing. Tropper für ihre Tätigkeit recht herzlich bedanken, auch bei den Baubezirksleitern und den Straßenmeistern, aber vor allem bei jenen Freunden der Straßenmeisterei, die tagtäglich mit einem Fuß – und ich sage das jetzt ein bißchen überspitzt – im Grab stehen. Sie wissen genau, erst unlängst war wieder ein tödlicher Unfall, was diese Leute leisten, herzlichen Dank dafür. Auch für die Zukunft bin ich

zuversichtlich, daß wir die Verkehrspolitik für unsere Steiermark vorantreiben. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 10.22 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Wabl. Nach ihm Präsident Vesko.

Abg. Dr. Wabl (10.22 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe zwar nur fünf Minuten, aber erlauben Sie mir, daß ich heute aus Fairneßgründen das noch einmal wiederhole, was ich gestern am Schluß gesagt habe.

Mir ist bewußt, daß Reden von uns Abgeordneten, vor allem von der Minderheit, immer deshalb problematisch sind, weil sie kaum etwas bewirken, außer daß wir uns bemühen, Ideen aufzugreifen.

Aber ich möchte der Frau Gigler, weil sie jetzt da ist, doch zu ihrer Glosse von heute – ohne daß ich jetzt beleidigt bin – folgendes sagen, auch wenn mir bewußt ist, daß Anregungen oder Anmerkungen zu Zeitungskommentaren selten demjenigen dienen, der sie hier anbringt.

Ich bin mir bewußt, daß meine Reden hier nicht von großen geistigen Würfeln getragen sind. Es ist auch nicht leicht, wenn man als Mitglied einer Zweimannfraktion fast zu allen Themen sprechen muß. (Abg. Tasch: „Seit wann ist die Abgeordnete Zitz ein Mann?“) Entschuldige, ein Mann- und eine Frau-partei. Aber das ist in dem Fall nicht das Wesentliche.

Mir ist auch bewußt, und ich glaube, das ist aus all meinen Wortmeldungen hervorgegangen, daß diese Art der Generaldebatte, wo alle Abgeordneten als Volksvertreter nach bestem Wissen und Gewissen ihre Reden hier halten, daß dies wahrscheinlich nicht der Weisheit letzter Schluß ist. Wir merken es ja, daß dann das Schlußwort der Regierungsmitglieder – jener, die die Macht und das Geld haben – natürlich auch das Interesse der Journalisten hervorruft und unsere Wortmeldungen – und da gehe ich gar nicht von meiner aus – angesichts der Ohnmacht, die dahinter steckt, eben nicht jene Aufmerksamkeit hervorrufen. Trotzdem glaube ich – und das sollte man sich immer überlegen –, daß Wortmeldungen, die von Abgeordneten teils aus regionalen Gesichtspunkten, teils aus persönlicher Betroffenheit gemacht werden, vielleicht in ein, zwei Jahren gewisse Auswirkungen haben, die man heute nicht so abschätzen kann. Vielleicht sind Leute, die heute oben an der Macht sitzen, dann praktisch schon im Ausgedinge und erlangen Abgeordnete, die heute hier nach bestem Wissen und nach ihren Fähigkeiten – und jeder hat seine Stärken und seine Schwächen – ihre Meinungen deponiert haben, vielleicht in ein, zwei Jahren mehr Bedeutung, als es momentan den Anschein hat.

Das wollte ich nur dazu sagen. Und ich habe mich immer dagegen gewehrt – ohne daß ich die Bedeutung des Landtages überschätze, wir sind in der Zwickmühle zwischen Regierung, EU, Gemeinden –, und wir haben manchmal das Gefühl, daß wir mit unserem Kopf mehr gegen die Wand rennen, als es unserem Kopf und unserem Gehirn und unseren Gedanken gut tut.

Aber trotzdem glaube ich, daß der Landtag als Vertretung der Bevölkerung mit all den regionalpolitischen, gruppenpolitischen und persönlichen Betroffenheiten mehr denn je in der Steiermark seine Berechtigung hat. Obwohl ich im Herbst ausscheide, bin ich stolz darauf, Mitglied dieses Landtages zu sein. Ich glaube, es geht allen anderen da hier auch so, obwohl mir bewußt ist, daß diese Budgetdebatte, diese Form der Budgetdebatte uns immer wieder aufzeigt, wie schwierig diese Wechselwirkung zwischen Wünschen, Bitten, Beschwerden und dem Vollzug ist. Und gerade die Verkehrsdebatte, wenn man da zugehört hat, beweist dies im besonderen.

Daher bitte ich, daß man vielleicht den Reden der Abgeordneten mehr Bedeutung zuwendet, vielleicht werden sie in ein paar Jahren – gerade was den Verkehrsbereich anbelangt – auch Wirklichkeit.

Das wollte ich nur aus Fairneßgründen gesagt haben, weil ich es gestern auch gesagt habe und ich niemand bin, der etwas hinter dem Rücken deponiert.

Nun zur Sache: Was Fürstenfeld, Großwilfersdorf anlangt, so bin ich mit dieser Materie befaßt. Ich hätte mir gewünscht, daß man die Südvariante gewählt hätte, weil die Südvariante den Menschen mehr Nutzen gebracht hätte, weil sie zu 90 Prozent den Verkehr abgeleitet hätte. Es blinkt schon, aber ich werde mich kurz fassen.

Herr Landesrat Ressel, drei Fragen an Sie:

Übrigens, der SPÖ kann ich nur raten, nach der Tüchtigkeit und nach den Fähigkeiten des Landesrates Ressel, daß sie sich überlegen, daß sie so einen erfolgreichen Mann – das sage ich jetzt allen Ernstes – noch mehr herausstellen und vielleicht an die Spitze bringen. Das würde vielleicht ihrer Bewegung gut tun. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich danke für den Applaus. Und das sollte für Sie doch Anlaß zum Nachdenken sein.

Aber trotzdem, Herr Landesrat, drei Fragen zum Plabutschunnel (Abg. Schrittwieser: „Martin, jetzt tut es dir schon leid, daß du uns verlassen hast!“):

Aus welchen Gründen wurde die Verordnung, betreffend die Anmeldepflicht von Gefahrguttransporten, wohl beim Gleinalmtunnel, nicht aber beim Plabutschunnel in die Praxis umgesetzt? Also, beim Gleinalmtunnel hat es diese Anmeldung gegeben, nicht beim Plabutschunnel. Ich weiß nicht, ob das in deiner Zeit schon passiert ist. Liegt die Ursache für diese Vorgangsweise im höheren Verkehrsaufkommen des Plabutschunnels? Es gibt da einen Bericht der „Kleinen Zeitung“, die diesen Sachverhalt aufgezeigt hat. Weiters, war Ihnen der Umstand, daß beim Plabutschunnel die Verordnung, betreffend die Anmeldung von Gefahrguttransporten, nicht umgesetzt wird, bekannt beziehungsweise haben Sie dies sogar veranlaßt?

Und zum Schluß noch, ich würde mir eines wünschen. Ich kenne die Zahlen über die Verkehrstoten. Bei den getöteten Fußgängern sind wir in der Steiermark mit 25 zu 165 in Gesamtösterreich im Spitzenfeld, auch bei den getöteten Radfahrern. (Glockenzeichen des Präsidenten. – Abg. Schinnerl: „Zeit!“)

Ich habe andere auch schon erlebt, die überzogen haben. Das ist eine freiwillige Verpflichtung. Ich habe gestern über den Wunsch der SPÖ auf meine Wortmeldung im Gesundheitsressort verzichtet, weil der Landesrat Dörflinger ins Arnold-Schwarzenegger-Stadion gehen wollte. Hoffentlich hat der GAK nicht deswegen verloren, weil er unten war. Ich gehe nicht davon aus.

Man hat zu mir gesagt, wenn ich rede, dann reden zehn andere von der SPÖ auch noch. Und ich habe mich aus Gründen der Disziplin dazu verleiten lassen, obwohl ich sehr viel zu sagen gehabt hätte. (Beifall bei den Grünen.) Und obwohl das Gesundheitsressort mir so wichtig ist, habe ich verzichtet. Jetzt erlaubt mir, daß ich zum Verkehr noch einen Schlußsatz sage.

Ich bin der Meinung – und wir haben gestern einen Antrag eingebracht –, wir sollten mehr an die Radfahrer, mehr an die Fußgänger denken. (Glockenzeichen des Präsidenten.) Wir sollten nicht nur die Straßen ausbauen, damit man möglichst schnell von einem Punkt zum anderen kommt, sondern wir sollten daran denken, daß man die Schiene intensiviert. (Präsident Dr. Strenitz: „Kollege Wabl, ich würde wirklich bitten, zum Ende zu kommen!“) Ich bin schon am Ende mit meinen Nerven.

Wir sollten daran denken, daß wir alle langsamer fahren sollten, weil wir auch langsam zum Ziel kommen und vielleicht dadurch manche Unfallfolgen vermeiden könnten. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 10.29 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt ist Herr Präsident Vesko zu Wort gemeldet.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (10.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich kann es mir nicht verkneifen, zu den Ausführungen der Kollegen Straßberger und Schrittwieser einiges zu bemerken.

Kollege Straßberger hat mit Vehemenz die Frage der Durchsetzungskraft, die die Steiermark am Plakat nunmehr für die Frau Landeshauptmann darstellt, durchgesetzt. Die Frage ist, wo, Herr Straßberger? In der ÖVP? (Beifall bei der FPÖ.)

Dann habe ich den Herrn Landeshauptmann Pröll schlecht verstanden, wenn er gesagt hat, er wird den Kampf weiterführen. Wo hat sie sich durchgesetzt? Beim Höchstgericht? Dort war sie nicht. (Abg. Riebenbauer: „Den richtigen Weg!“) Den richtigen Weg hat sie durchgesetzt? Dann hättet ihr es ja schon vor zwei Jahren plakatieren können – vor zwei Jahren haben wir das beschlossen –, daß sie den richtigen Weg durchgesetzt hat. Nur, das Durchsetzungsvermögen, das laßt bitte in der Form bleiben, weil ich halte das für eine totale Überschätzung der Situation. (Abg. Purr: „Es ist dir peinlich!“)

Nein, gar nicht, mir ist es gar nicht peinlich. Es entspricht nur nicht der Wahrheit. Wenn die Frau Landeshauptmann so stark ist, dann braucht sie so etwas nicht plakatieren, weil es nicht der Wahrheit entspricht. (Abg. Purr: „Wenn es dir nicht paßt, dann sag es ruhig!“) Ich erwarte mir von einer Frau Landeshauptfrau, daß sie sich an die Wahrheit hält. Das ist etwas, was ich gerne hätte. Dann kann ich auch jenes Maß an

Ehrfurcht, das wir Bürger ihr entgegenbringen, durchaus weiterhalten. (Abg. Purr: „Ich höre die Botschaft!“) Du hörst die Botschaft, das ist gut, denn wenn du sie hörst, hören sie andere auch. Vielleicht führt es doch dazu, daß wir hier zu einer Verbesserung kommen.

Was das System der Steiermark im Verkehr betrifft, daß wir das bestausgebaute Netz haben werden oder haben. Lieber Kollege Straßberger, bei den Autobahnen haben wir ein Flickwerk, bei den Schnellstraßen haben wir ein Flickwerk. Wenn ich dich nur erinnern darf, die Autobahn, die A 2, ist im Packbereich mehr als unbefriedigend. Verschiedene Stücke sind in der Zwischenzeit repariert worden, aber von einem hervorragend ausgebauten Autobahnnetz zu sprechen, ist mehr als übertrieben. Wenn das beste das ist, was wir bis jetzt haben, dann ist es mir nicht gut genug, Kollege Straßberger. Bei der Schnellstraße darf ich dich daran erinnern, daß die Schnellstraße kurz nach Mürrzuslag anfängt, wobei wir allerdings hoffen dürfen, daß die Strecke bis Mürrzuslag von der Landesgrenze her gebaut wird. Sie hört aber dann in Judenburg auf, und von dort weg ist wieder tote Hose. Frage, was geschieht dort? Was geht dort weiter? Das Beste ist es hier nicht, weil es eine Fülle von Problemstellen in diesem Bereich gibt.

Ich möchte allen noch einmal sagen, hören wir auf, jetzt die Zweispurigkeit aller Tunnels zu monieren. Das ist unsinnig. Wir sollen uns nicht in eine permanente Anlaßgesetzgebung begeben. (Beifall beim LIF.) Wir sollen dort, wo es notwendig ist, die entscheidenden Schritte setzen. Das haben wir beim Plabutsch, meine Damen und Herren, schon vor langer Zeit getan. Die Erweiterung des Plabutsch auf die zweite Röhre hat mit dem Unfall im Tauerntunnel nichts zu tun. Wir sollten aber eines tun, möglichst rasch dafür sorgen, daß sich Experten mit zusätzlichen Maßnahmen im Bereich der Tunnelsicherheit auseinandersetzen. Hiezu sind Schritte im Gange, Frau Landeshauptmann, ich bedanke mich dafür, daß auch Sie in diesem Zusammenhang bereits auf Aktionen der Experten reagiert haben, und ich nehme an, daß hier etwas geschehen wird.

Kollege Schrittwieser, dasselbe gilt natürlich auch für dich. Ich möchte euch bitte auch eines sagen. Der Semmeringbasistunnel ist ein isoliertes Projekt und ist nicht die Fülle der Bedeutung. Die Fülle der Bedeutung für die Steiermark ist die Verbindung von der Pontebbana nach Wien und in den weiteren Großraum Europas. (Abg. Vollmann: „Aber er ist ein Stück davon, ein notwendiges Stück!“) Aber bitte, das muß ich dazusagen, tun wir nicht so, als wenn das jetzt das Entscheidende wäre, und verteilen wir nicht Schuld in Bereiche, wo die sozialdemokratische Fraktion – nicht hier im Hause, sondern die sozialdemokratische Fraktion in ihrer Gesamtheit – eine Fülle von Verantwortung trägt. Ich darf euch nur eines sagen, wie es mit der Finanzierung aussieht, vom Zeitpunkt der Projektfertigstellung in der Planung. Die Bundesregierung hat allein dafür zwei Jahre verschustert im wahrsten Sinne des Wortes, bis sie sich dazu entschieden hat, nachdem alle Mickymausvarianten, die sie in der Finanzierung im Auge gehabt hat, überprüft wurden und sie schlußendlich dann zur Entscheidung gekommen ist, daß sie es doch selber machen wird und sich während des Baues unterhalten wird, weil der

dauert eh acht Jahre, wie wir wissen. Genauso muß ich dazusagen, daß, bevor es zu diesem Semmering-basistunnel gekommen ist, wir ja eine europäische Variante, transalpine Netze, gehabt haben, die Südostspange geheißt hat. Und nachdem man auf diesem Pferd jahrelang geritten ist und dann draufgekommen ist, daß man kein Geld hat dafür, ist man auf ein anderes Projekt umgestiegen, für das man auch kein Geld gehabt hat. Also tut da nicht Schuld zuweisen, da habt ihr beide Dreck am Stecken! (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Schrittwieser: „Herr Kollege Vesko, einen Satz nur. Wir unterscheiden uns nicht. Die Bundesregierung hat Fehler gemacht!“) Ich muß fertig reden, bei mir läutet die Glocke. Bei mir läutet die Glocke, ich muß schauen, daß ich weiterkomme, ich kann keinen Zwischenruf zur Kenntnis nehmen.

Ich möchte Ihnen eines sagen, meine Damen und Herren, wenn ich mir anhöre, was hier an Wünschen von beiden Seiten, auch von uns und auch von den Grünen und den Liberalen, zum Verkehr kommen, und zwar seit Jahren, dann muß ich eines dazusagen, keiner der beiden letzten Straßenbau- beziehungsweise Verkehrsreferenten hat Besonderes weitergebracht. Wir hängen nach wie vor nach, und zwar in einem bedeutenden Maße, und das bringt ihr mit euren Forderungen, die zum Teil 15 Jahre, 20 Jahre alt sind, deutlich zum Ausdruck. (Abg. Dr. Flecker: „Damit meinen Sie nicht den Ressel!“ – Beifall bei der FPÖ. – 10.36 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Das Schlußwort zu diesem Kapitel hält der Herr Landesrat Ing. Ressel. Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat Ing. Ressel (10.36 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Schinnerl hat mich gefragt, ob es zum Tunnelbau bei der Weizklamm kommen wird. Sie sind selbst, glaube ich, ausreichend informiert, es werden jetzt die Proben genommen, und wenn gewissermaßen keine besonderen Gesteinsprobleme auftauchen, dann ist damit zu rechnen. Wenn dann die Einigung mit den Grundstückseigentümern und mit dem Naturschutzbeauftragten erzielt ist, ist damit zu rechnen, daß im nächsten Jahr begonnen wird. Das Projekt kostet 350 Millionen Schilling. Die Mittel sind aus dem Katastrophenfonds des Bundes beigestellt worden. Das hat die doch sehr rasch eintretende Lösung überhaupt erst möglich gemacht. (Beifall bei der FPÖ.)

Der Herr Abgeordnete Wabl hat, glaube ich, gestern die Frage nach der Ennstrasse gestellt. Ich kann hier nur mitteilen, daß im Moment die Vorgangsweise im Umweltressort liegt. Hier gibt es die Fragen, die zwischen dem Umweltressort der Steiermark beziehungsweise dem Bundesministerium und Brüssel zu klären sind. Der Straßenbau ist im Moment nicht gefordert. Wird das für die Ennstrasse positiv entschieden, dann ist die Rechtslage eindeutig und klar, dann wird die Ennstrasse weitergebaut. Aber im Moment gibt es dort keine Aktivitäten.

Der Herr Abgeordnete Wabl hat angesprochen die Begleitfahrzeuge von Gefahrguttransporten. Mir sagt man, daß die Kontrolle beim Gleinalmtunnel durch die Einrichtung der Mautstelle auch in der

Vergangenheit relativ gut funktioniert hat, daß sie aber im Bereich des Plabutsch etwas salopper gehandhabt wurde, jetzt aber dafür Sorge getragen ist, daß sowohl beim Gleinalmtunnel als auch beim Plabutsch-tunnel exakt darauf gedrungen wird, daß derartige Gefahrgutfahrzeuge durch Begleitfahrzeuge durch den Tunnel geleitet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man sich die ganzen Wünsche anschaut, die wir haben, dann muß man sagen, sie sind gerechtfertigt. Wie man die Befriedigung dieser Wünsche erzielen soll, ist vielleicht nicht immer ganz so einfach. Das wissen Sie, das weiß ich. Ich möchte mich auf jeden Fall einmal bei den Damen und Herren der Fachabteilung 2 a, der Fachabteilung 2 b, der Fachabteilung 2 d, der Rechtsabteilung 11, bei den Steirischen Landesbahnen und bei der Verkehrsverbundgesellschaft bedanken, denn es ist überhaupt keine Frage, ohne die hervorragende Mitarbeit dieser Damen und Herren hätten wir, wie ich glaube, dieses passable Ergebnis in diesem Bereich nicht erzielen können. Dafür danke ich, und ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – 10.40 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt zu dieser Gruppe nicht vor. Ich bitte Sie nunmehr, insgesamt vier Abstimmungen vorzunehmen.

Erstens: Die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der Grünen, betreffend Umschichtung von Mitteln für den Straßenbau zugunsten von Radwegen, zustimmen, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist abgelehnt.

Zweitens: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 6 des Landesvoranschlages 2000 zustimmen, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Drittens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend den Ausbau einer zweiten Tunnelröhre für alle steirischen Straßentunnels, zustimmen, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Viertens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend den raschestmöglichen Bau des Semmeringbasistunnels, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Gruppe 7: „Wirtschaftsförderung“.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (10.41 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 7, „Wirtschaftsförderung“, besteht aus folgenden Abschnitten und Unterabschnitten:

Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft: land- und forstwirtschaftlicher Wegebau, landwirtschaftlicher Wasserbau, Strukturverbesserung, Elektrifizierung und Mechanisierung; Besitz-

festigung, sonstige Maßnahmen; sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft: land- und forstwirtschaftliche Interessenvertretungen, Bildung und Beratung, Produktionsförderung, Jagd und Fischerei, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen; Förderung der Energiewirtschaft: sonstige Energieträger; Förderung des Fremdenverkehrs: Einrichtungen zur Förderung des Fremdenverkehrs, Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs; Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie: Einrichtungen zur Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie, Bildung und Beratung, wirtschaftspolitische Maßnahmen.

In der Gruppe 7 ergeben sich für den Voranschlag 2000 folgende Gesamtsummen:

Ausgaben 680.082.000 Schilling, Einnahmen 76.589.000 Schilling.

Es wird der Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 7 für das Haushaltsjahr 2000 gestellt.

Mündlicher Bericht Nr. 256: Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 23. Juni 1999 zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1203/1, betreffend den Landesvoranschlag 2000, den Dienstpostenplan und den Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge, über Entschließungsanträge beraten und zur Gruppe 7 nachstehende Beschlüsse gefaßt:

Antrag: Der Landtag wolle zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1203/1, folgende Entschließungsanträge beschließen:

Zu Gruppe 7:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß bei der Durchführung überregionaler wichtiger touristischer Infrastrukturprojekte, wie Mountainbikestrecken, Reitwege, Radwege und so weiter, eine koordinierte Vorgangsweise aller betroffenen Landesdienststellen sichergestellt wird, insbesondere in der Frage Wegeerhaltung, Öffnung für die Allgemeinheit sowie Finanzierung allenfalls erforderlicher baulicher Maßnahmen. (Antragsteller: Tasch, Purr, Schrittwieser, Gross.)

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß bei der Beauftragung touristisch relevanter Grundlagenarbeiten, insbesondere Studien betreffend touristische Infrastruktur, Großveranstaltungen und so weiter, eine koordinierte Vorgangsweise aller Landesdienststellen sichergestellt wird. (Antragsteller: Tasch, Bacher, Dr. Flecker, Vollmann.)

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für die Beibehaltung des österreichischen Tiertransportgesetzes beziehungsweise für die Durchsetzung der darin beinhalteten höheren Standards in der EU einzutreten. (Antragsteller: Kaufmann, Herrmann, Tasch.)

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür Vorsorge zu treffen, daß mit dem österreichischen Gütesiegel „A“ gekennzeichnete Nahrungsmittel vollständig aus österreichischer Rohware erzeugt werden. Auszunehmen sind nur Zutaten, wie zum Beispiel Gewürze, die in Österreich nicht erzeugt werden können. (Antragsteller: Kaufmann, Herrmann, Pußwald.)

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die für Forstadjunkten vorgesehenen Ausbildungsstellen zu besetzen und nach Möglichkeit die

steirischen AbsolventInnen der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft im Landesdienst zur Erreichung der zweijährigen Berufspraxis einzusetzen. (Antragsteller: Kaufmann, Vollmann, Straßberger.)

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, zur Förderung qualitativ hochwertiger Hotels ein Sonderinvestitionsprogramm zu beschließen, das für derartige Hotelbauten Investitionskostenzuschüsse des Landes bis zu 10 Prozent der Gesamtkosten vorsieht. (Antragsteller: Dr. Flecker, Schleich, Tasch.)

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die nach dem Steiermärkischen Wirtschaftsförderungsgesetz erlassenen Förderungsrichtlinien zur Förderung von Tourismusbetrieben raschestmöglich so zu novellieren, daß eine hohe Förderung in erster Linie jenen Betrieben gewährt werden kann, die aus beziehungsweise weiterbilden (Lehrlinge), einen Beschäftigungseffekt bewirken (neue Arbeitsplätze), in die touristische Infrastruktur investieren, stärker mit anderen Betrieben kooperieren sowie in ein touristisches Gesamtkonzept eingebettet sind. (Antragsteller: Vollmann, Schleich, Straßberger.)

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die bestehenden Regionalmanagementstellen so zu fördern beziehungsweise vorzufinanzieren, daß sie im bisherigen Umfang als bewährte Einrichtungen erhalten bleiben. Für die Funktionsfähigkeit des neuen Regionalmanagements Graz/Graz-Umgebung ist ebenfalls angemessen zu sorgen. (Antragsteller: Dr. Flecker, Dipl.-Ing. Grabner, Straßberger.)

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice Steiermark und der Forstbehörde ein Konzept zur Sanierung des Schutz- und Bannwaldes zu erarbeiten und die für die Sanierung erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Das im Bereich Schutz- und Bannwaldsanierung vorhandene Beschäftigungspotential ist hierbei bestmöglich einzusetzen. (Antragsteller: Kaufmann, Herrmann, Rieser.) Ich bitte um Annahme! (10.46 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für diesen Bericht.

Üblicherweise teilen wir bei der Gruppe 7 die Diskussion in die Bereiche Landwirtschaft, Fremdenverkehr und Wirtschaftsförderung. Wenn Sie, meine Damen und Herren, dagegen nichts einzuwenden haben, würde ich meinen, daß wir es auch heute so halten und mit dem Teil Landwirtschaft beginnen.

Da ich keinen Einwand sehe, beginnt als erster und gleichzeitig Hauptredner für seine Fraktion der Herr Kollege Riebenbauer. Nach ihm der Herr Kollege Peinhaupt.

Abg. Riebenbauer (10.47 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine geschätzten Damen und Herren!

Die Diskussion zur Gruppe 7 verläuft eigentlich immer sehr spannend und erhitzt die Gemüter. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß wir eigentlich von der Bevölkerung zum Arbeiten gewählt sind, und nicht zum Streiten.

Ich bin stolz, daß ich als kleiner Bauer, der selbst noch seine Wirtschaft bewirtschaftet und gerne in den Stall geht – auch heute früh noch –, zu diesem für unser

Land so wichtigen Thema sprechen darf. Ich muß aber dazusagen, daß die Hauptarbeit selbstverständlich von meiner Frau und von meiner Familie gemacht wird, weil ich leider Gottes selten zu Hause bin.

Über die Landwirtschaft reden ist leicht, von der Landwirtschaft leben viel, viel schwerer! Das möchte ich zu Beginn all jenen sagen, die immer vorschnell mit allzu gescheiterten Vorschlägen uns gegenüber zur Stelle sind.

Der Bauer – ein sterbender Berufsstand –, dieses Negativszenario wird sicherlich von den Sozialisten und Freiheitlichen wieder in den Vordergrund gestellt werden. Meine Damen und Herren, sterbende Bauern erzeugen keine so guten Produkte, wie wir sie heute haben, sondern tüchtige und lebende Bauern! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine geschätzten Damen und Herren, wir von der steirischen Volkspartei stellen fest, unser Land braucht seine Bauern, und wir bekennen uns zu diesem Berufsstand. Der Bauer ist kein sterbender, sondern ein zukunftsorientierter Beruf! Es liegt in unseren Händen, wie viele Bauernhöfe wir in Zukunft erhalten wollen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Herr Kollege!“) Nimm mir die Zeit nicht weg, melde dich selbst. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wer hat die Bauern zum Sterben gebracht?“) Warte, das sage ich dir später. Du nimmst mir die Zeit weg.

Sind wir doch unseren Bäuerinnen und Bauern dankbar für die herrliche Gestaltung unserer steirischen Kulturlandschaft. Arbeit schaffen, meine geschätzten Damen und Herren, heißt auch Bauernhof erhalten. Und jeder Bauernhof ist ein Arbeitsplatz, sind wir uns doch dessen immer bewußt. Landwirtschaft unterstützen, heißt Arbeitsplätze im ländlichen Raum erhalten.

Nun zur allgemeinen Situation in der Landwirtschaft: Natürlich gibt es einen Strukturwandel, der uns selbstverständlich Sorgen bereitet. Aber diesen Strukturwandel, meine geschätzten Damen und Herren, gibt es natürlich auch in anderen Ländern, und wir werden ihn – sind wir doch ehrlich – niemals ganz aufhalten können. (Abg. Mag. Bleckmann: „Einkommensverluste!“)

Ein Zweites: Selbstverständlich haben wir Einkommensverluste. Sie machen uns keine Freude, das wissen wir, meine geschätzten Damen und Herren. Und auf der Insel der Seligen, wie die Schweiz als Landwirtschaftsland immer wieder bezeichnet wird, gibt es auch Einkommensverluste. Nur drei Beispiele:

Basispreis für Milch in der Schweiz, von 1990 bis 1998, minus 18 Prozent. Basispreis für Weizen, minus 16 Prozent. Produzentenpreis für Schlachtkühe, 1995 bis 1998, minus 38 Prozent.

Und dort gibt es keine Ausgleichszahlungen, dort hat man nur 60 Prozent Eigenversorgung, und dort ist kein Landesrat Pöttl, dem man die Schuld zuweist. So schaut es in Wirklichkeit aus, meine geschätzten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Es gibt natürlich auch finanzielle Probleme auf unseren Bauernhöfen, Frau Klubobfrau Bleckmann. Das wissen wir sehr wohl genau. Aber wenn ich das letzte Mal richtig hingehört habe, hast du von 1,2 Millionen Schilling Schulden pro Betrieb im Durchschnitt geredet, oder habe ich dich falsch verstanden? (Abg.

Mag. Bleckmann: „1,5 Millionen!“) Ah, 1,5, noch mehr aufgetrieben. In Österreich ist der Durchschnitt – (Abg. Mag. Bleckmann: „Das steht in dem EUROSTAT-Bericht!“)

Wir reden von Österreich. Du kannst ja nicht die österreichischen Bauern mit ihren Strukturen mit den europäischen Bauern vergleichen, nur damit du den Bauern einen „Schiach“ einreden kannst. (Abg. Mag. Bleckmann: „Und die Zinsen!“)

Und wenn du von den Zinsen redest, daß wir Bauern viel zuviel bezahlen, so sage ich, entmündigt die Bauern doch um Gottes willen nicht. Jeder tüchtige und fleißige Bauer weiß genau, welche Zinsen er sich aushandeln kann, und Ausnahmen bestätigen die Regel. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Schinnerl: „Das hat der Jörg Haider auch schon gesagt!“) Ja, gut, daß du an den Jörg Haider heute auch denkst. (Abg. Mag. Bleckmann: „Die tüchtigen und anständigen Banken gehen mit den Bauern ordentlich um!“) Jawohl!

Meine geschätzten Damen und Herren, mit den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen in der Steiermark, in Österreich und in Europa sind Schulduweisungen, vor allem auch seitens der Sozialisten, nicht gerechtfertigt.

Wenn Klima, Schröder und Blair das „neue Europa“ plakatieren, so sind sie natürlich auch für die Entwicklung in der Landwirtschaft – ich sage bewußt – mitverantwortlich.

Vor dieser Verantwortung, meine geschätzten Damen und Herren, könnt ihr euch nicht drücken. Und dieses unfaire Spiel, daß man manchmal versucht, sich alles Positive auf die Fahnen zu heften und das Negative uns in die Schuhe zu schieben, haben unsere Bauern schon längst durchschaut. Ich bin eigentlich dem Landesrat Ressel und dem Kollegen Vollmann gar nicht böse, daß sie sich nach dem alten Sprichwort gehalten haben, Schuster bleib bei deinem Leisten, und zur Landwirtschaft nichts gesagt haben.

Kollegin Bleckmann, auch du könntest nachdenken über dieses Sprichwort, das wäre vielleicht manchmal gar nicht schlecht, bevor du sagst 1,5 Millionen, dabei sind es in Wahrheit nur 400.000 Schilling. (Abg. Bleckmann: „Für alle 31,7 Milliarden!“)

Nun zu euch, selbstverständlich ist es euer Recht, Kritik zu üben, aber selbst in der Regierung zu sein, mitzubestimmen, gleichzeitig Opposition zu betreiben, das ist nicht leicht. (Abg. Mag. Bleckmann: „Ihr dürft nicht die Augen verschließen!“) Es ist aber auch euer Recht, vernünftige Vorschläge zu bringen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Ihr hört sie ja nicht!“) Wo ist euer Bauernprogramm? Ihr stellt Anträge, aber welche Anträge bringt ihr? Kanalanschlußpflichtbefreiung für die Bauern, ein Antrag, der in der Praxis nicht vollziehbar ist. In diesem von euch gemeinsam beschlossenen Antrag sollen alle Bauern, die unter 1,4 Werten sind, befreit werden. Was bedeutet das in der Praxis? Kleine Bauern, die intensiv wirtschaften, um überleben zu können, müssen anschließen, viehlose Betriebe nicht. Ein Kleinbauer mit 3 Hektar Grünland und fünf Kühen unterliegt dem Anschlußzwang, der gleiche Bauer mit 3 Hektar Grund ohne Vieh nicht. Wir sind für eine gerechte Entlastung der Bauern, und nicht für ein ungerechtes System. Was habt ihr noch beantragt? Entschließungsantrag zum Tierschutz-

bericht. Ja, meine geschätzten Damen und Herren, Antrag der Freiheitlichen: Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der Erstellung künftiger Tierschutzberichte eine Bestandsaufnahme jener Bereiche vorzunehmen, aus der die nicht der steirischen Nutztierverordnung entsprechenden Fälle hervorgehen. Lieber Herr Kollege Peinhaupt, die Bauern an den Pranger zu stellen, die Bauern verpflichten umzustellen im Stall, wenn sie auch das Geld nicht haben, und dann da herzugehen und zu sagen, die Bauern sind so verschuldet, bei dieser Moral machen wir nicht mit, meine geschätzten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Im ersten Halbjahr 1999 war die „Agenda 2000“ das Schlagwort. Das Ergebnis liegt vor. Minister Molterer hat sehr vieles erreicht. Es konnte so manches verhindert werden. Was ist für uns das Entscheidende? Die Unsicherheit ist weg, und wir wissen, wie es weitergeht. Wir haben dieses Ergebnis niemals bejubelt, das stelle ich klar und deutlich fest, sondern für uns ist entscheidend, wir wissen, wie es bis 2006 weitergeht, und wir wissen vor allem, daß für uns die Finanzierung gesichert ist.

Die Milchquote wurde aufrechterhalten, und das Programm der ländlichen Entwicklung ist zukunftsweisend für unsere bäuerliche Landwirtschaft. Vor allen Dingen auch bei Investitionsmaßnahmen wurden alle Bauern gleichgestellt. Die Einführung des von allen gewünschten Sockelbetrages ist nun möglich, und die Finanzierung muß auf Bundesebene erst sichergestellt werden. Und weil ihr vorher so vom Durchsetzen geredet habt, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, ich bitte dich, Frau Abgeordnete Kaufmann, daß du auch mithilfst, daß im Budget 2000 auf Bundesebene die Mittel für den Sockelbetrag vorhanden sind. Gemeinsam müssen wir das anstreben, weil momentan ist noch nichts fix, das wissen wir genau, aber Edlinger und Klima sind dafür mitverantwortlich. (Abg. Kaufmann: „Die sind nicht verantwortlich. Molterer ist verantwortlich!“) Ich habe gesagt mitverantwortlich, mitentscheidend und mit-helfend. Aber sind wir doch den Bauern gegenüber ehrlich, erwecken wir keine falschen Hoffnungen, der Sockelbetrag alleine wird nicht die Rettung sein. Und wie wir uns den Sockelbetrag vorstellen, wird euch noch unser Landesrat Pörtl präsentieren. (Abg. Mag. Bleckmann: „Erklärst du uns das nicht mit dem Sockelbetrag?“) Liebe Frau Klubobmann Bleckmann, wenn du mich immer unterbrichst, dann darf ich dich fragen, wie viele Kühe hast du schon gemolken in deinem Leben, dann reden wir weiter! (Abg. Mag. Bleckmann: „Drei! Drei habe ich schon gemolken!“)

Drei, aber beim Gummieuter sicher.

20 Prozent der Bauern bekommen 80 Prozent der Förderung, wird immer wieder falsch dargestellt. Stimmt überhaupt nicht, das ist eine falsche Zahl. (Abg. Mag. Bleckmann: „Du sollst uns den Sockelbetrag erklären!“) Das macht der Herr Landesrat Pörtl, wir teilen uns das auf, weil bei uns verstehen ja mehrere etwas von der Landwirtschaft: Wir können alle dazu reden, wir sind ein gutes kleines Team, nehmt das einmal zur Kenntnis! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Bleckmann: „Kannst du uns das nicht selber erklären, wie das geht? Warum berufst du dich immer auf den Herrn Landesrat?“)

Die Sozialdemokraten haben ein neues SPÖ-Bauernprogramm vorgestellt, und ich erwarte mit Spannung, wie du, Frau Kollegin Kaufmann, uns den Begriff Arbeitseinsatz beziehungsweise Arbeitseinheit näher definierst, erklärst und was du sagen wirst, wer in Zukunft gefördert wird und wer nicht. Theorie und Praxis sind ein großer Unterschied. Und voll Sorge lese ich im SPÖ-Programin – (Abg. Mag. Bleckmann: „Herr Kollege!“) Habt ihr überhaupt noch nie das Zuhören gelernt? Könnt ihr das nicht? Was ist da los?

Im SPÖ-Bauernprogramm steht, wenn nun landwirtschaftliche Produzenten sich nicht an dem Bedarf der Gesellschaft orientieren, unnötige Überschüsse produzieren, dabei die Natur beziehungsweise das Grundwasser belasten, können sie dies nicht mehr als Leistung für die Gesellschaft definieren und dafür Förderungen erwarten. Sie müssen erstens selber für ihre Kosten aufkommen, und sie müssen zweitens im Sinne des Verursacherprinzips, etwa bei Schädigung des Grundwassers, zur Verantwortung gezogen werden. Wir treten dafür ein, bei der Produktion verbindliche ökologische Mindestkriterien anzuwenden. Meine geschätzten Damen und Herren von den Sozialisten, ich verwehre mich dagegen, daß die Bauern pauschal als Umweltvergifter und Naturzerstörer hingestellt werden. Das lasse ich mir einfach nicht bieten! (Beifall bei der ÖVP.)

Wir von der steirischen Volkspartei, wir lassen es nicht zu, daß man uns in Gute und in Böse auseinanderdividiert, und ich verwehre mich gegen diese Pauschalverurteilung. Wir Bauern wissen, daß Grund und Boden unsere Existenzgrundlage zerstört, und wir sind alle bestrebt, das Beste daraus zu machen. (Abg. Vollmann: „Das tut ihr selber, da braucht niemand etwas dazutun!“)

Unsere Bauern sind im Innersten des Herzens bestrebt, möglichst vom Erlös ihrer Produkte zu leben, und nicht von Ausgleichszahlungen. Meine geschätzten Damen und Herren, ja, lieber Herr Kollege Vollmann, es ist so, gerade der kleine Bauer ist auf eine intensive Bewirtschaftung angewiesen. Wir von der steirischen Volkspartei sind dagegen, daß der Tüchtige und Fleißige bestraft wird und im Vorhinein vielleicht von Ausgleichszahlungen ausgeschlossen wird. Dagegen wehren wir uns. Oder wollt ihr wirklich jene Betriebe, die ihr Haupteinkommen noch von der Landwirtschaft haben, mit solchen Maßnahmen zu Erwerbsskombinationen oder gar zum Aufhören zwingen? Da machen wir von der steirischen Volkspartei nicht mit! Wir haben auf die verschiedenen Betriebsstrukturen Rücksicht zu nehmen! (Beifall bei der ÖVP.) Wir machen in diesem Klassenkampf Groß gegen Klein nicht mit! Denn Groß muß nicht gleich reich bedeuten und Klein nicht gleich arm, es hängt auch vielfach von der Tüchtigkeit ab. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Huber: „Wie groß ist denn ein kleiner Bauer?“) Ja, das kann man nicht sagen, weil das hängt von der Tüchtigkeit ab. (Abg. Huber: „Was sagst denn dann kleiner Bauer, wenn du es nicht sagen kannst?“)

Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren, habe ich gesagt.

Nun, was ist in der Steiermark alles passiert? Ich könnte so eine lange Liste aufzählen. (Abg. Kaufmann: „Erzähl einmal!“) Ich möchte aber nur ein Beispiel erwähnen, wie sehr unsere steirischen Bauern an die

Zukunft denken. Es wurden in der Steiermark EDV-Schulungen angeboten. In der Zeit vom Dezember 1998 bis Mai 1999 haben 170 Kurse mit je 80 Stunden in Kooperation mit den Landwirtschaftsschulen und mit den Beratungsdiensten der Kammer stattgefunden, und 1700 Personen haben daran teilgenommen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Und wer hat den Antrag dazu gestellt?“) Ja, wenn dir auch einmal etwas Gescheites einfällt ist, ist es ja auch kein Fehler, akzeptieren wir ja. Warum denn nicht? Wir sind ja nicht so, daß wir anderen nichts vergönnen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Wer hat den Antrag gestellt?“) Nimm mir die Zeit nicht weg, Herr Präsident, was mir der dauernd dazwischenschreit. Es ist dies der größte bildungspolitische Erfolg seit Jahren und zeigt die größte Bereitschaft der jungen und mittleren Generation unserer Bauern, sich weiterzubilden und an die Zukunft zu denken. Und ich bedanke mich dafür bei allen bäuerlichen Funktionären auch in der Kammer und in den Ortsgruppen, meine geschätzten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Herr Kollege Peinhaupt und die Frau Kollegin Kaufmann sind Landeskammerräte, sie wirken in der Kammer mit, tut doch nicht so, als ob ihr da nicht dazugehören würdet. (Abg. Mag. Bleckmann: „Sie zeigen auf in der Kammer, das ist der Unterschied! Ihr helft mit, daß die Bauern sterben, und sie zeigen es auf, das ist der Unterschied!“)

Gemeinsam wird in der Kammer große Arbeit geleistet. Mit dem Budget 2000 müssen wir die Voraussetzungen schaffen, daß alles wieder im Lande finanziert wird. Unsere Frau Landeshauptmann, unser Landesrat bemühen sich immer intensiv, daß wir die notwendigen Mittel haben. Es ist nicht immer leicht, aber wir haben bis jetzt noch immer alles finanziert, was wir gebraucht haben. Danke, Frau Landeshauptmann, und danke, Herr Landesrat. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Bleckmann: „Daß das euch nicht schon peinlich ist, daß ihr das in jeder Rede sagt!“) Daß dir dein Dazwischenschreien nicht peinlich ist, von einer Frau erwarte ich mir eigentlich ein bißchen etwas anderes. (Abg. Mag. Bleckmann: „Das kann mir nicht peinlich sein, wenn du so einen Mist redest, dann muß mir das nicht peinlich sein!“) Die Zukunft wird nicht leicht. Die Marktanpassung ist für uns Bauern oft sehr schwierig und auch hart zu gestalten, aber wir werden diese Marktanpassung schaffen, und wir sind in der gemeinsamen Vermarktung ein großes Stück weitergekommen. Aber nach dem Motto, nach dem ich lebe, optimistisch denken, Mut machen statt mies machen, werden wir Bauern auch in der Steiermark überleben, da könnt ihr sagen, was ihr wollt.

Ich bin tagtäglich bei den Versammlungen draußen. Ihr geht eh nicht hinaus, ihr redet nur von der Theorie, wir reden von der Praxis. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum Abschluß, meine geschätzten Damen und Herren, darf ich Hannes Kübeck zitieren, der in seiner Broschüre „Land der Hände“ sagt: „Österreichs Landwirtschaft als Modell für Europa uns Bauern und Verantwortungsträgern folgende Herausforderung gibt: Die Zukunft von uns Bauern ist dann gefährdet, wenn das Thema Landwirtschaft nur in den Köpfen der Bauern lebendig, der Mehrheit in der Gesellschaft aber mehr oder weniger gleichgültig ist.“ (Abg. Schinnerl: „Von wem ist das?“)

Ein Zitat von Hannes Kübeck. (Glockenzeichen des Präsidenten.) Ich bin schon gleich fertig.

„Es liegt an den Bauern, dafür zu sorgen, daß die Landwirtschaft in den Herzen und Gehirnen aller Bürger ein Anliegen wird, daß die Leistungen der Landwirte, die Gewährung der Kulturlandschaft und der Lebensgrundlagen für alle als wichtig erkannt werden und daß jede und jeder einzelne seinen Beitrag zu leisten hat.“ – Zitat Ende!

Meine geschätzten Damen und Herren, und selbst mit einer Krawatte kann man für bäuerliche Produkte arbeiten und für den bäuerlichen Berufsstand in der Öffentlichkeit werben. Bemüht euch auch, dafür etwas zu tun. (Glockenzeichen des Präsidenten.)

Ich ersuche Sie alle, diese unsere Öffentlichkeit im Interesse unserer steirischen Bauern zu unterstützen. Und euch ersuche ich, daß ihr einmal zuhören lernt. Ich weiß nicht, wann das gelingt. (Beifall bei der ÖVP. – 11.03 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peinhaupt. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Peinhaupt (11.03 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf mir einen kleinen Zwischenruf an den Kollegen Riebenbauer nicht ersparen. Mit dieser zweitklassigen Bütttenrede ist es dir gelungen, zweimal zu punkten.

Ad 1) Nahtlos an die Aussagen des Herrn Schüssel anzuschließen, der ja gesagt hat: „Gestern standen wir vor dem Abgrund, heute sind wir einen Schritt weiter.“ (Abg. Riebenbauer: „Fällt dir nichts anderes ein?“)

Und wenn ihr nach dieser Devise Bauernpolitik macht, dann werden die Bauern wohl sehen, wo sie hinfahren. (Landesrat Pörtl: „Das ist ein alter Hut!“)

Zum Zweiten ist es dir großartig gelungen, die Ernsthaftigkeit aus dieser Diskussion zu nehmen. (Abg. Riebenbauer: „Wenn man euch den Spiegel vor das Gesicht hält, dann werdet ihr nervös!“)

Lieber Kollege Riebenbauer, es ist weder ein Maß an Nervosität an mir, eher an innerer Erheiterung, deinen Wortmeldungen folgen zu müssen, noch sonst irgendwas. Ich habe auch keine Angst, in den Spiegel zu schauen. Im Unterschied zu dir, ich kann es noch, daß ich am Abend in den Spiegel schaue. Du mußt dir das zwei- oder dreimal überlegen, ob du noch hineinschaust. (Abg. Majcen: „Freust du dich oder verzweifelst du?“) Wenn ich mit euch zusammenarbeiten muß, verzweifle ich. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – Abg. Majcen: „Was siehst du, wenn du in den Spiegel schaust?“) Das gleiche was du jetzt siehst, nämlich eine Lehrstunde in bezug auf Bauernpolitik, nicht Agrarverwaltung, Bauernpolitik.

Meine Damen und Herren, der Kollege Riebenbauer hat leider Gottes die Diskussion ins Lächerliche abgleiten lassen. Ich versuche doch, die Ernsthaftigkeit wiederherzustellen. (Landesrat Pörtl: „Moment!“) Erich, du kommst dann eh später dran.

Bitte versuche, die aufgezählten Probleme und die aufgezeigten Lösungsansätze nicht persönlich zu sehen, sondern versuche einmal, der Sache zu dienen.

Weil zuerst hast du es mit einer schlechten Pauli-Löwinger-Imitation probiert, deine Ausführungen drüberzubringen, dann ist es dir doch etwas zu nahe gegangen, und die Ernsthaftigkeit, die du an den Tag legst, äußert sich dann in einer gewissen Aggression in der Diskussion, die auch den Bauern nicht gut tut. (Beifall bei der FPÖ. – Landesrat Pörtl: „Meine Ernsthaftigkeit ist motivierend, und nicht deprimierend!“) Fragt sich nur, für wen sie motivierend ist.

Meine Damen und Herren, schauen wir uns doch an, wie sich das ganze landwirtschaftliche Gefüge – und ich gehe jetzt nur fünf Jahre zurück – durch die Einführung der gemeinsamen Agrarpolitik entwickelt hat.

Die gemeinsame Agrarpolitik hat zum Ziel, daß möglichst viele Produkte, die auf den Markt kommen, nicht mehr über den Produktpreis Gewinne abwerfen sollten, sondern dieser Verdienstentgang durch öffentliche Förderungen wettgemacht werden sollte. Dieses System hat dazu geführt, daß erstens einmal die Einkommenshöhe der landwirtschaftlichen Einkommen von der Höhe der öffentlichen Haushalte abhängig gemacht worden ist – und ich sage Ihnen nichts Neues –, 78 Prozent des landwirtschaftlichen Einkommens sind förderungsabhängig. Jetzt wissen Sie gleich gut wie ich, daß es nämlich so ist, die öffentlichen Haushalte versuchen weitgehend, die Landwirtschaft irgendwo in der Verantwortung abzuschieben, und es ist immer weniger Geld da. Und wenn es Geld gibt, dann gibt es nur mehr Geld für einen Vertrag über fünf Jahre, der zwischendurch gebrochen wird, über sechs Jahre, der zwischendurch wieder gebrochen wird. Nur hat man nicht den Mut, den Bauern zu sagen, liebe Freunde, eigentlich lebt ihr von der öffentlichen Hand. Den Mut hat man nicht.

Jetzt habe ich mir sehr genau diesen „Grünen Bericht“ angeschaut, und zwar im Größenverhältnis der Landwirtschaft in bezug auf das landwirtschaftliche Einkommen, bitte, pro Kopf, wie es europaweit aussieht. Wir haben in Österreich eine durchschnittliche Betriebsgröße von 24,4 Hektar – und jetzt passen Sie bitte auf – bei einem landwirtschaftlichen Pro-Kopf-Einkommen von 168.000 Schilling. Wir haben in Bayern eine durchschnittliche Größe von 31 Hektar mit einem Einkommen von 268.000 Schilling pro Kopf. Wir haben in Deutschland gesamt 38 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche und ein Pro-Kopf-Einkommen von 298.000 Schilling. Alles gelobte EU-Länder!

Ein Nicht-EU-Land, Schweiz, 20,04 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche und 402.000 Schilling Pro-Kopf-Einkommen. Erich, paß bitte auf, du kannst dann deine Ausführung, und ich hoffe, bezugnehmend auf meine Wortmeldung, dementsprechend gestalten, aber bitte fachlich. (Landesrat Pörtl: „Na, na, mit deinem Intelligenzquotienten nehme ich es schon noch auf!“)

Ich weiß, nein, nein, nicht fachlich, was kannst denn sonst?

Aber ich möchte darauf zurückkommen, was in der Budgetrede die Klubobfrau – (Landesrat Pörtl: „So billig geht das nicht, daß du mich da niedermachst. Du bist ja sehr erfolgreich gewesen. Die Bauern schreien alle Hurra, wenn du antrittst!“)

Erich, du kennst das aus gemeinsamen Podiumsdiskussionen, wo stehst du, und wo stehen wir mit unserer Ansicht? Mehr sage ich nicht dazu. Laß es die Bauern selber beurteilen. (Landesrat Pörtl: „Ich habe das relativiert, was du vorher angekündigt hast, in Sankt Ruprecht an der Raab!“) Lieber Freund Erich, es ist mir die Zeit zu kostbar, mich genau auf diese Diskussion herunterzulassen, die ich eingangs meiner Rede befürchtet und in diesem Haus angekündigt habe. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber bleiben wir bei den Fakten. 168.000 Schilling Pro-Kopf-Einkommen.

Dann stellt der Kollege Riebenbauer fest, daß die Berechnungen von EUROSTAT ja nicht stimmen, mit der 62.000 Schilling Hektarverschuldung, wo du gestern oder vorgestern noch goutierst hast, ja, freilich, die Zahlen stimmen. Aber heute gibt es Errechnungen von der Kammer, wo man ja hergegangen ist, der (Landesrat Pörtl: „Du willst mich pflanzen!“) steirische, der österreichische Betrieb ist mit 411.000 Schilling verschuldet, gerechnet die geförderten Darlehen. (Abg. Riebenbauer: „Grüner Bericht!“)

Der Landesrat Erich Pörtl weiß selbst besser als ich, daß Regierungssitzung für Regierungssitzung Stücke oben sind, wo es um Notstandshilfen geht – Ursache: Verschuldung des Betriebes. Und ich möchte gar nicht über die Höhe mit dir diskutieren, lieber Freund Riebenbauer.

Es geht alleine um den Tatbestand, daß es eine enorme Verschuldung gibt, die mit dem landwirtschaftlichen Einkommen, das ja zu 78 Prozent aus öffentlicher Hand kommt, nicht mehr gedeckt werden kann.

Jetzt werde ich dir aber noch etwas viel Drastischeres dazusagen: Vor der EU hat man gesagt, na ja, das wird kein Problem werden, es wird keinen Ausverkauf von Grund und Boden geben.

62.000 Schilling Hektarverschuldung sind eine Verschuldung pro Quadratmeter von 6 Schilling und 20 Groschen. Damals – im Jahr 1994 – hat ein Quadratmeter Ackerboden guter bis bester Bonität 100 bis 120 Schilling gekostet. Das heißt, der Verschuldungsgrad der Landwirtschaft am Quadratmeter war 6,25 Prozent.

Jetzt ist aber der gleiche Boden in der Zwischenzeit nur mehr 18 Schilling wert, nicht mehr 100 Schilling, und jetzt sind es auf einmal 30 Prozent Anteil der Verschuldung pro Hektar. (Abg. Majcen: „Deine Erfindung!“)

Ich kann dir die ganzen Unterlagen geben, schau sie dir bitte an. Vor allem aus dem Gebiet, aus dem der Erich herkommt. Ich hoffe, daß wir es jetzt wirklich nicht auseinanderdriften lassen, sondern uns der Ernsthaftigkeit des Themas einmal bewußt werden und versuchen, gemeinsam Lösungsansätze zu schaffen. Jetzt gehen natürlich die Banken her, vollkommen legitim, und sagen Druck. Ich kenne Banken, die schon errechnet haben, wieviel Tausende Hektar in nächster Zeit auf den Markt kommen werden, weil eben die Bauern nicht mehr in der Lage sind, über ihre Arbeit, über das Produkt die Schulden zu tilgen. Jetzt wird es einen weiteren Verfall geben bei diesen Grundstückspreisen, und da muß man feststellen, wenn wir ehrlich sind, daß der Bauer – und das steht

auch im „Grünen Bericht“, lieber Freund Riebenbauer – von der Substanz lebt. Du brauchst nur hergehen und die Zahlen anschauen, daß der Anteil der Förderung pro Hektar 2,3 Prozent beträgt und der produktive Sachaufwand, ohne Berücksichtigung der AFA und der Mehrwertsteuer, mehr als 35 Prozent beträgt. (Abg. Riebenbauer: „Sei einmal bitte fair!“) Ich gebe dir gerne einmal Nachhilfe in diesen Bereichen. Du, ich habe nur mehr fünf Minuten, und ich hätte euch noch so viel zu erklären.

Wenn gerade du, lieber Kollege Riebenbauer, hergehst und die große Forderung stellst, die bösen Freiheitlichen haben einen Antrag eingebracht, daß man ermitteln möge, wieviel Kapital gebraucht wird, um die von euch beschlossene Nutztierhaltung umzusetzen und zu finanzieren. (Abg. Riebenbauer: „So geht das nicht!“)

Versuche bitte geistig zu folgen, dann kommst eher auf die Idee, keinen Zwischenruf zu machen. Wenn nämlich das so ist, waren wir immer der Meinung, die Nutztierhalterverordnung kann nicht am Rücken des Bauern umgesetzt werden, sondern wenn wir sie umsetzen, müssen wir dem Bauern für seinen investiven Bereich dementsprechend ein Geld geben. Jetzt schaut es aber so aus mittlerweile, daß jede Investition, wo der Bauer ja nur zum Teil selbst mitfinanzieren muß, ja schon ein weiterer Beitrag ist, daß er weiter in die Verschuldung kommt. Ich sage euch ganz ehrlich, bevor diese Verschuldung nicht beseitigt ist, nützt es nichts, wenn du für die Milch einen Schilling mehr bekommst, wenn du für das Stierl 500 Schilling mehr kriegst oder für das Körndl um ein paar Groschen mehr kriegst. Man muß das Übel bei der Wurzel angehen.

Es ist auch eine Zahl gefallen, die der Herr Riebenbauer sehr in Abrede stellt, daß die Bauern selbst nicht kalkulieren können, daß sie keine Ahnung von einer Kreditnahme haben. Meine lieben Freunde, nicht nur förderungsabhängig, sondern kapitalabhängig, und geht einmal hinaus an die Basis. Die Bauern sind so von ihrer Bank abhängig, daß sie froh sind, noch ein paar 1000 Schilling zu kriegen, damit sie die Futtermittel für die Schweine einkaufen können. Da spielt die Bank natürlich schon mit. Ich kann euch eine ganze Liste zeigen, die ich überblättern kann, wo die 11 Prozent plus 0,9 Prozent Bearbeitungsgebühren verrechnet werden. Ihr habt es in der Schweinekrise auch gemacht, ja selbst mit Antrag habt ihr es gemacht. (Abg. Riebenbauer: „Wie kommt man zu solchen Daten? Wir kommen nicht zu solchen Daten. Gibt es keinen Datenschutz?“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Weil ihr die Augen verschließt!“)

Lieber Freund, wenn ihr doch selber in dieser Bauernbank drinensitzt (Abg. Riebenbauer: „Ich bin nicht drinnen!“), wenn ihr doch selbst nach der Devise arbeitet, hier in unserem Ledersessel ist uns das Hemd näher, als der Rock draußen. (Abg. Tasch: „Eines sage ich dir, Herbert, ich habe mehr damit zu tun als du, aber einen Bauern, der 11 Prozent Zinsen bezahlt, den habe ich noch nie gesehen!“) Also dann siehst du sehr wenig Bauern. (Abg. Schinnerl: „12 Prozent!“ – Abg. Tasch: „Aber du verstehst ja überhaupt nichts!“)

Laßt mich doch ein bißchen weiterreden. Es ist auch darum gegangen, daß der Kollege Riebenbauer für seine Fraktion festgestellt hat, der Bauernbund hat

Verantwortung für die Bauern übernommen. Die Verantwortung, die jetzt geschieht, die könnt ihr gerne übernehmen, aber das, was weiter geschehen soll, das sollen andere übernehmen. Und eines sage ich euch auch, Verantwortung über die Bauernschaft hat unsere ganze Gesellschaft. Hat unsere ganze Gesellschaft, weil ein Bekenntnis zur Bauernschaft erfolgen muß. (Abg. Dr. Karisch: „Sie nimmt sie auch wahr! Sie nimmt sie wirklich wahr! Tuts euch vertragen und miteinander für die Bauern arbeiten!“) Sie nimmt sie auch wahr, ja, und es liegt an uns, die bestmögliche Kooperation damit einzugehen. Nur, wenn man dann sagt, der Bauernbund vertritt die Bauern bestmöglich, dann darf ich dich erinnern, weil der Erich gesagt hat, meine Aussagen von Sankt Ruprecht hat er relativieren müssen.

Was hat er denn gemacht, wie es darum gegangen ist, daß man hergegangen ist und den Agrardiesel senken wollte auf den Preis des Heizöls, gleich wie man es zum Beispiel in Deutschland hat – ihr wißt vielleicht, daß wir mittlerweile den höchsten Dieseltreibstoffpreis in Europa haben. 74 Prozent über dem Durchschnitt. 340 Prozent liegen wir über dem Preis in Belgien, 340 Prozent! Ihr habt das im Nationalrat am 24. März abgelehnt. Jetzt in der Kammer geht ihr her und beschließt A-Stempel. Aha, sage ich, ihr habt das im April 1999 abgelehnt mit Mehrheit von ÖVP und SPÖ. (Abg. Riebenbauer: „Soll ich dir vorlesen, was ihr alles abgelehnt habt?“) Wie lange haben wir gekämpft um die Erhöhung des Vorsteuerpauschales. Ihr habt es im Zuge jetzt schön schnell nachbeschlossen, weil 13 Prozent, was eigentlich erforderlich wäre, ist nicht mehr durchgegangen, aber ihr habt, und das nehmt bitte auf euch, im Zuge dieser fünf Jahre 8 Milliarden Bauerngelder nicht weitergegeben, 8 Milliarden Bauerngelder nicht weitergegeben! All das sind Sachen, meine Damen und Herren, wo man sich bewußt sein muß, wer die Bauern nun wirklich vertritt. Wo man sich wirklich bewußt werden muß, wer die Bauern vertritt! Und ich sage euch eines, es hat Parteipolitik, und jeder zieht an seinem Strang, in dieser Hinsicht überhaupt keinen Wert. Du hast zu dem Spieglein gesprochen – Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist die Schönste oder der Schönste im ganzen Land (Abg. Dr. Reinprecht: „Der gibt es nicht!“) – das wird es halt nicht mehr spielen.

Denn wenn es darum geht, Interessen wahrzunehmen, und der Kollege Riebenbauer wie die gesamte ÖVP weiß es gleich gut wie ich, so sind 70 Prozent der bäuerlichen Probleme hausgemachte Probleme. Hausgemachte Probleme, die von einer ÖVP- und SPÖ-Koalition im Bund getragen sind und von einer ÖVP-Alleinherrschaft hier in diesem Land in der Landeskammer bestimmt sind, und jetzt herzugehen und zu sagen, wir haben Verantwortung über die Bauernschaft und nehmen diese Verantwortung nicht wahr, das möchte ich jedem Bauern ins Stammbuch schreiben. Ihr würdet gut beraten sein, diese Alternativen im ersten Ansatz einmal zu begutachten und dann zu versuchen, gemeinsam mit uns zu einer Lösung zu kommen, zum Wohl der steirischen Bauernschaft, und die brauchen wir. (Beifall bei der FPÖ. – 11.19 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Kaufmann (11.19 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ein paar Worte muß ich schon zum Herrn Riebenbauer sagen, der sich darüber aufgeregt hat, daß unser Generalredner nichts zur Landwirtschaft gesagt hat. (Abg. Riebenbauer: „Ich habe mich nicht beschwert, bitte!“) Lieber Herr Kollege Riebenbauer, weißt du, bei uns im Klub ist es so, er sagt, er kann sich auf mich verlassen, daß ich die Landwirtschaft vertrete, bei uns ist es nicht so, daß der Klubobmann ausrücken muß, damit die Landwirtschaft anständig vertreten wird, sondern das macht bei uns der Bauernvertreter. Nur, ich werde da schon ein bißchen nachdenklich, wenn der ÖAAB die Bauern lobt. Also da werde ich nachdenklich, weil das ist für mich gleich, wie wenn die Katze die Maus streichelt, bevor sie sie frißt. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der wichtigste Partner für die Landwirtschaft ist der Konsument, und nicht der Bauernbund. Wie die Medienberichte in den letzten Wochen gezeigt haben, alle haben es verfolgt, und wir alle waren geschockt über den Dioxinskandal in Belgien. Und wieder ist der Konsument verunsichert. Ich denke nur daran, BSE im Rindfleisch, Dioxin im Schwein, und der Wurm im Fisch, und dann noch die Meldung von ÖVP-Minister Farnleitner, wir können ruhig das Hormonfleisch hereinholen, das macht gar nichts. Also, da verstehe ich schon, wenn manche Konsumenten Vegetarier werden. Es ist aber eines zu bedenken, und das möchte ich da auch sagen, es sind immer Produkte, die nicht aus Österreich stammen, die von woanders herkommen. Daher vertrauen viele Konsumenten auf österreichische Qualität, und sie sind damit auch der Meinung, sie unterstützen österreichische Bauern. Unser Bestreben als Bauern ist es, das Vertrauen nicht zu enttäuschen.

Nur, wir sind komplett wehrlos, wenn unsere Bemühungen untergraben werden, wenn zum Beispiel durch Regelungen – und da kann man ruhig sagen, des Minister Farnleitner – für uns Bauern wettbewerbsverzerrende Regelungen eben eintreten, und die sind für den Konsumenten irreführend. Und ich habe da noch nie einen Aufschrei vom Herrn Landesrat Pörtl gehört. Ich habe auch noch nie einen Aufschrei von der Interessenvertretung gehört – wohl, jetzt zum Schluß irgendwann einmal.

Es ist ja nicht das erste Mal, daß ich von der Stelle aus anprangere, daß das „A“ als Gütezeichen keinesfalls bedeutet, daß Österreich drin ist, nur weil Österreich draufsteht. Es gibt sogar Entschließungsanträge von uns und von den Freiheitlichen, daß dieses abgeschafft wird, nur war da leider die ÖVP dagegen. Es gibt die Regelung, daß, wenn 50 Prozent der Wertschöpfung in Österreich erbracht wurden, ein Produkt, egal von wo es herkommt, das österreichische Gütesiegel bekommt.

So ist es zum Beispiel möglich, daß Schweine von den Niederlanden lebend nach Österreich transportiert werden, und nur, weil sie in Graz geschlachtet und verarbeitet werden, zum österreichischen

Schwein mutieren. Also, abgesehen davon, daß die Lebendtiertransporte sowieso weg gehören, bitte, das ist Betrug am Konsumenten und am österreichischen Bauern.

Ich habe da ein Sackerl, da sind Karotten drinnen gewesen, groß ist das österreichische „A“ oben, und irgendwo da steht, sie kommen aus Italien, aber das „A“ ist oben.

Man hat sie eingeführt, man hat sie da gewaschen, pakettiert, und schon ist es eine österreichische Karotte. Das ist Betrug am österreichischen Konsumenten und am Bauern. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist auch möglich, daß Rindfleisch aus dem EU-Raum nach Graz kommt, nach Österreich kommt und da zum Styriabeef wird. Auch das ist möglich! Und wir haben sehr strenge Auflagen. Gerade die, die Styriabeef produzieren, haben sehr strenge Auflagen. Ich darf da vielleicht nur vorlesen: Wenn ein Tier die Ohrmarke verliert und es ist nicht mehr so erfassbar, weil unsere Viecher mittlerweile zwei Ohrmarken haben, dann geht das bis zur Kälung des Tieres, das heißt Tötung des Tieres, wenn es nicht identifizierbar ist. Es gibt Anzeigen bei der BH, und es gibt Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft. Da denke ich mir schon, das sind Sanktionen, die sehr streng sind. Von uns verlangt man praktisch die Geburtsurkunde vom Rindschnitzl, und da sind Sachen möglich, wo ich sage, das darf einfach nicht sein.

Ich bin erfreut, daß die Landwirtschaftskammer einen Tag später reagiert hat, nachdem ich diesmal über die Medien mit der Forderung hinausgegangen bin, daß nur die Lebensmittel das Gütesiegel „A“ bekommen sollen, die zu 100 Prozent aus einheimischer Produktion bestehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist natürlich kläß, daß die Kammer dann einen Tag später reagiert hat. Nur, ich frage mich, warum kommt die Unterstützung erst jetzt? Bereits im März – bei der Vollversammlung – habe ich das in der Landwirtschaftskammer verlangt. Nur, damals – es ist klar, es ist eine Forderung von mir, von der SPÖ – hat es keine Reaktion gegeben. Es hat auch keine Reaktion vom Landesrat Pörtl gegeben, der auch immer bei den Kammervollversammlungen ist.

Herr Landesrat, ich werfe dir und der Interessenvertretung da Säumigkeit vor. Da muß wirklich Einsatz her, und da gehören wirklich die Bauern geschützt, die Bauern, die in Konkurrenz treten müssen mit jenen, die ohne Rücksicht auf Tierschutz, Natur- und Umweltschutz und auch Konsumentenschutz produzieren, ohne ein Stück Grund. Denken wir nur an die Schweine aus den Niederlanden, die als Ferkel auf ein Schiff hinaufkommen, dort oben gemästet werden, oben geschlachtet werden, Gülle, alles geht ins Meer hinein, komplett egal. Die treten mit unseren Bauern in Konkurrenz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dort werden Nahrungsmittel produziert. Wir Bauern, wir österreichischen Bauern und gerade wir steirischen Bauern produzieren Lebensmittel! Den Unterschied gilt es herauszustreichen. Wir wollen den offenen Markt nicht schließen, aber wir wollen eine klare und einfache Produktdeklaration.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist jetzt mein neunter Budgetlandtag, und zum neunten Mal stehe ich da und prangere den Bürokratismus an. Es kann einfach nicht sein, daß immer mehr Kosten in die Verwaltung und in die Kontrolle von Bauern gehen und in unsere angebliche Berufsvertretung: Ich sage deshalb angeblich, weil ich langsam das Gefühl habe, sie dient nur mehr dem Selbstzweck, nämlich sich selbst zu erhalten. Ich sage das nicht einfach so daher. Kollege Riebenbauer hat ja ein Loblied drauf gesungen, was da alles gemacht wird. Bitte schön, wenn eine Interessenvertretung in einem Zukunftsprogramm drinnen hat: „Einstellen auf verstärkten Strukturwandel“, heißt das, man hat bereits aufgehört zu kämpfen, man kämpft gar nicht mehr um die Bauern, sondern man stellt sich einfach darauf ein, dann werde ich nachdenklich.

Wo ist da eine Zukunft, wenn ich sage, ich stelle mich auf einen Strukturwandel ein? (Abg. Dr. Karisch: „Das heißt in die Zukunft blicken und neue Methoden finden!“)

Ich kann nur sagen als Bauernvertreter, ich werde um jeden Arbeitsplatz kämpfen, und ich werde um jeden Bauernhof kämpfen. Und das wäre die Aufgabe der Interessenvertretung, und nicht, sich auf irgend etwas einzustellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Das ist für mich keine Interessenvertretung. Nur für das, daß sie für nichts ist, kostet sie viel Geld. Da sind zum Beispiel die Kosten der Kammer, die Personalkosten, die von Mitgliedsbeiträgen, vom Bund und vom Land gefördert werden. 189 Millionen für das Jahr 2000 kostet es, die Bauern zu verwalten. Die sind budgetiert.

Bitte schön, in den letzten zehn Jahren ist das um 60 Millionen gestiegen. 60 Millionen mehr kostet es, immer weniger Bauern zu verwalten. Mir wird jetzt natürlich der Herr Landesrat wieder erklären, es ist alles für die Bauern. Nur, Herr Landesrat, wenn alles für die Bauern ist, warum werden dann immer weniger? Warum, wenn immer mehr Geld hineingeht, warum werden dann immer weniger Bauern? (Abg. Dr. Karisch: „Das ist ein Prozeß!“)

Es sind in den letzten zwei Jahren – und da habe ich jetzt nur 1995 bis 1997 genommen – 1653 Betriebe in der Steiermark weniger geworden. Das sind, jetzt einmal so rund gerechnet, 3000 Arbeitsplätze, wenn ich hernehme, daß zirka zwei Arbeitsplätze auf jedem Betrieb sind.

Ich habe vom Bauernbund und von der Kammer noch nie einen Vorschlag gehört, was passiert mit denen, die aus der Landwirtschaft raus müssen, die auf den Arbeitsmarkt hinauskommen? Sobald sie als Bauer aufhören, gehen sie euch praktisch nichts mehr an.

Nicht einmal der Landesrat Paierl hat noch jemals irgendwas darüber gesagt.

Wir Sozialdemokraten setzen Initiativen, um den Menschen, die aus der Landwirtschaft kommen, eine Umschulung und einen Wiedereinstieg und damit ein Einkommen auch hinterher zu ermöglichen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wir sind es, die sich dafür einsetzen, daß das Siedeln und das Wirtschaften nicht nur auf bestimmte Regionen reduziert wird und daß der Rest draußen

entvölkert und entleert wird, und im Grunde genommen, daß dort ganze Täler zerstört sind. Wir sind es, die immer wieder darauf drängen, daß die Gewerbeordnung, die eigentlich zur Verhinderungsordnung für die Bauern wird, zu ändern ist. Der Bauernbund hat sich noch niemals gegen den Wirtschaftsbund durchgesetzt, noch nie, da sind immer die Bauern die letzten gewesen.

Letzten Endes sind wir es, die sich dafür einsetzen, daß es im Förderungssystem zu einer Änderung kommt. Ich gebe dem Herrn Kollegen Riebenbauer gerne einmal einen Nachhilfeunterricht, wenn er sagt, wir sollen das erklären, wie wir uns das vorstellen, daß der Arbeitsplatz gefördert wird. Ganz einfach, wir wollen, daß der Arbeitseinsatz am Bauernhof gefördert wird, wieviel notwendig ist für einen Betrieb, wieviel Arbeit notwendig ist. Darüber gibt es Studien. Sogar ein ÖVP-Landesrat aus Vorarlberg – wird natürlich verschwiegen, weil das ist ein Abtrünniger – hat da schon Studien drüber und weiß, wie man das am besten macht. Nicht nach Stück und Hektar fördern, sondern den Arbeitseinsatz am Hof, egal, ob es ein Nebenerwerbsbauer oder Vollerwerbsbauer ist. Am Nebenerwerbsbetrieb ist es halt die Frau, die dort einen Arbeitsplatz hat. Am Vollerwerbsbetrieb sind es zwei Personen. Auseinanderdividieren – Vollerwerb, Nebenerwerb – können wir uns gar nicht mehr leisten. Wir können nur mehr froh sein über jeden Betrieb, der eben noch wirtschaftet.

Ich bin stolz auf unsere Jugend, auf unsere sozialdemokratische Jugend, die sagt, nicht die Kühe, sondern die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sollen gefördert werden. Das hat ja ein bißchen für Aufregung beim Bauernbund gesorgt.

Ist ja eh klar, denn ich habe noch nie von der Landjugend einen kritischen Gedanken gehört, noch nie. Die sind beschäftigt mit Wettpflügen, Wettmähen, Wettjodeln, ich weiß nicht, was da alles läuft.

Aber unsere Leute machen sich Gedanken, unsere Jugend macht sich Gedanken. Und während wir uns um die Landwirtschaft Gedanken machen, wird beim Bauernbund gefeiert. 100 Jahre Bauernbund, eine Organisation, die für sich reklamiert, allein für die Bauern zuständig zu sein. Es stimmt schon. Vom Ortsbauernobmann bis zum Kommissar Fischler ist alles in Bauernbundhand. Nur, wenn ich mir anschau, daß in den letzten 30 Jahren, und jetzt sage ich nicht durch die ÖVP-Agrarpolitik, sondern mit der ÖVP-Agrarpolitik 20.000 Betriebe in der Steiermark weniger sind, dann denke ich mir, der Bauernbund wird noch feiern, wenn es gar keine Bauern mehr gibt. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wie wenig koordiniert die ÖVP-Bünde untereinander sind und welche Kämpfe sich dort abspielen, das wissen wir. (Abg. Dr. Flecker: „Sie nehmen eh nicht mehr an der Agrardebatte teil, wie du an der ÖVP siehst, sechs Leute sind da!“)

Wir wissen auch, daß sich die Landesräte der ÖVP untereinander nicht absprechen, das wissen wir! Aber daß ein Landesrat Hirschmann, er ist leider nicht da, weil Landwirtschaft interessiert ihn ja nicht, sich nicht einmal um einen Antrag kümmert, der aus der Landwirtschaft kommt und der berechtigter Sorgen und Wünsche einer Berufsgruppe mit den Worten – und ihr wißt ja, er hat immer so tolle Worte oder Wort-

kreationen – „Kasperliade“ – abtut, und das ist das letzte Mal im Finanz-Ausschuß passiert, wo er sagt, einen Antrag, den wir vor drei Jahren eingebracht haben, den hat er noch nie gesehen und den kennt er nicht. Der Antrag stammt aus dem Jahre 1996, er ist am 15. April 1997 zum zweiten Mal eingebracht worden, und er ist von seiner Rechtsabteilung 1 beantwortet worden und ist am 12. April 1999, zwei Jahre später, in der Landesregierung gewesen, von dem sagt er, er kennt ihn nicht. Ich meine, es ist schon klar, mit Förster und mit Forstadjunkten kann man keine Mega-events starten, aber die Beantwortung und auch die Aussagen der Betroffenen zeigen mir, daß dort Hilfe notwendig ist.

Ich stelle jetzt noch einmal namens meiner Fraktion, diesmal eine Resolution, und ich werde sie diesmal vorlesen, weil vielleicht hört er sie, wenn er sie schon nicht sieht, vielleicht hört er sie, könnte ja sein.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die für Forstadjunkten vorgesehenen Ausbildungsstellen zu besetzen und nach Möglichkeit die steirischen Absolventen/innen der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft im Landesdienst zur Erreichung der zweijährigen Berufspraxis einzusetzen.

Ich verweise da noch einmal auf unsere Resolution zum Schutzwald, die ich gestern gestellt habe. Bitte, dort wäre Arbeit, dort wäre genug Arbeit für sehr viele Menschen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 11.33 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wabl. Ich erteile es ihm. In Vorbereitung der Herr Abgeordnete Kinsky.

Abg. Dr. Wabl (11.34 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kollege Riebenbauer, obwohl ich selbst kein Landwirt bin und auch nicht melken kann, da hast du recht – meine Großeltern waren zwar Landwirte –, verwahre ich mich doch dagegen, daß ich nichts davon verstehe. Es ist ja auch im Widerspruch zu dem, was du am Schluß dann gesagt hast. Du bist zwar zu Recht der Meinung, daß die Probleme der Landwirtschaft in den Herzen und Hirnen der Menschen Platz haben, bitte? (Abg. Riebenbauer: „Zitat von Hannes Kübeck!“) Von Johannes Kübeck, und du hast es übernommen, dem ist ja nichts hinzuzufügen.

Wir alle wissen, daß die Landwirtschaft einen Stellenwert hat in unserer Gesellschaft, der unersetzbar ist. Es gibt ja auch dieses böse Wort, das dann sagt – ein paarmal hier auch zitiert –, wenn die Landwirtschaft stirbt, stirbt die Gesellschaft. Und im selben Atemzug stellst du dich da heraus und forderst uns mit großer Vehemenz und Wortgewalt auf, ja keine kritische Anmerkungen zu deponieren, und hältst eine Wahlrede, von der ich ausgehe, daß, wenn du sie in Sankt Ruprecht oder wo immer hältst, wo eine Bauerversammlung ist, du ausgepiffen wirst und wegen Schönfärberei verurteilt wirst. Davon bin ich überzeugt, und ich habe auch schon bei Bauerndiskussionen teilgenommen und habe auch, ohne populistisch zu sein, Applaus bekommen. Ja, aber ich glaube halt, daß es unsere Pflicht ist – und das hat auch der Kollege

Peinhaupt gesagt, und das hat auch die Kollegin Kaufmann gesagt –, daß es selbstverständlich notwendig ist angesichts der schwierigen Lage der Landwirtschaft, sich kritisch Gedanken zu machen, wie kann man das verbessern. Mit Lobliedern, die zum gegebenen Zeitpunkt am gegebenen Ort angebracht sind – (Abg. Riebenbauer: „Ich habe ja keine Loblieder gesungen!“) du hast Loblieder gesungen, du hast Aufmunterungspareolen von dir gegeben. (Abg. Riebenbauer: „Positiv denken!“)

Es ist dramatisch genug, wenn in Österreich jeden Tag soundso viele Bauern sterben und soundso viele Arbeitsplätze verlorengehen. Aber ich bin in den meisten Punkten auf der Seite der Monika Kaufmann, weil ich einfach an ihr schätze, daß sie kritisch ist, Gott sei Dank, weil es ist ja nichts gedient, wenn man da herausgeht und sagt, wir sind die mehreren, und wir haben seit 50 Jahren das beste getan und müssen dann feststellen, daß der Bauernstand Einkommenseinbußen in den letzten Jahrzehnten erlitten hat, die sich kein anderer Berufsstand in Österreich hätte gefallen lassen. Es ist auch nicht damit gedient, wenn man da herausgeht und sagt, jeder, der kein Bauer ist, soll möglichst nicht viel mitreden, weil der versteht nichts von dem. Gott sei Dank machen wir uns Gedanken, wir Nichtbauern. Wir sind ja Konsumenten, und wir fragen uns ja auch, wie geht es weiter, wenn ein Bauernhof auch deshalb zusperrt, weil die Jungen nicht mehr wollen. Und deswegen muß ich an die SPÖ die Frage stellen, ohne daß ich jetzt provozieren will, Herr Kollege Vollmann als Fraktionsobmannstellvertreter, es wäre nur folgerichtig, wenn die SPÖ bei dem Budgetposten sagt, die Monika Kaufmann hat das zu Recht gesagt, es fließen soundso viele Millionen in die Bürokratie, und es wird jedes Jahr mehr, dann müßte man eigentlich sagen, Kollege Huber, da können wir nicht zustimmen, da ist irgendetwas schiefgelaufen. Ich weiß, das seht ihr als ganzes Gebilde, wo ein Stein auf den anderen paßt. Aber trotzdem, es wäre glaubwürdig, und ich würde die Rede und die Wortmeldung der Monika Kaufmann noch um einiges höher bewerten, wenn man hier auch konsequent vorginge.

Aber jetzt etwas Grundsätzliches noch. Kollege Riebenbauer, du hast die Leistungen des Bauernbundes und so weiter erwähnt. Wir müssen doch alle zugeben, daß in der Vergangenheit Fehler passiert sind, daß man geglaubt hat, das Einkommen der Bauern oder das Weiterbestehen des Bauernstandes über die Menge und über die Förderung zu finanzieren. Und letzten Endes – und das wirst du mir doch zugeben – hat der intensive Anbau und auch Raubbau an der Umwelt, ohne daß ich jetzt die Bauern da hier verteuflern will, aber ihr habt ja ein paar Jahre das angesät, dazu geführt, erstens zu einer gewissen Verschuldung, das ist ja auch von der FPÖ gekommen, und zweitens zu einer Ausbeutung des Bodens, an der wir heute noch leiden. Auf der anderen Seite die Überproduktion, auch ein ständiger Wechsel, eine Verschuldung, auf der anderen Seite ein ganz schwer durchschaubarer geschützter Bereich, wo die Bauernvertreter erstens die Bauernvertreter waren, zweitens in den Genossenschaften tätig waren – ich denke nur an die Molkereigenossenschaft und so weiter –, drittens in den Banken tätig waren, wie es auch der Kollege Peinhaupt gesagt hat, und letzten Endes in

dieser Interessenkollision nicht mehr gewußt haben, wo die Interessen der Bauern liegen, weil sie natürlich für die Genossenschaften tätig sein mußten, als Vertreter der Raiffeisenkasse tätig sein mußten und so weiter. Ich kenne manche Bauernvertreter, die auch aus eigenem Interesse darauf gewartet haben, daß der Betrieb demnächst schon zur Versteigerung kommt. Diese Interessenkollision und diese Bauernbundpolitik der letzten Jahrzehnte hat dazu geführt, daß der Bauernstand nicht entsprechend auf diesen Strukturwandel vorbereitet worden ist.

Da bin ich ganz auf der Seite der Monika Kaufmann. Ich wehre mich entschieden dagegen, daß man den Strukturwandel im Bauernstand oder in der Landwirtschaft, der natürlich durch den EU-Beitritt verschärft worden ist, daß man den als gottgegeben hinnimmt und daß man sagt, da kann man nichts machen, wir sind im Strukturwandel, passen wir uns dem an, weil letzten Endes bedeutet der Strukturwandel, daß am Schluß nur mehr ein paar wenige überbleiben, die es sich leisten können und wir letzten Endes jene Landwirtschaft, die den ursprünglichen Sinn ja darin hat, daß wir erstens die Bevölkerung mit echten Lebensmitteln versorgen, mit bioproduzierten Lebensmitteln versorgen, daß man nicht schauen muß, daß alles über die Menge transportiert werden muß, das sollte unsere Aufgabe sein, diesen Strukturwandel eben aufzuhalten. Weil Strukturwandel bedeutet Bauernsterben. Ich bin gegen das Bauernsterben, und ich bin dagegen, daß wir das erleben, daß die Molkereien zugesperrt werden, daß die Bauernhöfe geschlossen werden. Ich glaube nämlich eines – und der Zug ist ja leider Gottes gefahren –, daß die Landwirtschaft nicht mit der Wirtschaft gleichzusetzen ist, weil die Landwirtschaft noch zusätzlich eine ganz andere Aufgabe hat und der Wettbewerb an sich natürlich vernichtend ist. Das sind ja falsche Voraussetzungen. Der Wettbewerb kann ja nicht stattfinden zwischen einer Bergbäuerin, die dort oben produziert, und zwischen einem Großbauern in Niederösterreich oder einem Großbauern in Belgien. Und was ich auch für falsch halte, daß man den Wettbewerb nicht insoweit ehrlich abhandelt, daß man endlich für die Transporte auch der Nahrungsmittel, weil wenn man die belgischen Produkte anschaut, das sind ja keine Lebensmittel, das sind ja vergiftete Nahrungsmittel. Und ich warne davor beziehungsweise habe Angst davor, daß es uns eines Tages in Österreich auch so passiert, daß die Supermärkte, daß die Läden alle leergeräumt sind. Gott sei Dank produzieren unsere Bauern noch echte und gesunde Lebensmittel. Aber dieses Schreckensszenario ist wirklich zu befürchten.

Was du gesagt hast, Monika, ist auch völlig richtig, was die Gewerbeordnung anlangt. Bei der Gewerbeordnung, die immer massiv – und ich verstehe das manchmal auch – von den Gewerbetreibenden gepusht wird, die bewirkt, daß eine Bäuerin nach der anderen aufhört. Es sind ja meistens die Bäuerinnen, die die Arbeit haben. Wer das verfolgt, welche Vorschriften bei der Milchproduktion sind, welche Vorschriften bei der Joghurtproduktion sind, bei der Fleischproduktion und was es da alles gibt, da muß jeder Bauer, jede Bäuerin sich schon eine Molkerei einrichten, mit all den Vorschriften, sie muß eine

Fleischerei einrichten. Und wer weiß, wie klein dann die Spannen sind, der kann sich ausmalen, was das bedeutet.

Mir tut das Herz weh, wenn ich mir dann diese Vielfalt von Joghurt aus ganz Europa anschau. Mir kann niemand erzählen, daß wir nicht den Weg gehen sollten, daß wir Milch und Milchprodukte aus unserer näheren Umgebung beziehen. Aber natürlich, wenn Müller-Milch und Großkonzerne auf Grund der geringen Transportkosten von Deutschland und wo immer her das billig hertransportieren können, weil wir auf der Straße kaum etwas verlangen, und das dann trotzdem noch billiger ist, was in Massen relativ ungesund produziert wird, als das, was die Bäuerin als echtes reines Fruchtjoghurt uns bietet, kann sich das ja jeder ausmalen.

Zwei Gedanken noch zum Schluß, die bei den Wortmeldungen vorher nicht ganz so herausgekommen sind.

Unsere Gesellschaft – ich habe das da hier schon ein paarmal gesagt – richtet sich zum Großteil danach, daß die Arbeit der Menschen nach dem Geld bewertet wird. Das ist halt einmal leider Gottes so. Und leider Gottes gibt es viele idealistische, unbezahlte Arbeit, die daher nichts gilt. Zum Beispiel die Tätigkeit der Hausfrau, die Erziehung der Kinder, die Tätigkeit der Pflegeeltern, Adoptiveltern oder im sonstigen Pflegebereich oder im medizinischen Bereich. Das wird relativ schlecht bezahlt, obwohl es für die Gesellschaft unersetzbar ist.

Aber die Landwirte, vor allem die Frauen, haben immer mehr das Gefühl, daß ihre Arbeit immer weniger wert wird. Und wie man mit dieser Belastung fertig werden kann, das soll mir erst jemand erzählen. Wenn man das Gefühl hat, alle Jahre gehen die Einkünfte zurück.

Letzten Endes ist es ja nicht lustig – das hat ja die Monika Kaufmann schon gesagt –, das ganze Formularausfüllen. Manchmal, wenn ich bei der Kammer vorbeifahre, stehen schon Schlangen an. Die müssen ja die halbe Zeit schon dafür verwenden, daß sie Formulare richtig ausfüllen.

Ich habe auch ein Formular ausfüllen müssen. Ich habe dann gefragt, wie das geht. Ich muß sagen, ich bin selber Jurist und kenne mich da ein bißchen aus, aber ich bin fast gescheitert, das war derartig kompliziert.

Natürlich gehen die Kammerangestellten zur Hand, aber letzten Endes ist es doch unwürdig, daß man für seiner Hände Arbeit – das ist ja eine wichtige Landschaftspflege – immer weniger bezahlt kriegt und mehr Formulare ausfüllen muß, daß man überhaupt überleben kann.

Und ein Letztes: Wir haben gestern von der sozialen Gerechtigkeit gesprochen und auch von dem neuen Liberalismus und was es da immer gibt. Leider Gottes verschließt sich dem auch nicht die Europäische Sozialdemokratie, was ich für falsch halte. Ich glaube, Gennaro Kurtl, du wirst mir recht geben, daß das, was Blair und Schröder da zur sozialen Sicherheit von sich geben, mehr als gefährlich ist für die Entwicklung des sozialen Friedens in unserem Land. Ich hoffe nur, daß die österreichische Sozialdemokratie dem nicht in der krassen Form folgt, weil ich das für fatal halte.

Wenn wir ein Pensionssystem haben – und da bin ich ganz auf eurer Seite, vor allem, wenn auch die Kollegin Pußwald das meint –, ihr müßt da mehr auf die Barrikaden steigen. Das kann doch nicht sein, daß die Tätigkeit in der Landwirtschaft, die Arbeit in der Landwirtschaft dann, wenn die Landwirte oder vor allem auch die Landwirtin in Pension gehen, mit mickrigen Pensionen abgespeist werden – das habe ich da schon mehrmals erwähnt –, die im untersten Bereich, weit unter 10.000 Schilling, liegen. Also ein Einkommen, eine Pension, mit dem man nicht leben kann. (Abg. Pußwald: „Es gibt ein Splitting!“)

Abgesehen davon, es hat ja lange gedauert, bis die Frau überhaupt eine eigene Pension gehabt hat.

Aber ich meine, wir als Gesellschaft müßten bereit sein, den Landwirten und den Landwirtinnen, die wichtige Arbeit für die Gesellschaft leisten, eine menschenwürdige Pension zuzuerkennen. Wir sollen uns nicht immer auf das fadenscheinige Argument konzentrieren, die haben zu wenig einbezahlt. Machen wir uns doch nichts vor, die können das in der Form eh nicht mehr einzahlen. Und weil sie so wenig einbezahlt haben, kriegen sie auch so wenig Pension. Denken wir doch daran, wieviel Steuergelder wir für die Pensionen im Bereich von 40.000, 50.000 und 60.000 Schilling verwenden.

Was ist die Folge von diesen geringen Pensionen? Daß immer mehr junge Leute oder die Söhne und Töchter von Landwirten sagen, na, bin ich deppert – auf gut steirisch –, ich werde doch nicht 40, 50 Jahre dort arbeiten, und dann kriegen sie eine Pension von 5000, 6000 Schilling, wo ich froh sein muß, wenn ich dann irgendwo noch daneben arbeiten kann.

Eines ist dann auch noch – das wißt ihr –, dieser Begriff des fiktiven Ausgedinges und was man als Pachtschilling einnimmt, das ist doch menschenunwürdig. Daher meine ich – der Kollege Riebenbauer hört sich wahrscheinlich meine Sachen nicht an – (Abg. Riebenbauer: „Hier!“) Du bist auf Grund deiner hervorragenden Rede schon zum Regierungsmitglied aufgerückt. Das geht ja schnell. Nicht, daß du dem Landesrat Pörtl Konkurrenz machst. (Abg. Riebenbauer: „Absolut nicht. Wir haben keinen besseren!“) Ihr könnt ja als erfolgreiches Tandem agieren, aber nehmt die Monika Kaufmann gleich dazu, weil die kann euch die sozialen und die menschlichen Aspekte der Landwirtschaft näherbringen, das wäre ganz gut.

Also ich wünsche mir, Kollege Riebenbauer, daß du uns Nichtbauern, uns Konsumenten oder landwirtschaftsbewegten Menschen, die sich Sorgen machen, daß wir alle an einem Strang ziehen und du uns auch zugestehst, daß wir da mitdenken und mit Ideen einbringen, und nicht mit der Überheblichkeit der Mächtigen sagst, wir waren immer die Stärkeren. Weil eines sage ich euch – das habe ich mir gemerkt –, die Landwirte haben diese Probleme und diese Fehlentwicklungen schon mehr erkannt oder besser erkannt, als ihr es glauben wollt und als ihr es wahrhaben wollt. Und ich bitte und ersuche euch, daß wir diese Strukturprobleme der Landwirtschaft nicht als gottgegeben hinnehmen, sondern daß wir uns dagegen auflehnen und an einem Strang ziehen sollten, damit die Landwirtschaft in der positiven

Form, in der wir sie in der Steiermark Gott sei Dank haben, erhalten bleibt. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 11.48 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kinsky, in Vorbereitung Abgeordneter Gennaro als Stadtbauer.

Abg. Ing. Kinsky (11.49 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, meine geschätzten Damen und Herren!

Zu einem Zeitpunkt, wo wir alle uns, glaube ich, einig sind, daß es die schwierigste Zeit ist, die derzeit die Bauernschaft seit dem Zweiten Weltkrieg durchzumachen hat, habe ich nichts anderes erwartet, daß vor allem vom Kollegen Peinhaupt, aber auch zum Teil von der Kollegin Kaufmann die Verantwortungsträger, die heute die Verantwortung für Agrarpolitik und Agrarwirtschaft zu tragen haben, die Schuldigen am Dilemma sind.

Keiner sagt aber, daß das zentrale Problem unserer Agrarproduktion folgendes ist, daß wir in ganz Europa in fast allen Sparten mehr produzieren als der Konsument verbraucht und wir die Überschüsse nur in den Ländern loskriegen, die dafür kein Geld haben, um einen ordentlichen Preis zu bezahlen. Das ist der Grund, warum wir heute die Tiefpreissituation für die Produkte in der Landwirtschaft haben.

In diesem Zusammenhang, Herr Kollege Peinhaupt, ich gebe dir vollkommen recht, daß es eine unbefriedigende Situation ist, daß 70 Prozent der Einkommen heute Zuschuß ist. Nur, würden die nicht sein, dann wäre es aus.

Ich möchte nur eines ganz klar zurückweisen. Allen, die heute an der Spitze der Interessenvertretung, ob das jetzt der Präsident Wlodkowski ist, sein Vizepräsident und alle aus allen Fraktionen, die heute in der Landeskammer tätig sind, konzidiere ich, daß sie nichts anderes im Sinn haben, als in dieser schwierigen Situation den Bauern zu helfen. Und ich danke diesen Leuten, daß sie sich zur Verfügung stellen und Tag und Nacht unterwegs sind, um die Probleme unserer Bauernschaft zu lösen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine geschätzten Damen und Herren, und man kann alle Negativismen hier aufzählen und die positiven Dinge, die sich abgewickelt haben, beiseite lassen, damit es ja nicht so aussieht, daß es auch positive Entwicklungen gibt.

Ich spreche hier den Weinbau in der Süd-, Ost-, Weststeiermark an. Es ist unseren Weinbauern hervorragend gelungen, auf Grund der exzellenten Qualität, die sie auf den Markt bringen, auch ihre Ware zu einem vernünftigen und guten Preis vermarkten zu können.

Und ich spreche auch über die Holzwirtschaft, im Bewußtsein, daß im letzten „Grünen Bericht“ drinnen steht, 25,4 Prozent des Roheinkommens aus der Land- und Forstwirtschaft kommen aus dem Wald.

Wir haben in der Organisation „Pro Holz“ versucht, exzellentes PR für den Rohstoff Holz zu machen, mit dem Erfolg, daß in den letzten fünf Jahren der Pro-Kopf-Verbrauch des Holzes um 26 Prozent gesteigert werden konnte.

Zum Schluß sage ich Ihnen auch etwas, das mich sehr schmerzt. Aktivitäten, die wir in der Steiermark im Jahre 1998 gesetzt haben, zehn Häuserbau-seminare mit 388 Teilnehmern, drei Bauingenieurstudenten haben einen Holzbaukataster erstellt, der uns allen zur Verfügung steht, dreitägiges Holz-Symposium mit Architekten und Studenten, 150 Studenten anwesend, Architekt Dipl.-Ing. Pierer betreibt die Vorarbeiten zur digitalen Holzinformation, fertiggestellt im Sommer 1999. Wir haben in Schulen Waldspiele veranstaltet, um die Schüler und Kinder in den Volksschulen mit dem Rohstoff Holz in Verbindung zu bringen. Im Jahre 1998 4000 steirische Volksschüler, 165 Volksschulen haben sich daran beteiligt. Wir haben Exkursionen für Studenten, 50 an der Zahl, zum Holzbau in Vorarlberg, Schweiz und Deutschland durchgeführt. Wir haben im vergangenen Jahr mit 2 Millionen Schilling die Holzwirtschaft, das Stoanihaus in Gasen, unterstützt. Wir haben einen ORF-Film „Holz auf neuen Wegen“ produziert und, und, und.

Jetzt sage ich Ihnen eines, im vergangenen Jahr war ich gemeinsam mit dem Herrn Landesrat Paieryl und 24 holzverarbeitenden Firmen im Rahmen der Winterolympiade in Japan, weil die steirische Sägeindustrie dort ein Österreich-Haus gebaut hat. (Abg. Vollmann: „Dort habt ihr gut gefeiert, habe ich gesehen!“) Paß auf, wir haben dort einen steirischen Holz-Abend veranstaltet, wo uns die Betreiber dieses Holzhauses erklärt haben, nicht an einem einzigen Abend waren annähernd so viele Firmenvertreter anwesend – nämlich 44 japanische Holzimporture. Wir waren der Meinung, wir haben dort etwas Positives geleistet. Ich komme nach Hause, und diese Sache wurde ins Parteipolitikum gezogen, und es hat geheißen, das war ein ÖVP-Lustausflug. Wissen tue ich es nicht, aber ich nehme an, daß der Herr Landesrat Paieryl und meine Wenigkeit von der ÖVP waren, von allen anderen habe ich keine Ahnung, die da mit waren, war auch kein Thema. Wir haben aber den Erfolg gehabt, daß wir in der Zwischenzeit pro Monat vier Großcontainer Holzfertighäuser nach Japan exportieren, daß wir im vergangenen Herbst sechs japanische Journalisten hier hatten, die wir acht Tage in der Steiermark herumgefahren haben und denen nicht nur sämtliche holzverarbeitende Betriebe gezeigt haben, wir haben ihnen die Dachstein-Tauern-Region gezeigt, wir haben ihnen die Thermenregion gezeigt, wir haben ihnen viele touristische Einrichtungen unseres Landes gezeigt, mit dem Erfolg, daß sie in Japan, in Tokio, in der größten Wochenzeitschrift der Welt in sechs aufeinanderfolgenden Folgen die Steiermark in äußerst positiver Weise geschildert haben. Wenn man das bezahlen muß, dann kostet das Millionen. Es tut einem weh, wenn man versucht, für eine Branche Positives zu leisten, Marketing zu betreiben, und Japan ist das größte Holzimportland der Welt, und wenn man dann nach Hause kommt und es wird so hingestellt, da haben irgendwelche Hansln parteipolitische Lustreisen betrieben. Das hilft dem Bauernstand sicher nicht. Ich fordere Sie auf, gemeinsam zu überlegen, in der Zukunft solche Aktionen nicht zu diffamieren, sondern dazu positiv eingestellt zu sein, dann helfen wir auch unseren Bauern, vor allem unseren Waldbauern. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 11.56 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Darf ich die Damen und Herren Abgeordneten bitten, sich an die vereinbarten fünf Minuten für Nichthauptredner wenigstens in einem halbwegs engeren Rahmen zu halten. Danke. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gennaro, ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (11.56 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich werde mich jetzt bei den Bauern als Gewerkschafter bewerben, damit die Bauern eine Gewerkschaft gründen, damit sie auch eine gute Vertretung haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn man die Probleme der Landwirtschaft vielleicht aus der Sicht eines Außenstehenden, wie der Herr Präsident dankenswerterweise gesagt hat als Stadtgärtner, zwei Zeilen Erdäpfel und ein Beetl Salat und ein paar Tomaten, aus der Sicht des Außenstehenden und vielleicht auch aus gewerkschaftlicher Sicht, weil bitte für mich sind Produzenten und Konsumenten eine Einheit, damit das klar ist. Wenn man das anschaut, sind für mich einige Fragen offen. Und zwar, die erste Feststellung ist mir bewußt geworden bei den Verhandlungen zur Novelle des landwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetzes und aus den Gesprächen in den Betrieben, daher stelle ich die Forderung auf, daß gerade die Landwirtschaftsschulen zweiberuflich ausbilden müßten. Und warum sage ich das? Weil viele, die in der Landwirtschaft bedauerlicherweise nicht arbeiten können oder den Hof aufgeben müssen, die dann in die Industrie oder im Gewerbe auf einen allgemeinen Arbeitsplatz kommen, dort sind sie bitte Hilfsarbeiter, ohne daß ich das abwerten möchte. Das Problem verfolgt ihn bis zur Pension, weil er keinen Berufsschutz hat und weil dadurch Probleme entstehen. Und deswegen, glaube ich – das gilt auch für die Frauen –, muß es eine Forderung sein, und da bitte ich euch auch von der ÖVP, daß ihr da mit hinaufsteigt, das ist zu ändern bitte, hier muß zweiberuflich ausgebildet werden. Die Untermauerung meiner These kriege ich aus den Diskussionen in den Betrieben mit den Nebenerwerbsbauern, die schon lange erkannt haben, daß der Nebenerwerb in Zukunft eine bittere Realität sein wird. Die müssen einfach einen Nebenerwerb haben, weil sie von der Landwirtschaft alleine nicht leben können. Und daher wäre diese Ausbildung, damit sie beruflich qualifiziert sind und am Arbeitsmarkt dementsprechend eingesetzt werden können, auch ein entsprechendes Einkommen beziehen können, sehr, sehr notwendig und umzusetzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zweite Feststellung in aller Kürze, warum funktioniert der Export von Industriegütern? Da gibt es immer Gewinne, und bei der Landwirtschaft nicht. Auch wenn ich ein Außenstehender bin, die Frage beschäftigt mich. Weil in der Landwirtschaft heißt jeder Export einfach Förderung und Zuschüsse der öffentlichen Hand. Das heißt, in die EU-Länder wird auf Teufel komm' heraus zuviel und genug produziert, kein Land würde verhungern. Wenn wir in ein anderes Land exportieren, wieder mit Förderung aus öffentlichen Mitteln, wir untergraben dort das Einkommen der Bauern, weil die aus ihrem eigenen Bereich das Produkt nicht so billig produzieren können, wie wir durch Steuermittel gestützt das dorthin verkaufen. So kann

es ja nicht sein. (Beifall bei der SPÖ.) Ich habe das gelesen, und ich frage nur, was die Bauern dann tun werden, weil die nächste WTO-Runde wird angeblich - so habe ich es gelesen - damit Schluß machen.

Gerade die ÖVP, meine Damen und Herren, die immer gegen die öffentlichen Förderungen im freien Kräftespiel am Markt aufdreht, im umgekehrten Sinne, gerade in der Landwirtschaft, verteidigen sie die letzte Passion der Förderung mit Zähnen und Klauen. Da seid ihr unglaublich! Weil ich habe schon den Eindruck, in der Steiermark bewegt sich kein Kuhschwanz ohne Förderung, und beim Schweineschlachten haben wir Probleme, weil sie vor lauter Stützung nicht mehr umfallen, bitte schön. Das kann ja so nicht sein. (Beifall bei der SPÖ.) Ich bin nicht gegen Förderungen, aber ich glaube, da muß man der Monika Kaufmann recht geben, die Förderungen sollen nicht nach Kuhschwänzen stattfinden, sondern, wie sie so treffend gesagt hat, nach dem Arbeitseinsatz, dann könnten wir auch den Kleinen entsprechend helfen. Diese Forderung sollt ihr unterstützen! (Beifall bei der SPÖ.)

Und weil die Zeit gleich um sein wird und ich mich nach der Zeit halten möchte, möchte ich auch ein Zitat von Herrn Kübeck bringen, der dankenswerterweise jetzt noch da hinten sitzt. Ihr habt ihn gelobt und ich muß sagen, ihr werdet mir aber nicht unterstellen, daß der Herr Kübeck für die SPÖ schreibt. Ich muß sagen, ich kenne ihn sehr lange, und in wirtschaftlichen Dingen ist er hervorragend und informiert, und seine Aussagen kann man immer nur unterstreichen. Ich habe gesagt, ihr seid unfähig für eine Reform, weil wir in der Verstaatlichten haben die Reformen alle mitmachen müssen. (Abg. Ing. Löcker: „Zwangsweise!“) Es war nicht einfach, wir haben es durchgestanden, aber wir haben überlebt. (Abg. Ing. Löcker: „Mit viel Schmerz!“) Ich unterstelle, daß die Bauern zu einer Reform nicht fähig sind, und habe die Bestätigung eigentlich durch den Artikel von Herrn Kübeck gekriegt, ich darf ihn kurz zitieren: „Mit dem Beharren auf ein planwirtschaftliches System erwies sich die Landwirtschaft wieder einmal als unfähig zur Reform.“ Und der Schluß daraus, deswegen habe ich mich als Konsument gemeldet, ist sehr treffend: „Deshalb muß die Landwirtschaft die Zeit fürchten, wenn Bürger, Konsumenten und Politiker das nicht mehr akzeptieren. Und diese Zeit wird umso schneller kommen, je hartnäckiger sich die Bauern gegen Reformen wehren.“ In dem Satz ist soviel Wahres drinnen, und wir wollen das nicht erleben, daß es in der Form kommt, daß die Leute aufstehen, sondern ihr seid aufgerufen, rechtzeitig zu versuchen, den Bauern Hilfe zu geben. (Beifall bei der SPÖ. - 12.01 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dietrich, in Vorbereitung Herr Alfred Prutsch.

Abg. Dietrich (12.01 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Die Tatsache, daß sich der Herr Kollege Gennaro auch mit Landwirtschaft beschäftigt, zeigt mir, daß die SPÖ erkannt hat, daß dieses Thema ein Thema ist, das jeden einzelnen von uns betrifft, und nicht nur die Landwirte. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Kollege Kinsky hat gemeint, daß leider Gottes europaweit der Trend verspürbar ist, daß die landwirtschaftlichen Einkommen sinken. Ich gebe Ihnen schon recht, aber wenn wir die österreichischen Einkommen mit jenen anderer europäischer Staaten vergleichen, dann können wir nicht zufrieden sein. Und wenn wir sehen, daß in Österreich pro Familienarbeitskraft nur rund 170.000 Schilling Einkommen sind und vergleichbar mit der Schweiz dort 402.000 Schilling Einkommen sind, dann muß ich sagen, die Befürchtungen, die wir als Freiheitliche vor dem EU-Beitritt gehabt haben, waren mehr als berechtigt. Leider Gottes ist es viel ärger eingetroffen. (Abg. Ing. Löcker: „Die Schweiz ist aber nicht bei der EU!“) Ja eben, Herr Kollege Löcker, mitdenken, dann wirst du merken, warum. Wir sind im Vergleich zur Schweiz nämlich viel schlechtergestellt und die Einkommen viel niedriger. Das will ich damit sagen.

Viele Bauern suchen einen Ausweg aus dieser Situation in der Selbstvermarktung, ein Ausweg, der in den letzten Jahren immer mehr Zuspruch gewonnen hat. Und hier gibt es wiederum bürokratische Prügel. Wenn ich mir die Lebensmittelhygieneverordnung anschau, dann muß ich sagen, das kann doch nicht wahr sein. Es ist richtig, daß wir hohe Hygiene- und Gesundheitsstandards in Österreich haben. Aber es kann doch nicht wahr sein, daß wir in Zukunft kein Jausenbrettl mehr nehmen dürfen, daß das Jausenbrettl nicht mehr verträglich ist, daß die Selbstvermarkter keine Regale aus Holz mehr haben dürfen, daß die Verkaufspulte nicht mehr aus Holz sein dürfen und vieles andere mehr.

Hier hat die Bürokratie zugeschlagen, und da mache ich beide Regierer verantwortlich. Hier mache ich die SPÖ-Regierer ebenso wie die ÖVP-Regierer mitverantwortlich, denn sie haben die Lebensmittelhygieneverordnung im Bund beschlossen. (Abg. Dr. Karisch: „Das sind EU-Normen, die umgesetzt wurden!“) In Deutschland schaut es anders aus. Ich glaube, für Österreich ist es nicht der richtige Weg, wenn wir versuchen, in allen Bereichen und immer die Musterschüler zu sein, die Musterschüler, koste es, was es wolle. Und der Preis, den wir hier bezahlen, das ist ein sehr hoher, das ist die Existenz vieler Bauern, vieler, die sich auf die Schiene Selbstvermarktung gesetzt haben.

Wenn heute ein Bauer glaubt, daß er die Milch selber verarbeiten will, braucht er Investitionen von mehreren 100.000 Schilling. Wann rechnet sich das? Wenn er sein Fleisch selbst verarbeiten will, dann wird eine Million zu wenig sein.

Ich glaube, daß hier die Politik versagt hat, daß hier die Mächtigen in diesem Land - wie es der Martin Wabl immer formuliert - die Kleinen ins Eck gedrängt und ihnen die Zukunft genommen haben.

Ich habe mir unlängst eine Fleischerei in Bruck angeschaut, und bei dieser Fleischerei, die ja nur mehr verarbeitet, weil die Schlachtung findet am Schlachthof statt, waren drei Eingänge notwendig. Einer, wo das frische Fleisch hineingekommen ist, ein Lieferantenzugang und ein Eingang, wo dann das Finalprodukt hinausgegangen ist. Ich frage mich, wie können wir die gleichen Standards, die wir für die Industrie nehmen, für die bäuerlichen Selbstvermarkter nehmen?

Hier hat die Politik mehr als versagt. Die Lebensmittelhygieneverordnung ist meiner Meinung nach eine Selbstvermarktervernichtungsverordnung geworden.

Wir alle, wie wir hier sitzen, haben die Wurzel in der Bäuerlichkeit, unsere Ahnen sind Bauern, ein Teil von uns sind Bauern. Und wir sind dabei, bei einer riesigen Vergangenheit, die wir alle haben, die Zukunft zu gefährden. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 12.06 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch, in Vorbereitung die Frau Abgeordnete Gross.

Abg. Alfred Prutsch (12.06 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Auch ich möchte mich zu Wort melden und vielleicht gleich zu Beginn eine Anmerkung machen. Ich finde es als ein bißel überheblich, daß Kollege Peinhaupt meint, seine Wortmeldung sollte als Lehrstunde für Bauernpolitik verstanden werden. In einer Lehrstunde hätte ich mir schon mehr Sachlichkeit von dir in diesem Zusammenhang erwartet.

Aber indem ich nur fünf Minuten habe und ich auch einen Beitrag leisten möchte, wie man aus dieser schwierigen Situation ein bißchen herauskommen kann, in den einzelnen Produktionssparten, möchte ich versuchen, ein paar Dinge anzusprechen.

Ich glaube, daß bei uns, gerade in unseren vom Klima her so begünstigten Regionen, die Spezialkulturenproduktion eine sichere Einnahmensquelle für viele, viele Bauernfamilien ist. Ich meine, diese Produktionssparte ist sehr arbeitsintensiv, und man bekommt Probleme mit den Arbeitskräften. Und wir haben ja schon einige Anträge gestellt, daß es Erleichterungen geben sollte – ich weiß schon, der Bund ist dafür zuständig – bei der Ausländerbeschäftigung für Saison- und Erntehelfer in der Landwirtschaft. Es ist erfreulich, daß es gelungen ist, und da muß man ja dem Sozialministerium herzlich Danke sagen, eine Aufstockung auf 2150 Personen für die Steiermark zu erreichen.

Aber ich glaube, wir haben einen einstimmigen Entschließungsantrag am 3. Februar 1998 beschlossen, wo wir mit dem AMS gemeinsam die Meinung vertreten haben und auch dort drinnen verankert haben, daß wir 3000 Beschäftigungsbewilligungen für Saison- und Erntearbeiter in der Steiermark brauchen würden.

Das wäre einmal ein Punkt, wo wir uns alle gemeinsam bemühen sollten, das zustandezubringen.

Der Zusammenbruch des Schweinemarktes im Jahr 1998 hat natürlich viele, viele bäuerliche Familien sehr stark getroffen. Es zeigt sich ein kleiner Silberstreif am Himmel der Schweineproduktion. Aber es ist das eingetreten, was man eigentlich erwartet hat, daß Österreich den Schweinebestand um 8 Prozent zurückgenommen hat, und in den Nordländern ist dieser Bestand um die gleiche Höhe, nämlich um 8 Prozent, angestiegen, und daß der Selbstversorgungsgrad von 100 Prozent, früher 104 Prozent, auf 96 Prozent zurückgegangen ist. Dänemark hat 450 Prozent und Holland 247 Prozent.

Also, auch der Schweinebereich und die Schweineproduktion haben in unseren Regionen einen gewissen Wohlstand gebracht, ich glaube, so ehrlich muß man sein. Man hat sich überlegt, wie könnte man hier Betriebskostensenkungen vornehmen. Man ist zu einem System gekommen – und ich spreche hier von der Ferkelproduktion –, daß man Systemferkel produziert, das heißt in einem gewissen System das ganze abläuft, wo auch der Steirische Gesundheitsdienst mit eingeschaltet ist und auch die laufende Begleitung, bis hin zur Produktion, unserer regionalen Tierärzte dann gewährleistet ist. Die Zeit blinkt schon.

Ich wollte noch die Biodieselproduktion ansprechen (Präsident: „Du hast noch mehr als eine Minute Zeit!“), sehr im Zusammenhang stehend mit dem Dioxinskandal in Belgien.

Altspeiseöl wird bei uns in Mureck, bei der SEEG, zu Biodiesel verarbeitet.

Im Gegensatz dazu werden aus Österreich Tausende und Abertausende Tonnen und Kilogramm nach Holland exportiert, eine Strecke von 1300 Kilometern in Anspruch genommen, und dort in das Tierfutter gemischt, und die Schweine unter Umständen, wenn bei uns Bedarf ist, kommen aus dieser Produktion wieder zu uns nach Österreich zurück. Das kann auch nicht der Weg sein.

Ich möchte auch das Positive ein bißchen in den Vordergrund stellen, obwohl es genügend Schwierigkeiten gibt. Aber ich glaube, alles zu bejammern und alles schlecht zu machen ist eine schlechte Motivation in dieser schwierigen Phase für unsere bäuerlichen Familien. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 12.12 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich erteile nunmehr der Frau Abgeordneten Gross das Wort, in Vorbereitung die Frau Kollegin Pußwald.

Abg. Gross (12.12 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es sind ein paar irritiert, weil ich zur Landwirtschaft rede. (Abg. Purr: „Ich gehöre zu den Irritierten!“)

Vor nun bald drei Jahren unterschrieben 459.443 Österreicherinnen und Österreicher das Tierschutzvolksbegehren mit der Forderung nach einem bundeseinheitlichen Tierschutzgesetz. Tierschutz ist immer noch und trotz des Volksbegehrens – auf Grund des Widerstandes der ÖVP – Ländersache. Viele verschiedene Ländergesetze bewerten ein und dieselbe Angelegenheit sehr unterschiedlich.

Alle Parteien – außer der ÖVP – haben das Volksbegehren sehr ernst genommen. Auch die 15a-Verträge, die zumindest einen Schritt in die richtige Richtung darstellen, kamen nur auf Grund des Drucks von Tierschützern, SPÖ, FPÖ, Liberalen und Grünen zustande.

Es geht nun darum, die Bundes-ÖVP von der Notwendigkeit eines Bundestierschutzgesetzes als effizienteste und gerechteste Regelung für Tier und Mensch zu überzeugen. Es ist aus fachlichen wie auch aus ökonomischen Gründen nicht gerechtfertigt, Tiere von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich zu behandeln, weder im landwirtschaftlichen noch im außerlandwirtschaftlichen Bereich.

Unsere Bauern stehen momentan unter großem Druck. Von mehreren Seiten wird ihnen indirekt unterstellt, daß sie ihre Tiere nur mehr als Ware sehen. Die Tiere als Ware allein, meine Freunde, das darf ganz einfach nicht sein. Darum haben wir uns in unserem Entwurf für das Bundestierschutzgesetz im Bereich der Nutztierhaltung für den Tiergerechtigkeitsindex entschieden. Bei diesem Index geht es grundsätzlich um das Wohl der Tiere. Eine Indexvorgabe ist zum Beispiel, daß der Bewegungsmangel der Tiere durch regelmäßigen Auslauf ausgeglichen werden soll, und viele Angaben und Hilfestellungen, damit jeder Bauer seinen Stall auf Schwächen und Stärken bewerten und eventuelle Schwachstellen durch Verbesserungen ausgleichen muß.

Und darum darf ich namens unserer Fraktion den Unselbständigen Entschließungsantrag, betreffend ein bundesweit einheitliches Tierschutzgesetz der Abgeordneten Gross und Kaufmann einbringen.

Das Volksbegehren zur Schaffung eines Bundestierschutzgesetzes wurde im Jahre 1996 von zirka 460.000 Österreicherinnen und Österreichern unterzeichnet – davon alleine 66.625 Unterschriften aus der Steiermark. Durch Schaffung einer bundesweit einheitlichen Regelung sollte diesem Wunsch im Interesse des Tierschutzes entsprochen werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, ein bundesweit einheitliches Tierschutzgesetz dem Nationalrat vorzulegen. (Beifall bei der SPÖ. – 12.16 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Pußwald, in Vorbereitung Frau Abgeordnete Hartinger.

Abg. Pußwald (12.16 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Bauern und Gesellschaft sind ein Sich-Geben und Nehmen, ein Ineinanderfließen. Ich möchte nur einige Dinge erwähnen. Was wäre eine Landschaft ohne die Pflege durch die Bauern, was wäre die Kommunalverwaltung ohne die Dienstleistungen der Bauern im Winter oder im Sommer. Was wäre die Ernährung ohne die Bauern vor Ort. Sehr, sehr wichtige gesellschaftlich notwendige Dinge, die vom Bauernstand getragen werden. Ich glaube, das können wir außer Zweifel stellen.

Was mich sehr verwundert hat, war die Wortmeldung meines Kollegen Gennaro, der gesagt hat, die zweiberufliche Ausbildung für die Landwirtschaft wäre ganz notwendig und dringend. Lieber Herr Kollege, seit 1972, das sind immerhin 28 Jahre, wird im landwirtschaftlichen Schulwesen die zweiberufliche Ausbildung gemacht, manchmal mit größten Mühen und sehr viel Herausforderung, damit sie Anerkennung auch in ihrem Bereich bekommen. Ich danke Ihnen sehr, daß sie heute das als eine Forderung oder als einen wesentlichen Teil gesehen haben. Ich möchte Ihnen sagen, nicht nur im Holzverarbeitenden Bereich, im metallverarbeitenden Bereich, das geht hin bis zu sozialen Diensten, die die Schülerinnen im landwirtschaftlichen Schulwesen mitbekommen.

Ein weiterer positiver Teil ist, und das möchte ich auch hier sagen, damit man einmal weiß, wo diese landwirtschaftlichen Schulen stehen, in ihren Ausbildungsprogrammen bemühen sie sich immer, im Wettbewerb auf Bezirks-, Landes-, Bundesebene mitzutun. Junior-Firmen sind vielen von Ihnen bekannt, aber nicht aus dem landwirtschaftlichen Bereich, wahrscheinlich aus HAKs und anderen betriebswirtschaftlichen Schuleinrichtungen. Diese landwirtschaftlichen Schulen haben im vergangenen Jahr und im heurigen Jahr europaweit Plätze besetzt. Ich nenne hier ganz konkret die Schule Gleisdorf, die mit Italien und Holland zusammen eine Juniorfirma gegründet hat, den Österreichwettbewerb im Rahmen des Ausbildungsprogrammes Sokrates gewonnen hat und auf Europaebene den vierten Platz belegt hat.

Natürlich in der Sprache Englisch, Wort und Schrift, selbstverständlich. Ich glaube, das ist etwas, was man herausstreichen darf.

Ich darf aber auch sagen, daß Alt-Grottenhof sich wieder an einem solchen Programm beteiligt hat und auf Österreich-Ebene an sechster Stelle gelandet ist. Jedenfalls gelingen diese Dinge nur, weil ein sehr engagiertes Lehrerteam dahintersteht und auch sehr engagierte Schüler mittun. Sonst lassen sich diese Erfolge nicht auf europäischer Ebene einfahren. Interessant ist, daß in der letzten Zeit zunehmend vor allem europäische Länder, die auf Vollerwerbslandwirtschaften gesetzt haben, bei uns zu Gast sind und sich bei uns das landwirtschaftliche Schulwesen anschauen, wo diese Zweiberuflichkeit sehr lange schon, eben 27 Jahre, Tradition hat, weil die plötzlich draufkommen, daß die bäuerlichen Betriebe und Besitzungen dann gesichert werden können, wenn es Zuerwerbsmöglichkeiten gibt, aber nicht als Hilfsarbeiter, sondern tatsächlich als qualifizierte Arbeitnehmer in der Region. Ich denke, daß diese Regionen und die gewerblichen Betriebe gerade von diesen Arbeitnehmern unendlich viel profitieren, nämlich deswegen, weil das sind nicht fluktuierende Arbeitskräfte, weil sie ja mit Grund und Boden verankert sind, sondern sind Arbeitskräfte, die gerne arbeiten und vor Ort auch in entlegenen Gebieten bleiben möchten.

Einen Satz lassen Sie mich noch zur Infora-Studie sagen. Voriges Jahres wurde die Infora-Studie um diese Zeit abgeschlossen, allen Regierungsparteien beziehungsweise Fraktionen vorgelegt, und ich fordere ein und bitte darüber nachzudenken, diese ständige Anpassung des Lehrplanes erfordert natürlich auch eine ständige Adaptierung im Unterrichtsbereich. EDV nenne ich als Beispiel, auch die neue Lebensmittelhygieneverordnung bringt große finanzielle Aufwendungen und Notwendigkeiten mit sich, damit dieses Ausbildungsprogramm auch weiterhin gefahren werden kann. Dazu brauchen wir ganz einfach auch finanzielle Unterstützung, um diese Ausbildungsmöglichkeiten abzusichern, sei es im Direktvermarktungsbereich, sei es im Bereich der betriebswirtschaftlichen Organisation und wirtschaftlichen Berechnungen.

Die jungen Absolventen entdecken zunehmend auch den Wert des Lebens in ländlichen Regionen, die Nachhaltigkeit und natürlich die notwendige Absicherung, daß nicht ein Bevölkerungsschwund stattfindet und praktisch sich ganze Regionen bevölkerungs-

mäßig entleeren. Hier sind die Absolventen dieser Schulen ganz wichtige und ganz konstruktive Mitarbeiter für die Erhaltung von regionalen Bereichen.

Ein wunder Punkt ist auch noch, daß teilweise die Brandschutzmaßnahmen in den alten, zum Teil kulturell notwendigen und sehr interessanten Bauwerken nicht up to date sind. Brandschutzmaßnahmen haben mit Sicherheit und auch Menschensicherheit zu tun. Es ist ganz dringend, daß dafür die Geldmittel in nächster Zeit bereitgestellt werden. Ich ersuche darum und danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 12.22 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Hartinger. Ich erteile es ihr. In Vorbereitung der Herr Abgeordnete Huber.

Abg. Mag. Hartinger (12.22 Uhr): Meine Damen und Herren!

Wir sind das, was wir essen. Die Ernährung spielt eine große Rolle für unseren Gesundheitszustand. Kanadische Studien besagen, daß zirka 30 Prozent von dem, also wie wir uns ernähren, verantwortlich sind für den Gesundheitszustand. Das heißt, daß die Verantwortung der Bauern eine ganz große Rolle für den Gesundheitszustand einer Bevölkerung spielt.

Leider haben wir kaum einen Direktverkauf oder zu wenig aus meiner Sicht vom Bauern zum Konsumenten. Das heißt zwar, daß auf der einen Seite durch den Handel die Lebensmittelpalette größer und vielfältiger ist, aber nicht unbedingt qualitativer. Diverse Lebensmittelskandale in der EU zeigen das, nicht nur in den vergangenen Jahren, sondern auch ganz aktuell. Selbst Ihr, von der ÖVP, Agrarkommissär Fischler hat gemeint, daß die Kontrollen nicht mehr ausreichen oder daß es zu wenig Kontrollen gibt.

Betreffend den letzten Dioxinskandal in Belgien gibt es eine Entscheidung der EU-Kommission vom 3. Juni dieses Jahres, wo im Artikel III geklärt ist, daß alle Produkte belgischen Ursprungs zurückzuverfolgen sind. Das heißt, alle Produkte sind zurückzuverfolgen. Und dann gibt es ein Schreiben der Frau Bundesminister Prammer an alle Landeshauptleute in Österreich: „Betrifft Dioxin in Fleisch, Milch und Eiprodukten aus Belgien. Es ist besonders Bedacht zu nehmen auf diesen Artikel III.“

Leider gibt es diesen Artikel III oder die ganze Kommissionsentscheidung noch nicht in deutsch, nur in englisch. Vielleicht hat deshalb die Frau Landeshauptmann ihn noch nicht umgesetzt. Es wäre vielleicht das Angebot von unserem Dipl.-Ing. Vesko da, der ja schon einmal den Herrn Landesrat Hirschmann beraten hat bei der Übersetzung aus dem Englischen, vielleicht braucht die Frau Landeshauptmann das auch, weil bis dato habe ich noch nichts gehört. In diesem Artikel steht – (Abg. Purr: „Es dürfte, Frau Kollegin, auch noch andere Übersetzer geben, oder ist der Herr Präsident Vesko der einzige Übersetzer?“)

Herr Kollege Purr, bitte hören Sie zu, daß insbesondere auf die Bestimmungen des Artikels III Bedacht zu nehmen ist, daß eben bei allen Produkten eine Rückverfolgung stattzufinden hat, die aus Belgien kommen. (Abg. Bacher: „Kannst du es lesen?“)

Ich kann Englisch, Herr Kollege Bacher, du kannst es dann gerne nachlesen. (Abg. Purr: „Sie sind überheblich!“)

Und dann frage ich mich schon, bitte, wenn Sie bei uns im Handel schauen, wie es Produkte geben kann, die aus Belgien kommen. Ich habe hier etwas Schönes, ein Schokobonbon, Kinderschokolade, woher kommt das? Raten Sie! Belgisches Produkt. Bitte, aber es ist dioxinbelastet. Ich weiß nicht, ob du es essen sollst. So geht man, bitte, mit der Gesundheit der Bevölkerung in Österreich um. Dioxinbelastete Produkte, Milchprodukte in Schokobonbons für unsere Kinder. Das dulden wir alle hier. Das duldet die Frau Landeshauptmann. Das duldet unser Gesundheitslandesrat. Und wenn der Kollege Erlitz gestern von Prävention im Gesundheitsbereich gesprochen hat, bitte, wo ist da jetzt die Maßnahme? Das essen unsere Kinder! (Abg. Dr. Karisch: „Wann haben Sie das gekauft? Haben Sie es in Graz gekauft?“) Das sind vergiftete Produkte! (Abg. Mag. Erlitz: „Das ist eine Unterstellung, daß das der Herr Landesrat duldet!“ – Abg. Dr. Karisch: „Liebe Frau Kollegin, wann haben Sie es wo gekauft?“) Heute in Graz, ein belgisches Produkt für unsere Kinder. Wirklich toll, wie wir hier leben.

Ich habe vorige Woche Besuch aus Griechenland gehabt. Da haben die gesagt, in Griechenland haben sie sehr viele auch vergiftete Produkte, in Österreich gibt es das nicht. Ich bin schockiert, daß es so etwas in Österreich gibt. Ich hatte mir gedacht, daß es mehr Verantwortung und Kontrollmöglichkeiten in Österreich gibt.

Und, Herr Kollege Prutsch – er ist jetzt nicht mehr da, es wundert mich schon, mit welcher Ruhe Sie sich hier herstellen als Bauer und sagen, daß Altöl als Futtermittel nach Holland und Belgien transportiert wird und daß dann diese Schweine wieder zurückkommen zu uns nach Österreich. Bitte, 6 Prozent an Fleischprodukten kommen aus Holland und Belgien, auch alles vergiftet mit Altöl. Das sagt niemand hier. (Abg. Mag. Erlitz: „Das ist generalisiert!“)

Und da verstehe ich unsere Bauern wirklich nicht, das ist ein Skandal. Wo sind Ihre Maßnahmen? Wo schützen Sie da die Gesundheit? (Beifall bei der FPÖ. – 12.28 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächstem erteile ich dem Herrn Abgeordneten Huber das Wort, in Vorbereitung Herr Abgeordneter Rieser.

Abg. Huber (12.28 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin die erste Periode im Landtag, aber ich war bereits vor zehn, 15 Jahren bei der Landwirtschaftsdebatte zum Budget als Zuhörer da. (Abg. Purr: „Da haben sie dich lange warten lassen!“) Einmal ist es mir passiert, daß ich auf der Zuschauergalerie keinen Sitzplatz gehabt habe. Herr Kollege Purr, zu euch komme ich schon noch, du wirst dich noch später aufregen.

Es ist passiert, daß ich keinen Sitzplatz gehabt habe. Und heute sehe ich in der ersten Reihe den Kammerpräsidenten Wlodkowski. Wenigstens er kommt noch zur Budgetdebatte. Ich will jetzt niemanden beleidigen, aber von meinem Eindruck her ist kein einziger